

Wissenschaftliche Hausarbeit zum Examen

Der Gesprächsprozess der sächsischen Landeskirche zum Schrift- und Kirchenverständnis

Maximilian Melzer

Matrikelnr.: 2513380

Haferkornstraße 24

04129 Leipzig

`maximilian.melzer@gmail.com`

Leipzig, den 22. September 2016

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Zielstellung	4
1.2	Methodische Vorüberlegungen	5
2	Die Vorgeschichte des Gesprächsprozesses	6
2.1	Die EKD-Dienstgesetzreform als Prolog des Gesprächsprozesses	6
2.1.1	Gesetz und Begründung	6
2.1.2	Evangelikale Kritik an der Dienstrechtsreform	7
2.1.3	Das Ergänzungsgesetz der sächsischen Landeskirche	10
2.2	Die Markersbacher Erklärung als Auftakt des Konfliktes	12
2.3	„Auch unter Christen – Liebe zum gleichen Geschlecht“	13
2.4	Die Arbeitsgruppe „Homosexualität in biblischem Verständnis“	14
2.4.1	Die Einsetzung der Arbeitsgruppe	14
2.4.2	Der Abschlussbericht der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“	15
2.5	Der Kirchenleitungsbeschluss von 2012	17
2.5.1	Inhalt	17
2.5.2	Bedeutung	18
2.6	Die Gründung der „Sächsischen Bekenntnis-Initiative“	20
2.6.1	Das Gründungspapier der SBI und dessen Begründung	20
2.6.2	Die SBI als Sammelbecken evangelikal-konservativer Gruppen	23
2.7	Verbindungen der SBI zu gesamtdeutschen evangelikalen Netzwerken	25
2.7.1	Die SBI als evangelikale Bewegung	25
2.7.2	Verbindungen der SBI-Gründungsmitglieder	26
2.7.3	Verbindungen zur Konferenz Bekenntender Gemeinschaften	27
2.7.4	Verbindungen zur Evangelischen Allianz	28
2.7.5	Verbindungen zum Gnadauer Gemeinschaftsverband	28
3	Der Gesprächsprozess	29
3.1	Die Frühjahrssynode 2012 und die Geburt des Gesprächsprozesses	29
3.1.1	Die Idee eines Gesprächsprozesses	29
3.1.2	Der Synodalbeschluss	30
3.1.3	Ziel des Gesprächsprozesses	31
3.1.4	Stellungnahme der SBI zur Synode	33
3.2	Die Steuerungsgruppe	34
3.2.1	Einsetzung der Steuerungsgruppe	34
3.2.2	Aktionen der Steuerungsgruppe	34

3.3	Die SBI als Partner und Kontrahent der Kirchenleitung	35
3.4	Die Affäre um Lutz Scheufler und das Evangelisationsteam	36
3.4.1	Die Stellungnahme des Evangelisationsteams	36
3.4.2	Reaktionen	37
3.4.3	Die Folgen der „Affäre Scheufler“	40
3.5	Die Thesenreihen als gezielter Impuls der Kirchenleitung	42
3.5.1	Diskussion	43
3.5.2	Auswertung	44
3.6	Die Aufnahme des Gesprächsprozesses in den Gemeinden	45
3.6.1	Veröffentlichungen aus den Gemeinden	45
3.6.2	Auswertung der Gemeindebeteiligung	46
3.6.3	Die Podiumsdiskussionen des „Sonntag“	47
3.7	Die Rolle des Internets	48
3.7.1	Das Internet als Ort des Gesprächs	48
3.7.2	Diskussionen in der „Sonntag“-Kommentarspalte	49
3.8	Der Abschluss des Gesprächsprozesses	50
4	Der Gesprächsprozess aus kybernetischer Sicht	52
4.1	Das Problem des ergebnisoffenen Gesprächsprozesses	52
4.2	Die formelle und inhaltliche Asymmetrie des Gesprächsprozesses	54
4.3	Die „Appeasement-Politik“ der Kirchenleitung	54
4.4	Der Status Confessionis	56
5	Ausblick	57
6	Abkürzungsverzeichnis	58

1 Einleitung

Viele Sachsen denken mit Schmerzen zurück an den „Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis“ ihrer Landeskirche. Andere mit enttäuschem Zynismus. Wieder andere sind erleichtert, dass eine wie auch immer geartete Spaltung der Landeskirche abgewendet werden konnte.

Der Gesprächsprozess scheint eine Parabel zu sein für die Situation in Sachsen, für die unauflösbare Spannung zwischen einer Landeskirche mit bewusst lutherischem Profil und ihrer dennoch starken innerkirchlich-evangelikalen Opposition. Möglicherweise ist es deshalb aufschlussreich, die Dynamiken dieses Gesprächsprozesses nun erstmals mit etwas zeitlicher Distanz zu untersuchen.

1.1 Zielstellung

Diese Arbeit soll einen zeitgeschichtlichen Überblick über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis (GP) geben, den die sächsische Landeskirche von April 2012 bis Februar 2014 führte. Dabei soll sich auf zentrale Kontroversen und Akteure konzentriert werden. Besonders soll auf Ursachen und Entstehung des GP eingegangen werden. Dabei sollen auch das Verhalten der sächsischen Kirchenleitung (KL) und der GP selbst als kirchenleitende Maßnahme aus praktisch-theologischer Sicht kritisch beleuchtet werden. In einem Exkurs¹ soll außerdem besonders der Teil des GP untersucht werden, der im Medium Internet stattfand. Dieser wurde in bisher erschienenen Auswertungen kaum berücksichtigt, obwohl er auf den GP an der Gemeindebasis einen nicht zu unterschätzenden Einfluss hatte.

Die Untersuchung wird dabei größtenteils chronologisch vorgehen. Davon wird jedoch abgewichen, wenn zusammenhängende Themenkomplexe so übersichtlicher dargestellt werden können. Beispielsweise wird über die Frühjahrssynode 2012 doppelt berichtet, einmal im Kontext der EKD-Pfarrerdienstgesetzreform² und einmal im Blick auf den Beschluss des GP.³

Eine Klärung ekklesiologischer, hermeneutischer und exegetischer Fragen, mit denen sich die Mitwirkenden des GP beschäftigten, kann und soll nicht Teil der Untersuchung sein. Die damit verbundenen Probleme können im Rahmen dieser Arbeit lediglich am Rande dargestellt werden.

Ein Schwerpunkt ist die Gründung und Organisation der „Sächsischen Bekenntnis-Initiative“ (SBI), da sie bei Entstehung und Verlauf des GP eine entscheidende Rolle spielte. Die Protagonisten der SBI sollen in ihren gesamtdeutschen evangelikalen Zusammenhängen dargestellt werden. Die SBI war, wie diese Arbeit zeigen wird, eine

¹S. Unterabschnitt 3.7 „Die Rolle des Internets“.

²S. Unterabschnitt 2.1 „Die EKD-Dienstgesetzreform als Prolog des Gesprächsprozesses“.

³S. Abschnitt 3 „Der Gesprächsprozess“.

innerkirchlich-evangelikale Protestpartei. Die SBI stand in der Tradition westdeutscher Bekenntnisbewegungen und formierte sich aus Protest gegen eine wahrgenommene Fehlentwicklung der Landeskirche. Mit der Bezeichnung „evangelikal“ wird häufig zugleich eine Wertung impliziert beziehungsweise eine Nähe zum christlichen Fundamentalismus suggeriert.⁴ Dies ist im Fall der SBI nicht unbedingt gegeben, die unterschiedlichen Positionen und Strömungen innerhalb der SBI sollen in dieser Arbeit möglichst differenziert betrachtet werden.

1.2 Methodische Vorüberlegungen

Probleme der Zeitgeschichtsschreibung

Das Thema dieser Untersuchung, der Gesprächsprozess, wurde formal erst 2015, vor knapp eineinhalb Jahren, abgeschlossen. Seine Nachwirkungen reichen teilweise bis in die Gegenwart. Diese Arbeit behandelt also die neuste Zeitgeschichte der sächsischen Landeskirche. Die große zeitliche Nähe zum behandelten Thema zwingt zu besonderer methodischer Berücksichtigung der Gefahren zeitgeschichtlicher Forschung: Dargestellte Prozesse sind häufig noch un abgeschlossen. Außerdem ist die mögliche Befangenheit oder gar Beteiligung des Betrachters bei der Bewertung zu berücksichtigen. Schließlich stellt die zeitgeschichtliche Forschung besondere Anforderungen an den Umgang mit Quellen. Nicht selten ist auch Sekundärliteratur kritisch als Quelle zu betrachten, da sie selbst Teil nicht abgeschlossener Entwicklungen und Prozesse sein kann.⁵

Quellenlage

Eine Besonderheit dieser Arbeit ist, dass beinahe sämtliche Quellen im Internet veröffentlicht oder bereitgestellt wurden. Damit einher gehen besondere Herausforderungen bei der Verarbeitung inzwischen wieder unveröffentlichter Dokumente. In einigen Fällen verweist das Quellenverzeichnis daher nicht auf die Originalquelle, sondern auf eine durch die Datenbank „Internet Archive“ (archive.org) archivierte Version.

Traditionelle archivarische Quellen können nicht berücksichtigt werden, da beispielsweise Unterlagen aus dem sächsischen Landeskirchenamt aufgrund der zeitlichen Nähe der Ereignisse noch nicht zur wissenschaftlichen Verwertung freigegeben sind. Dieser Untersuchung liegen jedoch auch einige nur eingeschränkt veröffentlichte Dokumente aus dem

⁴Die TRE beispielsweise bietet gar keinen eigenen Artikel zu Evangelikalismus, sondern meint das Thema unter „Evangelische Allianz“ und unter „Fundamentalismus“ abhandeln zu können (letzterer Artikel selbst lehnt eine Gleichsetzung von Evangelikalismus und Fundamentalismus jedoch ausdrücklich ab), vgl. JOEST: Fundamentalismus.

⁵Vgl. GRESCHAT: Christliche Zeitgeschichte, zitiert bei BAUER: Bewegung, 24–27.

Landeskirchenamt zugrunde. Außerdem wurden zur Prüfung und Ergänzung von Quellen exemplarisch Zeitzeugen-Interviews⁶ geführt.

2 Die Vorgeschichte des Gesprächsprozesses

2.1 Die EKD-Dienstgesetzreform als Prolog des Gesprächsprozesses

Die Entwicklungen, die Ursache für den Konflikt sind, der schließlich zum Gesprächsprozess der sächsischen Landeskirche führte, sind komplex und reichen teilweise weit in die Vergangenheit, bis zum Beginn der evangelikalen Bewegung Mitte des letzten Jahrhunderts und noch weiter. Eine ausführliche Behandlung dieser Entwicklungen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Der Auslöser des für diese Untersuchung relevanten Abschnitts der sächsischen Kirchengeschichte lässt sich jedoch sehr konkret benennen. Es war die Reform des Pfarrerdienstgesetzes der EKD. Für dieses „Kirchengesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Deutschland“ wurde auf der EKD-Synode im November 2010 ein Entwurf mit verschiedenen Reformen vorgelegt. Dabei ging es beispielsweise um die Präzisierung des Begriffs des „ungedeihlichen Wirkens“ oder um die Berücksichtigung moderner Kommunikationsmittel bei Fragen der Präsenzpflicht.⁷ Brisanz erlangte jedoch ausschließlich § 39 dieses Entwurfs mit dem Titel „Ehe und Familie“⁸ und besonders dessen Begründungstext.⁹

2.1.1 Gesetz und Begründung

Auslöser für zahlreiche Proteste war § 39 Absatz 1 des Pfarrerdienstgesetzes:

„Pfarrerinnen und Pfarrer sind auch in ihrer Lebensführung im familiären Zusammenleben und in ihrer Ehe an die Verpflichtungen aus der Ordination (§ 3 Absatz 2) gebunden. Hierfür sind Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und gegenseitige Verantwortung maßgebend.“¹⁰

Knackpunkt war der scheinbar unverdächtige Begriff „familiäres Zusammenleben“. Im Begründungstext hieß es zu diesem neu in den Gesetzestext hinzugekommenen Begriff:

⁶Vgl. AMBERG: Interview, KÖBSCH: Interview, OESTERREICH/QUENSTEDT/ENGE: Interview und NOGRADY: Interview.

⁷Diese Arbeit zählt Gesetz- und Begründungstext mit kontinuierlicher Seitenzählung. Vgl. EKD: Entwurf Kirchengesetz, 48.

⁸Vgl. a. a. O., 18.

⁹Vgl. a. a. O., 73.

¹⁰A. a. O., 18.

„Der Begriff ‚familiäres Zusammenleben‘ ist hingegen bewusst weit gewählt. Er umfasst nicht nur das generationsübergreifende Zusammenleben, sondern jede Form des rechtsverbindlich geordneten Zusammenlebens von mindestens zwei Menschen, das sich als auf Dauer geschlossene, solidarische Einstandsgemeinschaft darstellt und damit den in Satz 2 genannten inhaltlichen Anforderungen Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und gegenseitige Verantwortung genügt.“¹¹

Der Begründungstext definierte „familiäres Zusammenleben“ also als auch Eingetragene Lebenspartnerschaften einschließend. Ausdrückliche Intention dieses Paragraphen sei es, dass die Gliedkirchen „ihre jeweilige, häufig in engagierten Diskussionen errungene Praxis zum Umgang mit Eingetragenen Lebenspartnerschaften ohne erneute Diskussion“¹² fortsetzen können. In diesem Zusammenhang wurde auch eine „Empfehlung“ der VELKD von 2004¹³ erwähnt, die ebenfalls unterschiedliche Umgangsmöglichkeiten der Gliedkirchen mit dem Thema eröffnet hatte.

Die Autoren des Begründungstextes scheinen gehant zu haben, dass in den Gliedkirchen der Vorwurf der Relativierung der Ehe aufkommen würde. Sie betonten, dass der Ehe weiterhin eine „besondere Bedeutung“ zukomme, da sie anderen Lebensformen „als Modell zugrunde liegt“.¹⁴ Ein weiteres Indiz für die Antizipation von Kritik an § 39 bietet der weitere Textverlauf. Explizit wurde hingewiesen auf die Möglichkeit der Gliedkirchen, diesen § 39 im Blick auf Eingetragene Lebenspartnerschaften unterschiedlich auszulegen.¹⁵

Entsprechend lag es nun an den Gliedkirchen, die Gesetzesreform zu verhandeln. Zu einer Änderung ihrer jeweiligen Positionen zu im Pfarrhaus gelebten homosexuellen Partnerschaften wurden die Gliedkirchen durch das Dienstgesetz nicht genötigt, aber die verschiedenen Synoden würden das Thema wegen der Reform (erneut) behandeln müssen.

2.1.2 Evangelikale Kritik an der Dienstrechtsreform

Verschiedene evangelikale Gruppen nahmen die Veröffentlichung des Entwurfs zur Reform des Pfarrerdienstgesetzes zum Anlass für heftige Kritik. Noch bevor die Synoden über ihren Umgang mit § 39 beraten konnten, kam es zu Wortmeldungen, die der EKD zunehmende Entfremdung von der „biblischen Lehre“ diagnostizierten. Die beiden wirkmächtigsten waren der „Offene Brief der acht Altbischöfe“¹⁶ und die bekennnishafte Veröffentlichung „Für die Freiheit des Glaubens“.¹⁷ Im Folgenden soll der Inhalt beider Texte und die federführenden evangelikalen Theologen hinter ihnen knapp vorgestellt werden. Außerdem

¹¹EKD: Entwurf Kirchengesetz, 73.

¹²A. a. O., 28.

¹³Vgl. VELKD: Empfehlung, 240.

¹⁴EKD: Entwurf Kirchengesetz, 73.

¹⁵Vgl. a. a. O., 28.

¹⁶Vgl. WILCKENS u. a.: Offener Brief.

¹⁷Vgl. BASCHANG u. a.: Für die Freiheit des Glaubens.

soll dargestellt werden, wie diese die weitere Diskussion in der sächsischen Landeskirche bestimmten.

Der „Offene Brief“ der acht Altbischöfe

Im Januar 2011, drei Monate nach Vorstellung des neuen EKD-Dienstgesetzes schrieben acht deutsche Altbischöfe einen offenen Brief an die Synoden aller EKD-Gliedkirchen. Darin baten sie die Synodalen „eindringlich, nur dem Wortlaut von § 39 dieses Gesetzes für Ihre Landeskirche zuzustimmen, nicht jedoch der beigefügten ‚Begründung‘, die als solche keine Gesetzeskraft hat.“¹⁸

Verantwortlich für den Brief zeichnete sich der ehemalige Bischof der Nordelbischen Landeskirche Ulrich Wilckens, ein prominentes Mitglied der evangelikalen Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ (B KAE).¹⁹

Der Brief argumentierte, dass die Gesetzesreform durch deren Begründung schriftwidrig würde, weil diese die Gleichwertigkeit homosexueller Beziehungen mit der Ehe postuliere. Die Begründung widerspreche dem Gesetzestext sogar, der „in seinem Wortlaut solcherlei Ausweitungen ausschließt“.²⁰ Die Auslagerung dieser „Ausweitungen“ in den Begründungstext sei EKD-Synodalen zu verdanken, die „dafür gekämpft und es schließlich erreicht haben“.²¹

Für Wilckens und die Altbischöfe ging es bei diesem „Kampf“ um nichts weniger als die Geltung der Heiligen Schrift:

„Denn es geht dabei im Grunde um nichts Geringeres als um die Frage, ob evangelische Kirchen darauf bestehen, dass die Heilige Schrift die alleinige Grundlage für den Glauben und das Leben ihrer Mitglieder und für den Dienst und die Lebensführung ihrer ordinierten Pfarrerinnen und Pfarrer bleibt, oder ob eine Landeskirche nach der anderen eine Angleichung an die in der Gesellschaft üblich gewordenen Lebensformen für so wichtig halten, dass sie dafür die Orientierung an der Heiligen Schrift aufgeben bzw. aufweichen.“²²

Außerdem warnte der offene Brief davor, dass jeder „Fortschritt zu ökumenischer Gemeinschaft mit der katholischen und den orthodoxen Kirchen sowie auch mit einigen lutherischen Kirchen in der Welt blockiert“²³ würde, sollten die Synodalen dem Vorschlag des Begründungstextes folgen.

¹⁸WILCKENS u. a.: Offener Brief.

¹⁹Wilckens führte im Anschluss an den Brief auch die Debatte darum in evangelikalen Medien, vgl. WILCKENS: Zur Debatte über den offenen Brief der acht Altbischöfe. Antwort an Jürgen Ebach.

²⁰WILCKENS u. a.: Offener Brief.

²¹A. a. O.

²²A. a. O.

²³A. a. O.

„Für die Freiheit des Glaubens“

Im August des gleichen Jahres erschien der Text „Für die Freiheit des Glaubens und die Einheit der Kirche“, ein „[g]emeinsames Zeugnis“, herausgegeben von Bekenntnisgemeinschaften aus Bayern und Baden sowie einigen Einzelpersonen – darunter wieder Ulrich Wilckens, der emeritierte Theologieprofessor Reinhard Slenczka sowie andere Theologen im Umfeld der westdeutschen Bekenntnisgemeinschaften.²⁴

Das „Zeugnis“ präsentierte sich als Kombination aus Unterschriftensammlung und Brandbrief. Als Auslöser wurde die Reform des EKD-Pfarrdienstrechts genannt.²⁵ Die Probleme seien zwar zuvor schon dagewesen, allerdings sei durch die Gesetzesreform vielen erst „das ganze Ausmaß der Probleme bewusst geworden.“²⁶

Was folgte war eine bissige Abrechnung vor allem mit der angeblichen Gleichstellung homosexueller Partnerschaften durch die EKD und ihre Gliedkirchen. Der Text holte aber noch weiter aus und monierte die mangelnde Schriftbindung der Kirche und deren weitläufige Leugnung der „Heilsbedeutung von Tod und Auferstehung Jesu.“²⁷ Es wurde ein Bild gezeichnet von durch und durch korrumpierten Kirchenleitungen, die mit Täuschung und Tücke über die Köpfe des Gemeindevolkes hinweg ihre homosexuellenfreundliche Agenda vorantrieben.²⁸

Der Text sprach von „Bekenntnisnot“²⁹, im Stil der Barmer Theologischen Erklärung wurde wiederholt „falsche Lehre“ durch die Autoren benannt und verworfen.³⁰ Sie verstanden ihr „Zeugnis“ als treue Auslegung und Aktualisierung der evangelischen Bekenntnisschriften.³¹

Außerdem kritisiert wurde der Beschluss der VELKD vom März 2004, auf den sich auch der Begründungstext der EKD bezogen hatte. Vor allem kritisch gesehen wurde die Feststellung der VELKD, die Homosexualitäts-Frage würde nicht das Bekenntnis berühren.³²

Verbindungen nach Sachsen und zur späteren SBI

„Für die Freiheit des Glaubens“ und der „Offene Brief“ der Altbischöfe hatten eine ähnliche Stoßrichtung wie die erst später gegründete SBI³³, jedoch auf EKD-Ebene. Die beiden Papiere zeigen exemplarisch, dass die SBI deutschlandweit mit ihrer Protesthaltung nicht

²⁴S. Unterabschnitt 2.7 „Verbindungen der SBI zu gesamtdeutschen evangelikalen Netzwerken“.

²⁵Vgl. BASCHANG u. a.: Für die Freiheit des Glaubens, 1.

²⁶A. a. O., 15.

²⁷A. a. O., 1.

²⁸Vgl. a. a. O., 15f.

²⁹A. a. O., 1.

³⁰A. a. O., 2.3.

³¹Vgl. a. a. O., 9.

³²„Mit ihrem Beschluss vom 9. März 2004 hat die Bischofskonferenz der VELKD den Weg in eine Irrlehre angebahnt.“ Vgl. a. a. O., 4.

³³S. Unterabschnitt 2.6 „Die Gründung der „Sächsischen Bekenntnis-Initiative““.

allein stand. Der Brief der Altbischöfe diene als Vorlage für die wenige Monate später durch Pfarrer Gaston Nogrady verfasste³⁴ „Markersbacher Erklärung“, hinter der sich später verschiedene sächsische Verbände zur SBI zusammenfanden.

Es lassen sich außerdem zahlreiche Verbindungen der Personen hinter beiden Papieren mit der späteren SBI nachweisen. Der Einfluss der westdeutschen lutherisch-konfessionell-evangelikalen Szene reichte bis nach Sachsen.³⁵

Eine weitere wichtige Weichenstellung für den späteren GP geschah bereits hier: Beide Texte sahen den „status confessionis“ praktisch als gegeben an. In „Freiheit des Glaubens“ hieß es zum Beispiel:

„Es ist Verführung und Irrlehre, wenn behauptet wird, die Ordination Homosexualität praktizierender Pfarrer sei nur eine Frage der Verwaltung, die das Bekenntnis der Kirche nicht berühre.“³⁶

Wer nach den Ursachen für den Gedanken des Bekenntnisnotstandes im GP und innerhalb der SBI sucht, wird in diesen evangelikalen Postillen fündig.³⁷

2.1.3 Das Ergänzungsgesetz der sächsischen Landeskirche

Die sächsische Landeskirche hatte kirchenrechtlich keine Möglichkeit, einzelne Paragraphen der Dienstgesetzreform abzulehnen oder zu modifizieren.³⁸ Durch ein Ergänzungsgesetz ließ sich lediglich ein „eigenes Profil für die Anwendung“ einzelner Paragraphen einbringen.³⁹ Ein solches Ergänzungsgesetz war nichts ungewöhnliches, auch andere Landeskirchen machten von dieser Möglichkeit gebrauch.⁴⁰

Auf dem sächsischen Pfarrertag im September 2011 in Chemnitz sprach Landesbischof Jochen Bohl in einer Nebenbemerkung davon, dass KL und Landeskirchenamt „keine Ausführungsbestimmungen“ zum neuen EKD-Dienstgesetz anstreben.⁴¹ Auf der Herbstsynode 2011 wiederholte Bohl diese Prognose.⁴² Anscheinend rechnete das Landeskirchenamt zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit einer größeren Kontroverse, obwohl die den § 39 kritisierende Markersbacher Erklärung⁴³ bereits eine nennenswerte Zahl von Unterstützern angehäuft hatte und auch Bohl auf der Synode zur Kenntnis nahm, dass „die Frage [nach dem Umgang mit Homosexualität] in der Landeskirche erneut diskutiert“ wurde.⁴⁴

³⁴vgl. NOGRADY: Chronologie der Sächsischen Bekenntnis-Initiative, 1.

³⁵S. Unterabschnitt 2.7 „Verbindungen der SBI zu gesamtdeutschen evangelikalen Netzwerken“.

³⁶BASCHANG u. a.: Für die Freiheit des Glaubens, 8.

³⁷S. Unterabschnitt 4.4 „Der Status Confessionis“.

³⁸Vgl. MEINEL: Einbringung der Vorlage 43 zum Pfarrdienstgesetz, 3.

³⁹EKD: Entwurf Kirchengesetz, 28.

⁴⁰Zum Beispiel Westfalen, deren Gesetz jedoch keine Ergänzungen speziell zu § 39 aufwies, vgl. EKVW: Ausführungsgesetz zum Kirchengesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Deutschland.

⁴¹LKA: 800 Pfarrerinnen und Pfarrer kamen zur Arbeitstagung zusammen.

⁴²Vgl. BOHL: Bericht des Landesbischofs, 13.

⁴³S. Unterabschnitt 2.2 „Die Markersbacher Erklärung als Auftakt des Konfliktes“.

⁴⁴BOHL: Bericht des Landesbischofs, 12.

Offiziell wurde die EKD-Reform erst auf der Frühjahrssynode 2012 – nach dem Kirchenleitungsbeschluss vom Januar 2012⁴⁵ und der Gründung der SBI – behandelt. Bereits im Vorfeld wurden das Dienstgesetz und der Themenkomplex um § 39 heiß diskutiert. Christine Reuther von der Kirchenzeitung „Der Sonntag“ berichtete, dass „[v]iele Synodale“ befürchteten, es würde „zum Eklat kommen.“⁴⁶ Der Vorsitzende des synodalen Rechtsausschusses Pfarrer Frank Meinel sprach auf der Synode von „ca. 130 Eingaben“, die dazu bei der Synode eingegangen seien, „die viel Leidenschaft spiegeln.“⁴⁷ Nicht wenige dieser Eingaben werden im Sinne des „Offenen Briefes“ der Altbischöfe und der Markersbacher Erklärung gegen eine Übernahme des neuen § 39 plädiert haben.

Auf der Synode legten der Rechtsausschuss und der theologische Ausschuss einen Entwurf für ein „Pfarrdienstgesetzergänzungsgesetz“ im Blick auf den umstrittenen § 39 vor.⁴⁸ Dieses Ergänzungsgesetz brachte einen „neuen § 15“ ein, der, in den Worten von Frank Meinel,

„[...] den alten Wortlaut des Pfarrergesetzes des VELKD im § 51, aufnimmt, der lautet: ‚Pfarrerinnen und Pfarrer sind auch in ihrer Lebensführung in Ehe und Familie ihrem Auftrag verpflichtet.‘ Damit wird noch einmal die bleibende Leitbildfunktion von Ehe und Familie, gerade auch im Hinblick auf das Pfarramt, in einem Kirchengesetz besonders betont. Die Ehe bleibt in unserer Sicht ein besonderes Geschenk des Schöpferwillens Gottes. Unbeschadet dessen bleibt aber der Kirchenleitungsbeschluss bestehen und kann im Einzelfall angewendet werden. Dies ist der Ausgleich, der es allen ermöglicht, unverletzt aus dieser Debatte zu gehen.“⁴⁹

Der zitierte Wortlaut widerspiegelt sowohl die Heftigkeit der Debatte auch in der Synode als auch die internen Verhandlungen mit der SBI, die vor allem die Rücknahme des Kirchenleitungsbeschlusses gefordert hatte. Die Übernahme des VELKD-Paragraphen 51 war eine explizite Konzession der KL an die SBI. Diesen Kompromiss hatte das damalige Synoden- und SBI-Mitglied Carsten Rentzing zwischen SBI und Synode mit Mühe ausgehandelt, zur „Befriedigung“ der Situation:

„Auf beiden Seiten ist dieser Vorstoß [der Aufnahme des VELKD-Paragraphen 51] zunächst auf erhebliche Vorbehalte getroffen. Am Ende hat sich die Bekenntnis-Initiative durchgerungen, darin ein positives Zeichen zu sehen.“⁵⁰

⁴⁵S. Unterabschnitt 2.5 „Der Kirchenleitungsbeschluss von 2012“.

⁴⁶REUTHER: Brücke über den Riss.

⁴⁷MEINEL: Einbringung der Vorlage 43 zum Pfarrdienstgesetz, 3.

⁴⁸Vgl. ebd.

⁴⁹A. a. O., 4.

⁵⁰RENTZING: Einbringungsrede des Berichterstatters Syn. Dr. Carsten Rentzing zu Drucksache Nr. 134, 1f.

Auch die Berichterstattung der Landeskirche über die Synode betonte, dass SBI und Gemeinschaftsverband mit diesem Kompromiss einverstanden waren:

„Die Vertreter des sächsischen Gemeinschaftsverbandes, Vertreter der ‚Sächsischen Bekenntnisinitiative‘ als auch Befürworter des Kirchenleitungsbeschlusses begrüßten den gefundenen Ausgleich und bezeichneten ihn als „Brücke“, um im gemeinsamen Gespräch zu bleiben.“⁵¹

An diesen Kompromiss gekoppelt wurde ein dreijähriger Gesprächsprozess über die theologischen Fragen, die durch den Kompromiss nicht geklärt werden konnten. Die Synode beschloss dieses Paket am 27. April 2012 mit nur zwei Gegenstimmen.⁵²

Der „Sonntag“ lobte nach der Synode den prägenden „Geist des Verständnisses und des gegenseitigen Verstehens“. Der „befürchtete Eklat“ sei „ausgeblieben.“⁵³ Betont wurde die Notwendigkeit eines weiterführenden Gesprächs, zugleich aber auch leise Zweifel an der Durchführbarkeit eines solchen Gesprächsprozesses angemeldet.⁵⁴

2.2 Die Markersbacher Erklärung als Auftakt des Konfliktes

Die sogenannte „Markersbacher Erklärung“ vom Mai 2011 wurde benannt nach dem gleichnamigen 1500-Seelen-Dorf im Erzgebirge, wo Gaston Nogrady seit 1995 Pfarrer war. Nogrady hatte den Anstoß für die Markersbacher Erklärung gegeben und war selbst Verfasser.⁵⁵ Es handelte sich dabei um eine als Unterschriftensammlung konzipierte Reaktion auf § 39 der Pfarrerdienstgesetzreform der EKD.

Die Erklärung war einfach und sachlich formuliert. Sie rekurrierte auf den KL-Beschluss von 2001. Dieser war eine Reaktion auf die Einführung Eingetragener Lebenspartnerschaften durch die Bundesregierung im gleichen Jahr gewesen und hatte Pfarrerinnen und Pfarrern das Führen einer solchen Partnerschaft im Pfarrhaus verboten. Die Unterzeichner der Markersbacher Erklärung „bitten die KL [...] inständig“⁵⁶ an der Regelung von 2001 festzuhalten, dass eine homosexuelle Beziehung weiterhin nicht im Pfarrhaus gelebt und nicht zum Verkündigungsinhalt gemacht werden darf.

Die Markersbacher Erklärung hatte die gleiche Intention wie die evangelikale Kritik an § 39 auf EKD-Ebene, z.B. im „Offenen Brief“ der acht Altbischöfe. Jedoch konkretisierte sie deren Anliegen durch den Verweis auf den Beschluss der sächsischen KL von 2001, der durch das neue Pfarrerdienstgesetz in Frage gestellt sei. Damit hing der Widerstand gegen § 39 Pfarrerdienstgesetz und die Bewegung hinter der Markersbacher Erklärung

⁵¹LKA: Bericht vom 21. April 2012. Pfarrdienstgesetz.

⁵²Vgl. DER SONNTAG: Startkapital für ein Gespräch.

⁵³REUTHER: Brücke über den Riss.

⁵⁴„Wie allerdings ein solcher Gesprächsprozess umgesetzt werden könnte, das blieb die Synode schuldig.“
Vgl. a. a. O.

⁵⁵Vgl. NOGRADY: Chronologie der Sächsischen Bekenntnis-Initiative, 1.

⁵⁶DERS.: Erklärung 144 sächsischer Kirchgemeinden zum „familiären Zusammenleben“ im Pfarrhaus.

direkt ab von der Gültigkeit des KL-Beschlusses von 2001 als deren Grundlage. Nach eigenen Angaben wusste Nogrady beim Verfassen der Markersbacher Erklärung, dass die KL (aus anderen Gründen) bereits eine Evaluation eben jenes Beschlusses durch eine „Arbeitsgruppe Homosexualität in biblischem Verständnis“⁵⁷ angeordnet hatte.⁵⁸ Er habe „von Leuten aus dieser AG gehört, die traurig waren und sagten: Die andere Seite macht stark Druck und eine starke Lobbyarbeit, aber von den frommen Gemeinden auf dem Land kommt gar nichts, die sind still und lassen sich alles gefallen.“⁵⁹

Nogrady sammelte in den Gemeinden Sachsens einige Monate Unterstützer für seine Erklärung. Am 19. August bestätigte die KL den Eingang einer „Einlassung“ zu § 39 von Nogrady. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Markersbacher Erklärung „von 45 Kirchgemeinden und weiteren Zusammenschlüssen innerhalb der Landeskirche“ unterstützt.⁶⁰ Laut SBI-Sprecher Karsten Klipphahn wurde die Erklärung am 10. Januar 2012 erneut an den Landesbischof übergeben und dabei „auch noch einmal mündlich auf das biblische und bekenntnismäßige Fundament unserer Landeskirche hingewiesen“.⁶¹

Im Februar 2012 hatte die Erklärung laut der frisch gegründeten SBI Unterschriften von „über 130 Kirchgemeinden, 160 Landeskirchlichen Gemeinschaften, vielen Werke unserer Kirche sowie über 600 Einzelpersonen“⁶² gesammelt und im April 2015 schrieb der „Sonntag“ von 144 unterstützenden Kirchenvorständen.⁶³ Insgesamt gibt es 719 Kirchgemeinden in der sächsischen Landeskirche.⁶⁴ Die Markersbacher Erklärung wurde also unterstützt von etwa einem Fünftel der Landeskirche und wurde Ausgangspunkt einer Protestbewegung, die in der Gründung der „Sächsischen Bekenntnis-Initiative“ mündete.

2.3 „Auch unter Christen – Liebe zum gleichen Geschlecht“

Ein nennenswertes Gegengewicht zur Markersbacher Erklärung war das liberale Sammlungspapier „Auch unter Christen – Liebe zum gleichen Geschlecht“. Es war das Ergebnis eines Studenttags im Kirchenbezirk Leipziger Land und wurde herausgegeben von Superintendent Matthias Weismann.⁶⁵

Das Papier mischte sich ein in die „Debatte über Homosexualität“⁶⁶ in Sachsen und plädierte für die Schaffung von Möglichkeiten, homosexuelle Partnerschaften im Pfarrhaus zuzulassen und die öffentliche Segnung solcher Partnerschaften zu ermöglichen.⁶⁷

⁵⁷S. Unterabschnitt 2.4 „Die Arbeitsgruppe „Homosexualität in biblischem Verständnis““.

⁵⁸Vgl. NOGRADY: Interview, 1.

⁵⁹Ebd.

⁶⁰LKA: Sitzung der Kirchenleitung am 19. August 2011.

⁶¹KLIPPHAHN: Aus unserer Arbeit – Schwerpunkt Pfarrdienstgesetz, 1.

⁶²SBI: Gründung der Sächsischen Bekenntnis-Initiative.

⁶³Vgl. ROTH: Gespräch ohne Prozess.

⁶⁴Vgl. LKA: Kirchgemeinden.

⁶⁵Vgl. KIRCHENBEZIRK LEIPZIGER LAND: Auch unter Christen – Liebe zum gleichen Geschlecht.

⁶⁶A. a. O.

⁶⁷„Da wir davon ausgehen, dass kurzfristig keine überall in der Landeskirche akzeptierte Regelung gefunden werden wird, regen wir an, sehr bald Möglichkeiten sowohl für eine gelebte homosexuelle



Abbildung 1: Übersicht der Herkunftsorte der Unterzeichner von „Auch unter Christen“.

Das Papier war die einzige größere befürwortende Unterschriftensammlung zur Streitfrage um § 39. Während des GP wurde gelegentlich von liberaleren Kreisen auf sie zurückverwiesen, aber nie ein vergleichbares Papier veröffentlicht.⁶⁸ Medienberichte stellten „Auch unter Christen“ oft als Gegenentwurf zu Markersbach und der SBI dar,⁶⁹ es wurde jedoch noch vor der Gründung der SBI und vor Beginn des GP veröffentlicht.

2.4 Die Arbeitsgruppe „Homosexualität in biblischem Verständnis“

2.4.1 Die Einsetzung der Arbeitsgruppe

Ende 2010 berief die KL eine „Arbeitsgruppe Homosexualität in biblischem Verständnis“ ein.⁷⁰ Ihre Aufgabe sollte zweierlei sein: Erstens sollte sie ein Beitrag zu einem „Dialog- und Konsultationsprozess“ in den Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes sein.⁷¹ Zweitens hatte die AG den Auftrag, den Beschluss der KL zum Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 zu evaluieren. Es sollten die „gemachten Erfahrungen zum Umgang mit der Homosexualität“

Partnerschaft im Pfarrhaus und als auch [sic] für die Segnung homosexueller Paare dort zu eröffnen, wo die Gemeinden dem nicht entgegenstehen. Gemäß dem in der Ökumene entwickelten Prinzip der ‚Versöhnten Verschiedenheit‘ müsste auch unsere Kirche vorerst mit unterschiedlichen Regelungen leben können in dem Bewusstsein, dass es hier nicht um einen ‚status confessionis‘ geht, das Kirche-sein der Kirche also nicht auf dem Spiel steht“, vgl. KIRCHENZEIRK LEIPZIGER LAND: Auch unter Christen – Liebe zum gleichen Geschlecht.

⁶⁸ Am ehesten vergleichbar wäre ENGE u. a.: Offener Brief junger sächsischer Theologinnen und Theologen an die „Sächsische Bekenntnis-Initiative“, welcher von „Auch unter Christen“ inspiriert war, vgl. OESTERREICH/QUENSTEDT/ENGE: Interview, 1.

⁶⁹ Vgl. z.B. NAGEL: Streit um gleichgeschlechtliche Paare im Pfarrhaus.

⁷⁰ Vgl. LKA: Sitzung der Kirchenleitung am 22. Oktober 2010, 1f.

⁷¹ Dieser hat formal nichts mit dem GP der Landeskirche zu tun, könnte aber als Inspiration für dessen Durchführung gedient haben.

gesammelt und der dahinterliegende „biblische Textbefund und das Schriftverständnis“ geprüft werden.⁷²

Geleitet wurde die zwölköpfige AG durch Christoph Münchow, dem damaligen Referenten für theologische Grundsatzfragen im LKA, welcher kurz nach Auflösung der AG Ende August 2011 durch Peter Meis abgelöst wurde.

Die Arbeitsgruppe begann am 22. Oktober ihre Arbeit,⁷³ kurz bevor im November die EKD-Synode über die Pfarrdienstgesetzreform abstimmte. Die AG wurde also ursprünglich unabhängig von der EKD-Gesetzesreform eingesetzt. Diese Unterscheidung ging jedoch nach den Diskussionen um den KL-Beschluss vom Januar 2012 und der Gründung der SBI teilweise verloren. So deutete Frank Meinel auf der Frühjahrssynode 2012 an, die AG wäre „[Z]u diesen komplizierten Fragen“ rund um den § 39 einberufen worden.⁷⁴ Auch Landesbischof Jochen Bohl stellte die Arbeit der AG auf dem Chemnitzer Pfarrertag im September 2011 in Zusammenhang mit der EKD-Gesetzesreform.⁷⁵

Der Abschlussbericht zum GP der KL von 2015 erwähnte die AG nur als dem Entschluss der KL von Januar 2012 zugrundeliegend, nicht, dass sie mit dem GP in Verbindung stünde oder in diesem Kontext rezipiert worden wäre.⁷⁶ Dabei hätten die Ergebnisse der AG für die Problemstellung des GP eine geeignete Ausgangslage abgegeben.

2.4.2 Der Abschlussbericht der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“

Die AG beendete ihre Arbeit im August 2011 mit der Verfassung eines 75 Seiten starken Abschlussberichtes,⁷⁷ der der KL am 10. Oktober übergeben wurde.⁷⁸

Nach der EKD-Pfarrdienstgesetzreform und der darauf reagierenden Markersbacher Erklärung hatte sich die Situation in der Landeskirche inzwischen grundlegend geändert. Das Thema Homosexualität und die Geltung des KL-Beschlusses von 2001 waren – unabhängig von der Arbeit der AG – neu in den Fokus der Landeskirche gerückt.

Die AG berichtete über ihre Beratungen zu verschiedenen Themenkomplexen rund um die Frage nach Umgang mit und Bewertung von homosexuellen Partnerschaften. Dabei wurde schnell deutlich, dass es innerhalb der Arbeitsgruppe zwei Positionen gab.

⁷²DRESSLER u. a.: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Kirchenleitung Homosexualität in biblischem Verständnis, 2.

⁷³Vgl. LKA: Sitzung der Kirchenleitung am 22. Oktober 2010.

⁷⁴MEINEL: Einbringung der Vorlage 43 zum Pfarrdienstgesetz, 4.

⁷⁵Vgl. LKA: 800 Pfarrerinnen und Pfarrer kamen zur Arbeitstagung zusammen.

⁷⁶„Dem Beschluss der KL vom 21. Januar 2012 lag ein umfangreicher Abschlussbericht einer von der KL am 22. Oktober 2010 eingesetzten Arbeitsgruppe „Homosexualität in biblischem Verständnis“ zugrunde.“ Vgl. DASS.: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 3.

⁷⁷Vgl. DRESSLER u. a.: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Kirchenleitung Homosexualität in biblischem Verständnis.

⁷⁸Vgl. LKA: Sitzung der Kirchenleitung am 10. Oktober 2011.

Im fünften Kapitel „Zum Schriftverständnis“⁷⁹ wurde der primäre Dissens auf einen unterschiedlichen Umgang mit der Bibel eingegrenzt. Es gab zwei „Verstehens“- oder „Sichtweisen“⁸⁰: Die erste schlussfolgerte, „dass gelebte Homosexualität mit dem Willen Gottes nicht übereinstimmt.“ Die zweite führte „zu einer positiven Bewertung der in Verantwortung und Treue und auf Dauer angelegten homosexuellen Lebensweise.“ Beide Sichtweisen seien biblisch und vor den Bekenntnisschriften verantwortbar, jedoch nicht miteinander vereinbar.⁸¹

Strukturiert wurde der Bericht durch periodische Zusammenfassungen der Konsense und der Dissense innerhalb der AG. Wichtig war vor allem der mehrfach festgestellte Konsens, „dass die unterschiedlichen Auffassungen nicht den status confessionis heraufbeschwören[...].“⁸² Daraus schlussfolgerte die AG: „Das Beieinanderbleiben muss möglich sein“ und legte nahe, in der Landeskirche eine Debatte nach dem Vorbild der Debatten um die Frauenordination zu führen.⁸³ Ein groß angelegter Gesprächsprozess war jedoch noch nicht angedacht.

Die AG diskutierte auch über mögliche Segnungen homosexueller Partnerschaften, ohne dass sich Gegner und Befürworter innerhalb der AG auf eine Empfehlung einigen konnten.⁸⁴

Bei ihrer Evaluation des KL-Beschlusses von 2001 kam die AG zu dem konsensuellen Ergebnis, es sei zumindest „eine Klärung der unscharfen Formulierungen [...] notwendig.“⁸⁵

Eine systematisch-theologische oder exegetische Würdigung des Abschlussberichtes würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es lässt sich aber sagen, dass die Untersuchung beide möglichen Positionen umfassend und ausgewogen referiert und ihr Urteil theologisch angemessen erscheint.

Für diese Arbeit geführte Hintergrundgespräche mit Zeitzeugen legen nahe, dass die Dissense innerhalb der AG jedoch gravierender waren, als dies der dieser Untersuchung vorliegende Abschlussbericht erkennen lässt. Gaston Nogrady, Sprecher der SBI, sprach von einem „Minderheitenvotum von Dieter Keucher, das im Anhang erwähnt wurde“.⁸⁶ Nicole Oesterreich, Mitautorin eines offenen Briefs gegen die SBI,⁸⁷ sprach sogar davon, die AG sei „gescheitert“, nachdem ein Mitglied aus Protest „seinen Beitrag zurückgezogen“ hatte.⁸⁸ Diese Informationen lassen sich nur insofern bestätigen, dass im Anhang des Abschlussberichts der AG ein einzelnes „Persönliches Abschlussvotum“ verzeichnet ist.

⁷⁹Vgl. DRESSLER u. a.: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Kirchenleitung Homosexualität in biblischem Verständnis, 16–19.

⁸⁰A. a. O., 16.17.

⁸¹A. a. O., 19.

⁸²A. a. O., 15.

⁸³Vgl. a. a. O., 23.

⁸⁴Vgl. a. a. O., 25–28.

⁸⁵A. a. O., 29.

⁸⁶NOGRADY: Interview, 1.

⁸⁷Vgl. ENGE u. a.: Offener Brief junger sächsischer Theologinnen und Theologen an die „Sächsische Bekenntnis-Initiative“.

⁸⁸OESTERREICH/QUENSTEDT/ENGE: Interview, 2.

Dies wurde jedoch nicht von Dieter Keucher, sondern von Kirchenrätin z.A. Viola Vogel verfasst. Es handelt sich außerdem nicht um ein Minderheitenvotum der konservativen Partei, sondern gab eine deutlich liberalere Empfehlung als die restliche Arbeitsgruppe.⁸⁹

Laut Sitzungsprotokoll der KL sollte der Abschlussbericht erst nach deren Klausurtagung elf Tage später zur Veröffentlichung freigegeben werden.⁹⁰ Wahrscheinlich wollte man wegen der Sensibilität des Themas den Bericht vor Veröffentlichung prüfen und, wenn nötig, kritisch Stellung nehmen. Dies erwies sich als unnötig – die KL stellte sich ganz hinter den Abschlussbericht und „würdigte dankbar den gefundenen Konsens.“⁹¹

Weshalb dieser Abschlussbericht während des GP kaum rezipiert wurde, bleibt eine der offenen Fragen (und eines der größten Versäumnisse) des GP. 2015 erklärte Bohl in einem Interview mit dem „Sonntag“, er habe sich dafür eingesetzt, dass noch vor einem Beschluss der KL in der Landeskirche über den Abschlussbericht diskutiert würde; diese Bemühungen seien jedoch von einer Mehrheit der KL abgeschmettert worden.⁹²

2.5 Der Kirchenleitungsbeschluss von 2012

2.5.1 Inhalt

Auf einer zweitägigen Klausurtagung in Dresden am 20./21. Januar 2012 beriet die KL über die Ergebnisse der AG.⁹³ Anwesend war die komplette KL – der Landesbischof, der Synodenpräsident, der Präsident und sechs Mitglieder des Landeskirchenamts sowie neun Synodale –, außerdem waren sämtliche stellvertretende Mitglieder eingeladen, blieben jedoch ohne Stimmrecht. Der Abschlussbericht der AG diene als Grundlage für den Beschluss, den die KL am Ende des Klausurwochenendes vorlegte. Darin würdigte sie „dankbar den gefundenen Konsens der AG“ und schloss „sich ausdrücklich der Einsicht an, dass der status confessionis nicht gegeben ist.“⁹⁴ Ausdrücklich nannte der Beschluss die durch die AG herausgearbeiteten zwei theologischen Positionen zum Schriftverständnis „jeweils eine geistlich und theologisch angemessen begründete Position.“ Deshalb werde die KL der Empfehlung der AG folgen, weitere „anstehende Fragen seelsorgerlich zu behandeln,“ also ausdrücklich nicht auf eine theologische Entscheidungsfindung, sondern ein Miteinander-Auskommen hinzuarbeiten.⁹⁵

Aus dem KL-Beschluss von 2001 bekräftigte die KL „die bleibende Bedeutung der biblischen Ordnung von Ehe und Familie als Leitbild“. Sämtliche Regelungen von 2001

⁸⁹Vgl. DRESSLER u. a.: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Kirchenleitung Homosexualität in biblischem Verständnis, 67–70.

⁹⁰Vgl. LKA: Sitzung der Kirchenleitung am 10. Oktober 2011.

⁹¹DASS.: Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012, 1.

⁹²Vgl. ROTH: „Das ging unter die Haut“.

⁹³Vgl. LKA: Sitzung der Kirchenleitung am 20./21. Januar 2012 (Klausurtagung).

⁹⁴DASS.: Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012, 1.

⁹⁵Ebd.

sollten „fortgeschrieben“ werden, also bestehen bleiben. Die ausdrückliche Begründung hierfür lautete: „Um der Einheit der Landeskirche willen“.⁹⁶

Diese Fortschreibung wurde jedoch durch eine Ausnahmeregelung eingeschränkt:

„Das Landeskirchenamt kann im Einzelfall im geschwisterlichen Zusammenwirken mit dem Landesbischof homosexuellen Pfarrern und Pfarrerinnen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, das Zusammenleben im Pfarrhaus gestatten. Voraussetzung ist die einmütige Zustimmung des zuständigen Kirchenvorstandes. Der Superintendent ist zu hören.“⁹⁷

Der Begründungstext der KL zum Beschluss erläuterte, die Umstände hätten sich zwar seit 2001 „rechtlich, gesellschaftlich wie kirchlich deutlich wahrnehmbar verändert“,⁹⁸ jedoch bestünden innerhalb der Landeskirche auch „unverändert stark ablehnende Auffassungen“.⁹⁹ Weil sich die KL der „Einheit der Kirche“ verpflichtet sehe, wollte sie ausdrücklich kein theologisches Urteil treffen, sondern an der bisherigen Regelung festhalten. Wiederum aus seelsorgerlichen Gründen sollten „Einzelfallentscheidungen“ jedoch möglich werden. Bei diesen Verfahren sollten die Gewissen der Kirchenvorstände „nicht gezwungen werden“, weshalb eine solche Entscheidung nur „einmütig“ getroffen werden sollte.¹⁰⁰

In einem ausführlichen Begleitbrief¹⁰¹ erläuterte Landesbischof Jochen Bohl die knifflige Situation, aus der heraus der Beschluss der KL gefasst wurde. Behutsam plädierte er:

„Die Bibel kennt das Phänomen der verlässlich gelebten homosexuellen Partnerschaft nicht; und darum können ihre negativen Aussagen wohl nicht auf eine verantwortliche ethische Gestaltung eines solchen Verhältnisses bezogen werden.“¹⁰²

Zugleich betonte auch er die bleibende Bedeutung der Ehe als verbindliche Norm.

2.5.2 Bedeutung

Auch wenn es weder bei der Einsetzung der AG noch auf der Klausurtagung der KL um die Pfarrerdienstgesetzreform ging, musste die KL die bereits heftig geführten Diskussionen um § 39 berücksichtigen. Die Markersbacher Erklärung hatte den Beschluss von 2001 direkt mit dem § 39 in Bezug gesetzt. Als die KL über eben jenen Beschluss beriet wusste sie also, dass eine Einschränkung des 2001-Beschlusses nicht ohne Gegenwind bleiben würde.

⁹⁶LKA: Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012, 1.

⁹⁷Ebd.

⁹⁸Ebd.

⁹⁹A. a. O., 2.

¹⁰⁰Ebd.

¹⁰¹Vgl. BOHL: Erklärung.

¹⁰²A. a. O., 5.

Aus Sicht der späteren SBI wurde mit dem KL-Beschluss der Beschluss von 2001 aufgehoben. Zwar betonte der neue Beschluss selbst, dass bisherige Regelungen fortgeschrieben werden sollten, dennoch stellte die „Einzelfallregelung“ zumindest eine Einschränkung der Regelung von 2001 dar. Auf der folgenden Frühjahrssynode sprach Frank Meinel deshalb auch sachgemäß von einer „Modifizierung“ des KL-Beschlusses von 2001.¹⁰³

Die KL versuchte mit dem Beschluss vom Januar 2012 den Spagat, einerseits die Einheit der Kirche zu erhalten und andererseits einen seelsorgerlich verantwortlichen Umgang mit homosexuellen Paarbeziehungen von Pfarrerinnen und Pfarrern zu finden. Später wurde der KL häufiger vorgeworfen, mit dem Beschluss nicht „neutral“ gehandelt zu haben. Diesem Vorwurf begegnete Landesbischof Jochen Bohl in seiner Rede vor der Novembersynode 2012 mit dem Hinweis, dass die KL dem Konflikt nicht ausweichen konnte: „Keine Antwort [auf die Frage nach dem Zusammenleben im Pfarrhaus] zu geben, wäre eben auch eine Antwort.“¹⁰⁴

Das Wort „Kompromiss“ findet sich im KL-Beschluss nicht, genau das war er aber (und im öffentlichen Protokoll der Klausurtagung wurde er auch so bezeichnet¹⁰⁵). Ausdrückliches Ziel sei die „kirchenpolitische Befriedung“¹⁰⁶ der Situation gewesen.

Im Blick auf den weiteren Verlauf der Geschichte lässt sich sagen, dass dieses Ziel verfehlt wurde. Nicht nur konnte der KL-Beschluss die Gegner des § 39 nicht für sich gewinnen, er provozierte im Gegenteil die Gründung der SBI und damit die fortschreitende Frontenbildung innerhalb der Landeskirche.

Durch die Entscheidung der Kirchenleitung, keine theologische Festlegung zu treffen, sondern mit den verschiedenen Meinungen seelsorgerlich zu verfahren, wurde mit Berufung auf die Ergebnisse der AG jede weitere theologische Diskussion von der theologischen Entscheidungsebene auf die Beziehungsebene verschoben. Diese Vorzeichensetzung galt auch für den späteren GP. Dass dieses Vorzeichen in dessen Auseinandersetzungen so häufig vergessen oder ignoriert wurde, kann durch die verhängnisvoll geringe Rezeption des AG-Abschlussberichtes in der Landeskirche erklärt werden.¹⁰⁷

Zentrales Problem am Kirchenleitungsbeschluss war, dass die Erkenntnisse der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“, so theologisch schlüssig sie gewesen sein mochten, innerhalb der Landeskirche zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht konsensfähig, beziehungsweise bekannt genug waren. Dreieinhalb Jahre nach dem KL-Beschluss gestand Bohl in einem „Sonntag“-Interview dieses Problem ein:

„Die KL hatte eine theologische Arbeitsgruppe zur Vorbereitung ihrer Entscheidung eingesetzt. Ich war damals der Meinung, dass deren Ergebnisse in

¹⁰³MEINEL: Einbringung der Vorlage 43 zum Pfarrdienstgesetz, 4.

¹⁰⁴BOHL: Bericht des Landesbischofs, 1.

¹⁰⁵Vgl. LKA: Sitzung der Kirchenleitung am 20./21. Januar 2012 (Klausurtagung).

¹⁰⁶DASS.: Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012, 2.

¹⁰⁷Auffällig ist ebenfalls, dass keines der Mitglieder der Arbeitsgruppe während des GP in Erscheinung trat, weder auf Seiten der Befürworter des KL-Beschlusses noch auf Seiten der SBI.

der Landeskirche hätten diskutiert werden sollen. Aber das hat eine Mehrheit in der KL anders gesehen und es gab auch gute Gründe dafür. Es war wie es häufig ist: Im Rückblick ist man klüger und kann das eine oder andere kritisch bewerten.“¹⁰⁸

2.6 Die Gründung der „Sächsischen Bekenntnis-Initiative“

Nur zwei Tage nach dem Klausurwochenende veröffentlichte die Ev.-Luth. Bekenntnisgemeinschaft Sachsen (BG) auf ihrer Homepage eine Kritik des KL-Beschlusses in drei Punkten.¹⁰⁹ Die KL verlasse mit der Ausnahmeregelung den Boden von Schrift und Bekenntnis (deren „Position [...] zu praktizierter Homosexualität [...] eindeutig“ sei). Außerdem führe diese Ausnahme zu „einer weiteren Abwertung der guten biblischen Ordnung der Ehe“. Drittens verschiebe der KL-Beschluss die Verantwortung auf die Kirchenvorstände, die „vor Ort viel größeren Zwängen ausgesetzt“ seien.¹¹⁰ Auch die „AG Homosexualität in biblischem Verständnis“ wurde zwar erwähnt, deren theologische Arbeit jedoch lapidar abgetan.¹¹¹ Die BG war zuvor bereits Unterstützer der Markersbacher Erklärung gewesen.¹¹²

Am 30. Januar 2012, eine Woche später, gründeten Karsten Klipphahn, Vorsitzender der BG, und Gaston Nogrady, Initiator der Markersbacher Erklärung, in Markersbach die „Sächsische Bekenntnis-Initiative“. Gründungsmitglieder waren außerdem Vorstände zahlreicher konfessioneller und pietistischer Verbände innerhalb der Landeskirche.¹¹³ Laut Klipphahn war die Gründung der SBI eine direkte „Antwort auf den Beschluss der Kirchenleitung“.¹¹⁴

2.6.1 Das Gründungspapier der SBI und dessen Begründung

Die Gründungsmitteilung der SBI¹¹⁵ griff teils wortgleich Formulierungen der Verlautbarung der BG auf. Jedoch wurden nicht deren drei Kritikpunkte wiederholt, sondern stattdessen die Forderung der Markersbacher Erklärung.

Eine genauere Begründung, weshalb die SBI-Mitglieder dem Ergebnis der KL nicht zustimmen konnten, fehlte zunächst. Klipphahn kündigte eine „Erklärung mit Begrün-

¹⁰⁸ ROTH: „Das ging unter die Haut“.

¹⁰⁹ Vgl. EV.-LUTH. BEKENNTNISGEMEINSCHAFT SACHSEN: Erklärung.

¹¹⁰ A. a. O.

¹¹¹ „Dennoch können wir dem Ergebnis nicht zustimmen.“, a. a. O.

¹¹² Vgl. KLIPPHAHN: Aus unserer Arbeit – Schwerpunkt Pfarrdienstgesetz.

¹¹³ Weitere Gründungsmitglieder waren: Lutherisches Einigungswerk, Evangelisationsteam, Theokreis, Bruderschaft Liemehna, CVJM Sachsen, Evangelikale Stiftung, Pfarrer_innengebetsbund, Volksmissionskreis Sachsen, Martin-Luther-Bund in Sachsen, Ev.-Luth. Gebetsbruderschaft und Landesvbd. Landeskirchlicher Gemeinschaften Sa.; außerdem maßgeblich waren die Pfarrer Carsten Rentzing, Johannes Berthold und Gunther Geipel.

¹¹⁴ KLIPPHAHN: Aus unserer Arbeit – Schwerpunkt Pfarrdienstgesetz, 2.

¹¹⁵ Vgl. SBI: Gründung der Sächsischen Bekenntnis-Initiative.

dung“¹¹⁶ an, die am 4. Februar auf der Internetseite der SBI erschien.¹¹⁷ Diese fiel deutlich umfangreicher und detaillierter aus als die Drei-Punkte-Erklärung der BG und führte deren Ansatz zwar fort, argumentierte aber teilweise gegensätzlich. So kritisierte die SBI gerade nicht, dass die theologische Entscheidung auf die Kirchenvorstände verschoben wurde, sondern gerade, *dass* die KL eine theologische Entscheidung getroffen habe. Der Beschluss der KL impliziere eine „grundsätzliche Bejahung“ gleichgeschlechtlicher Partnerschaften:

„Spricht der Kirchenleitungsbeschluss von 2001 noch vom ‚biblischen Zeugnis‘, tritt jetzt an diese Stelle die Vielfalt der Interpretationen. Diese wird von der KL selbst einseitig entschieden, insofern die Öffnung des Pfarrhauses für eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften deren grundsätzliche Bejahung als dem Willen Gottes gemäß impliziert.“¹¹⁸

Die Erklärung kritisierte vor allem die Behauptung der KL, man würde den Beschluss von 2001 „fortschreiben“. Der neue Beschluss sei keine Fortschreibung, „sondern in allen wichtigen Punkten dessen Aufhebung.“ Daraus schlussfolgerte die SBI, dass sie „aufgrund von Schrift und Bekenntnis widersprechen“ müsse.¹¹⁹ Außerdem wurde angedeutet, Mitglieder der SBI würden möglicherweise in Zukunft der KL ihre Loyalität verweigern müssen.¹²⁰

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Abschlussbericht der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“ fand auch durch die SBI nicht statt. In einem für diese Arbeit geführten Interview gab SBI-Sprecher Gaston Nogrady erstaunlich freimütig zu, dass der SBI eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem AG-Bericht überflüssig erschien, da dessen Ergebnis „leider von vornherein klar war – das hing mit der Zusammensetzung der AG zusammen, die mehrheitlich mit Befürwortern einer Öffnung besetzt war.“¹²¹

Reaktionen

Die KL reagierte nicht offiziell auf die Stellungnahmen der BG und der SBI. Eine nennenswerte Auseinandersetzung mit den Positionen der SBI geschah durch einen offenen Brief „junger sächsischer Theologinnen und Theologen“¹²² Darin wurde die Argumentation der SBI als „fragwürdig“ bezeichnet und auf den Abschlussbericht der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“ verwiesen.¹²³ Die Auslegung des KL-Beschlusses durch die SBI kritisierten die vier studentischen Verfasser als irreführend und tendenziös:

¹¹⁶ KLIPPHAHN: Aus unserer Arbeit – Schwerpunkt Pfarrdienstgesetz, 2.

¹¹⁷ Vgl. SBI: Erklärung zum Kirchenleitungsbeschluss vom 21.01.2012.

¹¹⁸ A. a. O., 2.

¹¹⁹ A. a. O., 1.

¹²⁰ Vgl. ebd.

¹²¹ NOGRADY: Interview, 1.

¹²² Vgl. ENGE u. a.: Offener Brief junger sächsischer Theologinnen und Theologen an die „Sächsische Bekenntnis-Initiative“.

¹²³ A. a. O., 1.

„Wir empfinden es als extrem bedenklich, wenn unseren berufenen Mitgliedern der Kirchenleitung mit Argumenten entgegengetreten wird, die den Raum der Wahrheit und der sachlichen Argumentation verlassen.“¹²⁴

Der Brief fand bis zum April 2012 insgesamt 205 namentliche Unterstützer aus überwiegend universitärem Umfeld.¹²⁵

In einer Antwort auf den Brief der Studierenden schrieben die Sprecher der SBI, es läge ihnen „fern, den Beschluss der KL bewusst zu verzerren oder falsch zu interpretieren.“ Es handele sich lediglich um verschiedene „Interpretation“ des Beschlusses.¹²⁶ Zugleich bemängelte die SBI eben jene „[I]nterpretationsoffen[heit]“¹²⁷ der Formulierungen der KL und beharrte darauf, die Lage sei bisher durch den Beschluss von 2001 „klar definiert“¹²⁸ gewesen.

Wirkung

Die Erklärung der SBI gab zwar die wichtigsten Inhalte und Konzessionen des KL-Beschlusses korrekt wieder und behauptete, das „Bemühen“ dahinter zu würdigen, legte der KL jedoch Schlussfolgerungen in den Mund, die diese selbst ausdrücklich ablehnte. Außerdem ignorierte die SBI völlig den Abschlussbericht der AG, der Grundlage des KL-Beschlusses war. Es wurde nicht eingegangen auf die Argumentation der AG, dass die durch die SBI monierte „Vielfalt der Interpretationen“ durchaus vor Bibel und Bekenntnis zu verantworten und darüber hinaus der einzige gangbare Weg für das „Beieinanderbleiben“¹²⁹ sei. Auch die Einschätzung der SBI zum KL-Beschluss von 2001 scheint einseitig. Man sah keine Notwendigkeit einer Nivellierung und beharrte wiederholt auf der angeblichen Klarheit des Beschlusses – im direkten Widerspruch zum Abschlussbericht der AG, der dem Beschluss einheitlich „Unklarheiten hinsichtlich der Auslegung“ diagnostizierte.¹³⁰ Im Lichte dessen erscheint die Erklärung der SBI als inhaltliche Kritik am Kirchenleitungsbeschluss unzureichend.

Legitim ist zumindest der Vorwurf der SBI, die KL habe mit ihrem Beschluss die 2001-Regelung nicht lediglich „fortgeschrieben.“¹³¹ Die Argumentation, die KL würde dadurch gewissermaßen zwangsläufig Schrift und Bekenntnis widersprechen, ist jedoch nicht einleuchtend.

¹²⁴ ENGE u. a.: Offener Brief junger sächsischer Theologinnen und Theologen an die „Sächsische Bekenntnis-Initiative“, 4.

¹²⁵ Vgl. DIES.: Unterstützer.

¹²⁶ SBI: Antwortbrief der SBI auf den „Offenen Brief junger sächsischer Theologinnen und Theologen“, 1.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ A. a. O., 2.

¹²⁹ Vgl. DRESSLER u. a.: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Kirchenleitung Homosexualität in biblischem Verständnis, 23.38.29.

¹³⁰ A. a. O., 5.

¹³¹ S. Unterunterabschnitt 2.5.2 „Bedeutung“.

In einem Punkt gab sich die SBI durch ihre heftige und wiederholte Kritik am KL-Beschluss selbst recht: Die durch die KL angestrebte „kirchenpolitische Befriedung der Situation“¹³² war in der Tat gescheitert.

2.6.2 Die SBI als Sammelbecken evangelikal-konservativer Gruppen

Die SBI organisierte sich locker über ein Netzwerk aus vier Sprechern und einer Reihe von „regionalen Ansprechpartnern“, sowie einem ca. 35 Personen starken Email-Verteiler.¹³³ Sprecher waren die Pfarrer Falk Klemm, Karsten Klippahn und Gaston Nogrady sowie der Jugendwart Thomas Friedemann. Friedemann brachte sich im GP kaum ein, einige der regionalen Ansprechpartner dafür umso mehr. Gunther Geipel, Johannes Berthold und Carsten Rentzing sind diejenigen, die in den Quellen am häufigsten in Erscheinung treten.

Nach eigener Aussage war die SBI eine Initiative „verschiedener bekenntnistreuer Gruppierungen und Gemeinden unserer sächsischen Landeskirche.“¹³⁴ Den Gründern der SBI gelang es, innerhalb weniger Wochen sämtliche konservativen Verbände innerhalb der Landeskirche zu bündeln. Schlussendlich gab es keine innerkirchliche Opposition gegen den KL-Beschluss, die nicht in der SBI beheimatet gewesen wäre. Die Liste der Gründungsvereine war gleichzeitig ein umfassendes *who-is-who* der innerkirchlichen pietistisch- und konfessionell-evangelikalen Szene in Sachsen.

Gleichzeitig zeigt ein Blick auf die Quellenlage, dass die Anzahl der tatsächlichen Akteure sich innerhalb der SBI in Grenzen hielt. Es begegnen wiederholt die selben Namen. Dies bestätigt die These von Gisa BAUER, die evangelikale Bewegung scheine „auf Grund ihrer inszenierten Proteste, ihrer fundamentalistischen Tendenz – die allen Neuen sozialen Bewegungen inhärent ist – sowie der medialen Übertreibung massiver und zahlenmäßig größer, als sie ‚wirklich‘, und das meint als soziale Gruppe, ist. Der Kern der Akteure ist nicht groß.“¹³⁵

Die SBI vereinte eine große Bandbreite unterschiedlicher Strömungen. Neben der lutherisch-konfessionellen BG und der Gebetsbruderschaft waren auch das Lutherische Einigungswerk und der Martin-Luther-Bund der VELKD Gründungsmitglieder. Auch zur Evangelischen Allianz hatte die SBI Verbindungen über den Moritzburger Professor Johannes Berthold, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) war. Außerdem Mitglied der SBI war der eher pietistisch geprägte Landesverband Landeskirchlicher Gemeinschaften. Selbst für radikalere kirchenkritische Gruppen wie das Evangelisationsteam (ET) unter Lutz Scheufler war die SBI ein Sammelbecken (auch wenn im „Fall Scheufler“ die SBI später zumindest eine teilweise inhaltliche Abgrenzung vornahm).

¹³²SBI: Erklärung zum Kirchenleitungsbeschluss vom 21.01.2012, 2.

¹³³Vgl. NOGRADY: Interview, 4.

¹³⁴SBI: Zusammenarbeit von SBI und Ev.-Luth. Bekenntnisgemeinschaft.

¹³⁵BAUER: Die evangelikale Bewegung.



Abbildung 2: Darstellung der unterzeichnenden Kirchgemeinden der Markersbacher Erklärung.

Organisatorisch war die BG unter dem Vorsitz von Karsten Klipphahn das wichtigste Mitglied der SBI. Die BG diente als Anstellungsträger für die SBI und nahm stellvertretend Spenden entgegen. Diese „strukturelle[...] und personelle[...] Verzahnung“¹³⁶ wurde 2016 durch die Entsendung von Gaston Nogrady und einem weiteren SBI-Mitglied in den Leitungskreis der BG verfestigt.¹³⁷

Ein weiteres strukturell wichtiges Mitglied der SBI war die Zschorlauer „Oase des gemeinsamen Lebens.“ SBI-Sprecher Falk Klemm war Vorstandsmitglied des die „Oase“ tragenden Vereins.¹³⁸ Die Oasenarbeit organisierte während des GP vor allem thematische Veranstaltungen für die SBI.¹³⁹

Auf der Frühjahrssynode 2012 stand „die SBI“ bereits stellvertretend für das konservative Lager der Landeskirche. Zu Beginn des GP unterstützten die SBI laut einem Bericht des „Sonntag“ 106 Kirchenvorstände und knapp 8 000 Einzelpersonen.¹⁴⁰

Zwar sprach Frank Meinel auf der Synode davon, dass die regionale Verteilung von Unterstützern der SBI ein „höchst differenziertes Bild“¹⁴¹ böte, eine Visualisierung der Unterzeichnenden Kirchgemeinden der Markersbacher Erklärung zeigt jedoch eindeutig, dass fast alle SBI-nahen Kirchgemeinden aus dem Erzgebirgsraum, dem Raum Chemnitz und Teilen des Vogtlands kamen. In der Region Meißen-Dresden-Pirna und im Leipziger

¹³⁶SBI: Zusammenarbeit von SBI und Ev.-Luth. Bekenntnisgemeinschaft.

¹³⁷Vgl. a. a. O.

¹³⁸Vgl. OASE DES GEMEINSAMEN LEBENS: Über uns.

¹³⁹Zu einem solchen „Oasen-Tag“ wurde auch Joachim Cochlovius vom Gemeindehilfsbund als Referent eingeladen. Cochlovius war eines der Verbindungsglieder der SBI zum bundesweiten evangelikal-konfessionellen Netzwerk, vgl. DIES.: Resolution des Oasen-Begegnungstages zum Gesprächsprozess innerhalb der sächsischen Landeskirche.

¹⁴⁰Vgl. ROTH: Erst hören, dann reden.

¹⁴¹MEINEL: Einbringung der Vorlage 43 zum Pfarrdienstgesetz, 3.

Land fanden sich kaum Gemeinden, die die Markersbacher Erklärung unterzeichneten.¹⁴² Dies deckt sich mit den Regionen der Landeskirche, die üblicherweise als tendenziell liberal eingestuft werden (und bietet eine beinahe exakte Gegenfolie zu Abb. 1).

2.7 Verbindungen der SBI zu gesamtdeutschen evangelikalen Netzwerken

2.7.1 Die SBI als evangelikale Bewegung

Reinhard Hempelmann, Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD, definiert Evangelikalismus über dessen „Anliegen in Theologie und Frömmigkeit“, nämlich die „Notwendigkeit persönlicher Glaubenserfahrung“, „die Geltung der Heiligen Schrift als höchster Autorität in Glaubens- und Lebensfragen“ und die daraus entwickelte Ethik.¹⁴³ Bei Hempelmann findet sich außerdem die Unterteilung des Evangelikalismus in den „klassische[n]“, den „fundamentalistische[n]“, den „bekenntnisorientierte[n]“, den „missionarisch-diakonisch[en]“ und den „pfingstlich-charismatische[n]“ Typ.¹⁴⁴

Die Theologin Gisa BAUER definiert Evangelikalismus „als Protestbewegung nicht nur innerhalb des Protestantismus, sondern auch in Selbstbehauptung gegen die traditionell-institutionelle Kirche“,¹⁴⁵ betont also den Aspekt der Protesthaltung des Evangelikalismus.

Wenn auch die Geschichte des Evangelikalismus sich in Ostdeutschland durch die DDR- und Wendezeit in einer grundsätzlich anderen Situation entspann als im Rest der Bundesrepublik,¹⁴⁶ gab es auch in der SBI Verbindungen zu gegenwärtigen evangelikalen Netzwerken und zahlreiche inhaltliche und phänomenologische Übereinstimmungen zwischen westdeutschem Evangelikalismus und der sächsischen Protestbewegung um die SBI.

Die SBI betonte stets die Geltung von Bibel und Bekenntnis als Autorität für Leben und Glauben. Besonders die Gegenüberstellungen Schrift–Verstand und Schrift–Zeitgeist sind typisch evangelikal. Auch die Erhebung ethischer Fragen zu Bekenntnisfragen, wie es die SBI während des GP immer wieder tat, passt in dieses Schema. Vor allem aber ist die Protesthaltung der SBI ihr prägendstes Merkmal. Die SBI gründete sich als „Protestgemeinschaft“ gegen einen Beschluss der Landeskirche und entwickelte kein eigenständiges Profil über die Frage der homosexuellen Partnerschaften im Pfarrhaus hinaus. Zwar versuchte die SBI zunächst, sich positiv über den Einsatz für die „Aufrechterhaltung von der Ehe von Mann und Frau als christliches Leitbild“¹⁴⁷ zu profilieren, diesem Versuch

¹⁴²Zu den Mitgliedsgemeinden der SBI liegen keine Daten vor, es ist jedoch anzunehmen, dass die Unterstützer der Markersbacher Erklärung maßgeblich mit denen der SBI übereinstimmen, da die Personen dahinter und deren Anliegen weitgehend identisch sind.

¹⁴³HEMPELMANN: Evangelikalismus, 6.

¹⁴⁴A. a. O., 7f.

¹⁴⁵BAUER: Bewegung, 17.

¹⁴⁶Vgl. a. a. O., 23.

¹⁴⁷NOGRADY, zitiert in NAGEL: Streit um gleichgeschlechtliche Paare im Pfarrhaus.

wurde aber durch die Einigungsformel der Frühjahrssynode 2012 der Wind aus den Segeln genommen.¹⁴⁸

Aus diesen Gründen ist es zutreffend, die SBI als evangelikale Bewegung zu bezeichnen. Genauer handelt es sich bei der SBI um innerkirchlich-lutherischen Bekenntnis-Evangelikalismus¹⁴⁹ Dabei fällt auf, dass die SBI verschiedenste evangelikale Strömungen innerhalb der Landeskirche zu vereinen vermochte und vor allem auch den „klassischen“¹⁵⁰ DEA-Typ ansprach.

Die SBI bezeichnete sich selbst nicht als evangelikal, wohl um eine Nähe zu freikirchlichen Bewegungen zu vermeiden, deren Bedeutung für den Evangelikalismus in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Auch dies ist für die konfessionelle Spielart des Evangelikalismus typisch.¹⁵¹

2.7.2 Verbindungen der SBI-Gründungsmitglieder

Karsten Klippfahn war der Vorsitzende der BG. Zwar selbst kein Mitglied der konfessionell-evangelikalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (KBG), war die BG jedoch Schwesternverband der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis Bayern“, welche Mitglied der KBG war.¹⁵²

Auch der Markersbacher Gemeindepfarrer Gaston Nogrady stand in Verbindung mit der KBG. Er selbst war Schriftführer der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG), dem Dachverband der KBG. Nogrady arbeitete außerdem gemeinsam mit Falk Klemm für das Lutherische Einigungswerk. Der gebürtige Niedersachse absolvierte sein Vikariat ursprünglich in der EKH, bevor er nach Sachsen wechselte.¹⁵³ Er entschied sich bewusst für das Erzgebirge, weil ihm die konservative Prägung der Gegend gefiel.¹⁵⁴

Der Bad-Elsteraner Pfarrer Gunther Geipel hatte ebenfalls Verbindungen zur evangelikalen KBG. Er veröffentlichte regelmäßig auf gemeindenetzwerk.de, einer Internetseite des Gemeindehilfsbunds, einem Mitglied der KBG.

Ein weiteres einflussreiches Mitglied der SBI war der damalige Gemeindepfarrer Carsten Rentzing. Rentzing war „Regionaler Ansprechpartner“ der SBI für die Region Plauen und Auerbach.¹⁵⁵ Gleichzeitig war er Vizepräsident der VELKD. Auch Rentzing ist in die

¹⁴⁸Vgl. Abschnitt 3 „Der Gesprächsprozess“.

¹⁴⁹Vor allem in Abgrenzung von pfingstlich-charismatischen Evangelikalen (charismatische Strömungen spielten im GP so gut wie keine Rolle), vgl. BAUER: Bewegung, 22.

¹⁵⁰Vgl. HEMPELMANN: Evangelikalismus, 7 und die Kritik dieses Schemas bei BAUER: Bewegung, 56.

¹⁵¹„Frömmigkeitsrichtungen [...]“, wie z.B. landeskirchlichen Gemeinschaften oder streng konfessionelle Lutheraner, meiden den Begriff ‚evangelikal‘ als Selbstbezeichnung“, vgl. a. a. O., 60.

¹⁵²Vgl. KSBB: 4. Kirchliche Sammlungen um Bibel und Bek.

¹⁵³Vgl. IKBG: Gaston Nogrady.

¹⁵⁴Vgl. STANGE: Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht, 5.

¹⁵⁵Vgl. SBI: Treten Sie mit uns in Kontakt.

sächsische Landeskirche gewechselt, weil ihm „das Lutherische“ dort gefiel.¹⁵⁶ Rentzing, Klemm und Johannes Berthold waren außerdem Mitglieder der sächsischen Landessynode.

2.7.3 Verbindungen zur Konferenz Bekennender Gemeinschaften

Der Name „Sächsische Bekenntnis-Initiative“ war angelehnt an die Bekenntnisgemeinschaften in der KBG, einem bundesweiten Zusammenschluss aus Bekenntnisgemeinschaften und Kirchlichen Sammlungen. Die KBG wurde 1970 auf Initiative der evangelikalen B KAE gegründet.¹⁵⁷ BAUER bezeichnet die KBG treffend als den „Dachverband[...] des Evangelikalismus.“¹⁵⁸

Die KBG war zwar seit dem Austritt des Gnadauer Gemeinschaftsverbandes 1991¹⁵⁹ für den Evangelikalismus in Deutschland nur noch wenig relevant, – und auch die B KAE hat heute, nach heftigen Auseinandersetzungen mit der DEA, kaum noch Bedeutung für das evangelikale Lager¹⁶⁰ – dennoch reichte der Einfluss der KBG-Mitgliedsverbände, um in Sachsen innerkirchlich-evangelikale Gruppen verschiedenster Couleur in kürzester Zeit zu einer neuen Bekenntnisbewegung zusammenzuschließen, die in der Synode und auf Gemeindeebene das Gespräch zu dominieren vermochte.

Die KBG und ihr Vorsitzender Ulrich Rüß unterstützten die SBI nach Kräften, insbesondere den Evangelisten Lutz Scheufler.¹⁶¹ Rüß trat außerdem als Prediger auf einem „SBI-Tag“ auf.¹⁶² Ebenfalls Mitglied der KBG war der „Gemeindehilfsbund“. Joachim Cochlovius, der erste Vorsitzende im „Bruderrat“ des Gemeindehilfsbundes,¹⁶³ hatte sich durch Veröffentlichung eines theologischen Gutachtens für Lutz Scheufler¹⁶⁴ und durch einen Vortrag in der „Oase des gemeinsamen Lebens“¹⁶⁵ aktiv für die SBI eingesetzt.

Laut einem Bericht des Deutschlandfunks stützte sich die SBI bei ihrer Gründung auf den „Offenen Brief“ der acht Altbischöfe.¹⁶⁶ Ulrich Wilckens, der an den beiden evangelikalen Brandbriefen gegen das EKD-Pfarrerdienstgesetz maßgeblich beteiligt war, engagierte sich in der B KAE, welche Mitglied der KBG und maßgeblicher Protagonist des „Evangelikalen Protests“ von 1966 und damit evangelikales Urgestein war.¹⁶⁷ Die

¹⁵⁶Der wichtigere Grund für den Wechsel nach Sachsen war jedoch Rentzings Ehefrau, die aus dem Vogtland stammt, vgl. ROTH/LIEBNER: Bischof von ganz außen.

¹⁵⁷Vgl. BAUER: Bewegung, 591ff.

¹⁵⁸A. a. O., 35.

¹⁵⁹Vgl. a. a. O., 657ff.

¹⁶⁰Vgl. a. a. O., 634.

¹⁶¹Vgl. IDEASPEKTRUM: Bekennende Gemeinschaften stellen sich hinter Scheufler.

¹⁶²Vgl. SBI: SBI-Tag 2015 – mit Predigt und Referat.

¹⁶³Vgl. GEMEINDEHILFSBUND: Der Bruderrat.

¹⁶⁴Vgl. SLENCZKA: Theologisches Gutachten zum Verhältnis von geistlicher Leitung und rechtlicher Verwaltung der Kirche, erstattet auf Bitten von Herrn Lutz Scheufler, Jugendevangelist beim sächsischen Landesjugendpfarramt und Teamleiter, für das Verfahren um dessen Suspendierung vom 13. Juni 2012 und Dienstentlassung vom 7. September 2012.

¹⁶⁵Vgl. OASE DES GEMEINSAMEN LEBENS: „Verstehst du, was du liest“ – Begegnungstag der Oasenarbeit 2012.

¹⁶⁶Vgl. NAGEL: Streit um gleichgeschlechtliche Paare im Pfarrhaus.

¹⁶⁷Vgl. BAUER: Bewegung, 347ff.

herausgebenden Bekenntnisgemeinschaften von „Für die Freiheit des Glaubens“, die „Evangelische Vereinigung für Bibel und Bekenntnis Baden“ und die „Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis Bayern“ waren ebenfalls Mitglieder der KBG. Auch Eduard Berger, ein anderer der „acht Altbischöfe“, pflegte Kontakte zur SBI. Im November 2012 schrieb er ein Grußwort für ein Treffen der Bekenntnisinitiative.¹⁶⁸

2.7.4 Verbindungen zur Evangelischen Allianz

Neben den Bekenntnisgemeinschaften hatte die SBI auch guten Kontakt zum zweiten großen Flügel des innerkirchlichen Evangelikalismus: Der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA).¹⁶⁹ Johannes Berthold war Vorstandsmitglied; außerdem war die DEA an der Initiative „Zeit zum Aufstehen“¹⁷⁰ von 2014 maßgeblich beteiligt, die auch die SBI unterstützte und in Sachsen bewarb.¹⁷¹ Das gemäßigte Profil von „Zeit zum Aufstehen“¹⁷² ermöglichte den Schulterschluss der SBI mit der „klassisch“-evangelikalen DEA und zum Beispiel der pfingstlich-charismatisch-evangelikalen „Geistlichen Gemeindeerneuerung.“

2.7.5 Verbindungen zum Gnadauer Gemeinschaftsverband

Der Gnadauer Gemeinschaftsverband ist der geschichtsträchtigste unter den großen innerkirchlich-evangelikalen Vereinen. Der pietistische Verband wurde 1897 gegründet.¹⁷³ Inhaltlich und personell steht er der DEA sehr nahe. Der Gemeinschaftsverband vertritt ein zweites evangelikales Lager neben den konfessionellen „Bekennenden Gemeinschaften“, nachdem er sich 1991 im Streit von der KBG trennte.¹⁷⁴

Der sächsische Gemeinschaftsverband hatte schon 2011 in einem offenen Brief aus der Feder von Johannes Berthold den Landesbischof davor gewarnt, § 39 des EKD-Dienstgesetzes zu übernehmen:

„[D]er Umgang mit praktizierter Homosexualität [wird] von vielen als eine Schlüsselfrage angesehen, ob unsere Landeskirche der reformatorischen Grundentscheidung ‚allein die Schrift‘ treu bleibt. Zweifel an dieser Grundentscheidung gefährden nicht nur die geistliche, sondern auch die äußere Einheit der Kirche.“¹⁷⁵

Typisch für den Gemeinschaftsverband ist die losere Kirchenbindung und der lockerere Umgang mit Kirchenaustritten (im Vergleich zu stärker kirchengebundenen konfessionellen

¹⁶⁸Vgl. SBI: Treffen der SBI am 05.11.2012.

¹⁶⁹Vgl. COCHLOVIUS: Evangelische Allianz.

¹⁷⁰Vgl. DIENER/STEEB: Zeit zum Aufstehen.

¹⁷¹Vgl. BERTHOLD/RENTZING: Beitrag von Mitinitiatoren zu „Zeit zum Aufstehen“.

¹⁷²Die Streitfrage Homosexualität wurde nur indirekt thematisiert, es hieß lediglich: „Wir stehen auf für die Stärkung der Ehe und gegen ihre Entwertung.“ Vgl. DIENER/STEEB: Zeit zum Aufstehen.

¹⁷³Vgl. BAUER: Bewegung, 117ff.

¹⁷⁴Vgl. a. a. O., 657ff.

¹⁷⁵BERTHOLD: Offener Brief.

Evangelikalen). Berthold warnte davor, „[a]uch Mitglieder unserer Landeskirchlichen Gemeinschaften werden um ihres Gewissens willen aus unserer Kirche austreten oder innerlich emigrieren.“¹⁷⁶ Auch in den Quellen waren es meist Personen aus dem Umfeld der landeskirchlichen Gemeinschaften, von deren Austritt aus der Landeskirche berichtet wurde.¹⁷⁷

3 Der Gesprächsprozess

3.1 Die Frühjahrssynode 2012 und die Geburt des Gesprächsprozesses

Auf der Frühjahrssynode im April 2012 wurden erstmals der KL-Beschluss vom Januar und die dadurch neu aufgeflammtten Konflikte innerhalb der Synode thematisiert. Im Ergebnis kam es zum Beschluss des dreijährigen GP. Der GP schlug keine grundsätzlich neue Richtung in der Debatte ein. Die Bereitschaft und der Wille zur Diskussion waren in der Landeskirche auch vorher reichlich vorhanden. Die Synode versuchte diese Debatte jedoch durch den GP zu institutionalisieren und zu steuern – mit dem Ziel, etwaige die Einheit der Kirche gefährdende Eskalationen zu verhindern. Außerdem wurde auf dieser Synode die EKD-Pfarrerdienstgesetzreform behandelt und ein Ergänzungsgesetz verabschiedet. Dieser Punkt wurde in dieser Arbeit bereits in Unterabschnitt 2.1 „Die EKD-Dienstgesetzreform als Prolog des Gesprächsprozesses“ separat behandelt, ist jedoch auch in diesem Zusammenhang erwähnenswert.

Nicht ohne Grund gaben sich die Synodalen das Thema „So soll es nicht sein unter euch. . . ‘ – Beieinander bleiben im Glauben“¹⁷⁸ Die Diskussion um die Öffnung der Pfarrämter war bereits mit harten Bandagen geführt worden. SBI-Stellvertreter Carsten Rentzing bedauerte in einem Vortrag vor der Synode die harte Umgangsform in der Diskussion der letzten Zeit. Er sei sogar „von Amtsbrüdern und Amtsschwestern“ „als Nazi und Verfassungsfeind“ bezeichnet worden.¹⁷⁹

3.1.1 Die Idee eines Gesprächsprozesses

Die Idee der Notwendigkeit eines Gesprächsprozesses war im Grunde nicht neu. Dass sich die unterschiedlichen Sichtweisen würden aussprechen müssen, war evident; das Gespräch wurde bereits auf verschiedenen Ebenen und in verschiedener Form geführt. Die laut den

¹⁷⁶BERTHOLD: Offener Brief. Laut einem Interview mit Berthold im „Sonntag“ im Juni 2012 hatten einige Gemeinschaftler diese Drohung wahr gemacht, vgl. SEIDEL: Wir sollten einander respektieren.

¹⁷⁷Vgl. z.B. B KAE: Sächsischer Evangelist aus Kirche ausgetreten.

¹⁷⁸LKA: 26. Landessynode vor ihrer Frühjahrstagung. Synodale treffen sich vom 20. bis 23. April 2012 in Dresden.

¹⁷⁹RENTZING: Einbringungsrede des Berichterstatters Syn. Dr. Carsten Rentzing zu Drucksache Nr. 134, 1.

Quellen älteste Forderung, dieses Gespräch in einem GP zu institutionalisieren, stammte von dem Dresdner Theologen Ulf Liedke.¹⁸⁰

Es war nicht zuletzt Carsten Rentzing, der die Notwendigkeit einer breiteren Debatte vor der Synode ansprach. In einem Vortrag forderte er, dass das Gespräch weiter geführt werden müsse, da der momentane Dissens nicht langfristig würde bestehen bleiben können. Explizit verlangte er dabei, das „Kirchenvolk“ in das Gespräch mit einzubeziehen.¹⁸¹

Mit dem Kompromiss in Form des § 15 des Ergänzungsgesetzes, den Rentzing zwischen Synode und SBI ausgehandelt hatte,¹⁸² schien auch die Lösung für den Konflikt um den KL-Beschluss vom Januar gefunden. Journalist Andreas Roth nannte es Jahre später „eine Sternstunde der sächsischen Synode.“¹⁸³ Laut der Berichterstattung der Landeskirche von der Synode stimmten die Synodalen der SBI dem Bestehenbleiben des KL-Beschlusses nun zu:

„Gleichfalls wies er [Frank Meinel] darauf hin, dass damit der Kirchenleitungsbeschluss vom 21. Januar 2012 bestehen bleibe und im Einzelfall unter sehr strengen Kriterien angewendet werden könne. Mitglieder der sächsischen ‚Bekenntnisinitiative‘ signalisierten ihre Zustimmung zu diesem Ausgleich.“¹⁸⁴

3.1.2 Der Synodalbeschluss

Am Ende der Synode stand ein Beschluss, der am 22. April vorgelegt¹⁸⁵ und am 27. April beschlossen veröffentlicht wurde.¹⁸⁶ Im Bezug auf den KL-Beschluss vom Januar wiederholte die Synode die Einschätzung der KL, dieser sei eine „Fortschreibung“ des Beschlusses von 2001 und stelle „die bleibende Bedeutung der biblischen Ordnung von Ehe und Familie“ heraus.¹⁸⁷ Implizit wurde die Kritik der SBI zurückgewiesen, der KL-Beschluss hätte den Beschluss von 2001 aufgehoben oder ein theologisches Urteil gefällt. Auffällig ist auch, dass die Kritik am KL-Beschluss teilweise psychologisiert und subjektiviert wurde: Es wurde von „Befürchtungen“ gesprochen und davon, dass „einzelne Aussagen der Heiligen

¹⁸⁰ „Auch der Dresdner Theologieprofessor und Synodale Ulf Liedke meint: ‚Dieses Thema hat ein hohes Potential, die Landeskirche vor eine Zerreißprobe zu stellen.‘ Deshalb plädiert er für einen behutsamen Gesprächsprozess vor einer Abstimmung, in dem die Vertreter unterschiedlicher Positionen ernsthaft aufeinander hören.“, vgl. ROTH: Verbotene Liebe.

¹⁸¹ „Es ist auf Dauer meines Erachtens nicht vorstellbar, den aufgebrochenen Dissens einfach nur so nebeneinander stehen zu lassen. Auf Dauer brauchen wir so etwas wie einen neuen magnus consensus. Und der ist nur herzustellen, wenn wir theologisch um die Wahrheit streiten. Frei heraus, mit offenem Visier. Und mit theologischer Redlichkeit, Demut und Barmherzigkeit. Auf allen Ebenen und vor allem auch mit dem Kirchenvolk.“, vgl. RENTZING: Einbringungsrede des Berichterstatters Syn. Dr. Carsten Rentzing zu Drucksache Nr. 134, 2.

¹⁸² S. Unterabschnitt 2.1 „Die EKD-Dienstgesetzreform als Prolog des Gesprächsprozesses“.

¹⁸³ ROTH: Gespräch ohne Prozess.

¹⁸⁴ LKA: Bericht vom 22. April 2012. Fortsetzung der Ersten Beratung zum Pfarrdienstrecht und Anträge.

¹⁸⁵ Vgl. DASS.: Erklärung der 26. Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens zu § 39 des EKD-Pfarrdienstgesetzes und zum Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012.

¹⁸⁶ Vgl. DASS.: Beschluss der Landessynode betreffend Antrag des Theologischen Ausschusses und des Rechtsausschusses vom 21. April 2012.

¹⁸⁷ A. a. O., 1.

Schrift unterschiedlich interpretiert“ würden.¹⁸⁸ Die Synode hatte sich die Haltung der Kirchenleitung, dass das Problem nicht theologisch, sondern seelsorgerlich zu behandeln sei, zu eigen gemacht.

Die Diskussionen der vergangenen Monate hätten, so der Beschlusstext weiter, „hinter dem gegenwärtigen ethischen Konflikt ein[en] tiefgreifende[en] Dissens im Schriftverständnis“ aufgezeigt, „der die Einheit unserer Landeskirche gefährden kann.“¹⁸⁹ Deshalb, unter dem Vorzeichen „ihrer Verantwortung für die Einheit der Landeskirche“, ¹⁹⁰ beschloss die Synode, „in den nächsten Jahren das Gespräch über die Hermeneutik der Bibel und über die Ordnung des christlichen Lebens umfassend zu führen“:

„4. Eingedenk der Tatsache, dass die aufgeworfenen grundlegenden Fragen nicht durch Mehrheitsentscheidungen entschieden werden können und dürfen, sieht die Landessynode einen dringenden Bedarf, in der gesamten Landeskirche in den nächsten Jahren das Gespräch über die Hermeneutik der Bibel und über die Ordnung des christlichen Lebens umfassend zu führen. Sie betrachtet den jetzt aufgebrochenen Konflikt in Sachen Schriftauslegung, so schmerzlich und riskant er sich gegenwärtig darstellt, zugleich als Chance zu einem offenen, geschwisterlichen und weiterführenden Dialog, in dem jede Seite sich selbst prüfen und auch nach geistlicher Wahrheit in der jeweils anderen Position suchen soll und kann.

5. Um das Gespräch angemessen führen zu können, schlägt die Landessynode zunächst einen Zeitraum von drei Jahren vor, in dem auf den unterschiedlichen Ebenen und in den dafür zur Verfügung stehenden Institutionen (Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, Konvente, ephorale Kirchenvorstehertage usw.) das Gespräch über das Schriftverständnis im Allgemeinen und über die strittigen ethischen Fragen im Besonderen zu führen ist. Sie bittet das Landeskirchenamt, dafür geeignete Vorschläge auszuarbeiten und der 27. Landessynode über die Ergebnisse dieses Gesprächsprozesses einen Bericht zu geben.“¹⁹¹

3.1.3 Ziel des Gesprächsprozesses

Damit definierte die Synode die Aufgabe des GP nicht als Herbeiführung einer Entscheidung, sondern als Dialog, „in dem jede Seite sich selbst prüfen und auch nach geistlicher Wahrheit in der jeweils anderen Position suchen soll und kann.“¹⁹² Der Beschluss der Synode ging – gemäß dem Fazit der „AG Homosexualität in biblischem Verständnis“ – davon aus, dass

¹⁸⁸LKA: Beschluss der Landessynode betreffend Antrag des Theologischen Ausschusses und des Rechtsausschusses vom 21. April 2012, 1.

¹⁸⁹Ebd.

¹⁹⁰Ebd.

¹⁹¹A. a. O., 2.

¹⁹²Ebd.

sich keine theologische Entscheidung zugunsten einer der beiden Positionen fällen lasse, sondern ein Miteinander-Auskommen in Vielfalt anzustreben sei.

Trotzdem war auch impliziert, dass für die „aufgeworfenen grundlegenden Fragen“ eine Lösung gefunden werden musste – die nur nicht durch eine Mehrheitsentscheidung herbeigeführt werden sollte.

Schon vor und während der Synode gab es Unklarheiten, welches Ziel ein GP haben sollte. So sprach Ulf Liedke vom „ernsthaft aufeinander hören“¹⁹³ im Sinne eines Kennenlernens der (gleichberechtigten) verschiedenen Positionen, während etwa Carsten Rentzing „theologisch um die Wahrheit streiten“ wollte – mit der Implikation, dass am Ende eine Entscheidungsfindung für eine Position steht.

Es gab sogar im Präsidium der Synode Unklarheit über den Zweck des GP. Der Synodenpräsident Otto Guse versicherte gegenüber dem „Sonntag“, „dass der Ausgang des Prozesses vollkommen offen sei. Ob die vorsichtige Öffnung für homosexuelle Paare noch einmal kassiert werde, könne heute niemand sagen.“¹⁹⁴

Oberlandeskirchenrat Peter Meis versuchte diese Unklarheit in einem späteren Interview zu beseitigen:

„Die Synode hat nicht angeregt, den Kirchenleitungsbeschluss als solchen zur Disposition zu stellen, sondern ‚das Gespräch über die Hermeneutik der Bibel umfassend zu führen‘. Das schließt ein, als Kirche beieinander bleiben und Einheit in Verschiedenheit finden zu wollen.“¹⁹⁵

Die Steuerungsgruppe der Kirchenleitung, die den GP verantwortete, hielt in ihrer Konzeption ebenfalls folgende vier Ziele fest:

- „1. ein vertieftes Kennenlernen der unterschiedlichen Schriftverständnisse
2. Austausch und Begegnung zwischen Menschen mit unterschiedlichen Schriftverständnissen
3. Vergewisserung, dass wir trotz unterschiedlicher Schriftverständnisse durch Jesus Christus in die eine Kirche berufen sind.
4. Formulierung der Glaubensaussagen und -erfahrungen, die uns ermöglichen, beieinander zu bleiben“¹⁹⁶

Ähnlich wie der KL-Beschluss sollte auch der GP also die theologische Spannung nicht in eine Richtung auflösen, sondern nach seelsorgerlich-zwischenmenschlichen Wegen der Verständigung suchen. Im Lichte des Ergebnisses der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“, dass es im Blick auf das Schriftverständnis verschiedene Möglichkeiten

¹⁹³ROTH: Verbotene Liebe.

¹⁹⁴DERS.: Erst hören, dann reden.

¹⁹⁵SEIDEL: Wir sollten einander respektieren.

¹⁹⁶LKA: Entwurf Konzeption Gesprächsprozess, 1.

gibt, die gleichermaßen biblisch und theologisch begründbar sind, ist diese Entscheidung plausibel. Die Möglichkeit einer Rücknahme des KL-Beschlusses als Konsequenz des GP hätte diesen zu einer Art „Volksentscheid“ gemacht, der mit dem synodalen Prinzip kaum vereinbar wäre.

3.1.4 Stellungnahme der SBI zur Synode

Die SBI war dennoch nicht ohne Weiteres bereit, den GP in dieser Form zu akzeptieren. Am Tag nach der Synode veröffentlichte diese eine Stellungnahme. Darin dankte sie der Synode für die Aufnahme des § 15: „Durch diese Rechtssetzung hält die Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens an der bewährten bisherigen Praxis fest und bekennt sich zur biblischen Lebensordnung der Ehe von Mann und Frau.“¹⁹⁷ Es wurde begrüßt, dass am Beschluss von 2001 festgehalten wurde und somit Homosexualität im Pfarrhaus „dem Grundsatz nach nicht möglich“ sei. Zwar wurde der Gesprächsprozess an sich begrüßt, „[m]it Bedauern“ sah man „jedoch [die Einzelfalllösung]. Nach unserem Schriftverständnis ist praktizierte Homosexualität mit der Heiligen Schrift nicht vereinbar. Wir erwarten, dass auch dieser Punkt im angestrebten Gesprächsprozess weiterhin eine Rolle spielt.“¹⁹⁸

Der auf der Synode gefundene Kompromiss war also für die SBI nicht im Blick auf den KL-Beschluss gültig. Die noch auf der Synode wahrgenommene „Zustimmung zu diesem Ausgleich“¹⁹⁹ stellte sich als Wunschvorstellung heraus. Außerdem wurde die Zielsetzung der Synode für den GP durch die SBI trotzig übergangen. Dies kann damit erklärt werden, dass die SBI die Einsicht der AG von vornherein ablehnte, dass es innerhalb der Landeskirche mehrere biblisch begründbare Positionen zur Frage der Homosexualität gebe. In einem Hintergrundgespräch erklärt SBI-Sprecher Gaston Nogrady, dass nach der Synode in der SBI „eine Art Katerstimmung“²⁰⁰ aufkam. Im Leitungskreis der SBI sei der durch Rentzing errungene Kompromiss hoch umstritten gewesen.²⁰¹

Mit ihrer Stellungnahme positionierte sich die SBI weiterhin als innerkirchliche Opposition gegen den KL-Beschluss. In gewisser Weise war dies für das Fortbestehen der SBI auch unumgänglich, war doch der Protest gegen den Beschluss maßgebliches einendes Charakteristikum der Mitgliedsverbände der SBI gewesen.

¹⁹⁷SBI: Stellungnahme zu den Beschlüssen der Landessynode.

¹⁹⁸A. a. O.

¹⁹⁹LKA: Bericht vom 22. April 2012. Fortsetzung der Ersten Beratung zum Pfarrdienstrecht und Anträge.

²⁰⁰NOGRADY: Interview, 3.

²⁰¹„[E]s gab Irritationen oder Verstehensschwierigkeiten, wie das auf der Synode Geschehene zu verstehen sei. Damit wussten wir anfangs nichts anzufangen und da gab es welche, die neigten eher den positiven Reaktionen der Synodalen zu, die sagten, es sei jetzt ein sehr hoffnungsvoller Weg und das Positive überwog und der Gesprächsprozess sei ja auch eine gute Sache. Die Kritiker unter uns, unter der Spitze Lutz Scheuflers, sagten nicht zu unrecht: Was ist denn das für ein Gesprächsprozess, wo am Anfang schon das Ergebnis steht?“ Vgl. a. a. O., 2.

3.2 Die Steuerungsgruppe

3.2.1 Einsetzung der Steuerungsgruppe

Um den GP zu koordinieren, berief das Landeskirchenamt eine Steuerungsgruppe, die im Juli 2012 ihre Arbeit aufnahm.²⁰² Mitglieder waren Johannes Berthold und Carsten Rentzing von der SBI sowie aus dem Landeskirchenamt Peter Meis, Klaus Schurig und Dietrich Bauer, der die Leitung übernahm.²⁰³

Die Steuerungsgruppe hatte die Aufgabe, die „Beteiligung aller Kirchgemeinden am Gesprächsprozess zu fördern“ und Dienste, Werke und Einrichtungen der Landeskirche anzuleiten, „Materialien und Veranstaltungen im Rahmen des Gesprächsprozesses anzubieten.“²⁰⁴ Es wird deutlich, dass die Steuerungsgruppe vor allem die Einbeziehung der Gemeindeglieder in den GP zum Anliegen hatte.

In ihrer konstituierenden Sitzung entwickelte die Steuerungsgruppe eine Konzeption für den GP.²⁰⁵ Um den GP landeskirchenweit zu koordinieren und anzuregen, wurden eine Reihe von „Multiplikatoren“²⁰⁶ berufen und auf einer Tagung in Meißen geschult. Laut einem Bericht des „Sonntag“ sollten die Multiplikatoren „mit den Gemeinden Kontakt aufnehmen, ihnen mit Informationen und Beratung zur Seite stehen, Gespräche moderieren, Referenten vermitteln oder Veranstaltungen zum Thema organisieren.“²⁰⁷

3.2.2 Aktionen der Steuerungsgruppe

Die Steuerungsgruppe koordinierte die Einrichtung einer Material-Übersicht auf der Internetseite der Landeskirche.²⁰⁸ Unter evlks.de/publikationen/texte/20336 wurden zunächst in die Debatte einführende Texte und Thesen²⁰⁹ veröffentlicht. Dabei wurde offenbar manches Thema bereits antizipiert und beispielsweise ein Papier des Landesverbands Landeskirchlicher Gemeinschaften von 1974 online gestellt, dass sich wohlwollend über die historisch-kritische Forschung und die Unterscheidung von Menschenwort und Gotteswort in der Bibel äußerte.²¹⁰

Außerdem auf der Internetseite zu finden war ein Vorschlag für eine Fürbitte. Der GP sollte auch im Rahmen der gottesdienstlichen Liturgie vorkommen. Dabei wurden

²⁰²Vgl. LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 4.

²⁰³Vgl. a. a. O., 1.

²⁰⁴A. a. O., 4.

²⁰⁵Vgl. DASS.: Entwurf Konzeption Gesprächsprozess.

²⁰⁶Es gab insgesamt 29 Multiplikatoren, davon ein Großteil Pfarrer und nur sechs Frauen, vgl. DASS.: Multiplikatoren für den Gesprächsprozess.

²⁰⁷REUTHER: Ringen um die Einheit der Kirche.

²⁰⁸Vgl. LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 4f.

²⁰⁹S. Unterabschnitt 3.5 „Die Thesenreihen als gezielter Impuls der Kirchenleitung“.

²¹⁰Vgl. LANDESVBAND LANDESKIRCHLICHER GEMEINSCHAFTEN SACHSEN: Klärendes Wort zur historisch-kritischen Forschung.

vor allem Bitten um Einheit, Bereitschaft zur gegenseitigen Annahme und ein tieferes Schriftverständnis formuliert.²¹¹

Gemeinden sollten angeleitet werden, eigene Veranstaltungen zum GP anzubieten. Dazu gab es von der Steuerungsgruppe inhaltliche und organisatorische Anregungen;²¹² außerdem eine Übersicht, in die Veranstaltungen der verschiedenen Gemeinden und Werke eingetragen werden sollten.

Den „offiziellen Auftakt“ des GP bildete der Buß- und Bettag 2012²¹³ mit einem „Geistlichen Wort“ von Landesbischof Jochen Bohl.²¹⁴

Neben den Thesenreihen organisierte die Steuerungsgruppe auch, dass Bohl für „IdeaSpektrum“ einen umfangreichen Artikel zur Frage der modernen Bibelauslegung schrieb. „IdeaSpektrum“ ist die wichtigste evangelikale Zeitschrift Deutschlands; es war kein Zufall, dass Bohls versöhnlicher und konsenssuchender Artikel ausgerechnet dort erschien, wo er besonders viele konservativere Christen erreichen konnte.²¹⁵

An diesen konzertierten Aktionen ist erkennbar, wie die Steuerungsgruppe sich bemühte, den GP aktiv zu gestalten und im Sinne ihrer Konzeption inhaltlich zu füllen.

3.3 Die SBI als Partner und Kontrahent der Kirchenleitung

Die SBI arbeitete während des GP parallel zur Steuerungsgruppe der Kirchenleitung. Auch sie organisierte Vorträge, Gemeindeveranstaltungen, einen Newsletter, Materialsammlungen und sogar regionale Ansprechpartner. In diesem Sinne wurde die SBI von der KL als Partner im GP wahrgenommen.²¹⁶

Die SBI veranstaltete SBI-Tage, auf denen die verschiedenen konservativen Gruppen innerhalb der SBI vernetzt wurden und der Austausch mit gesamtdeutschen evangelikalen Netzwerken wie der KBG und der DEA gesucht wurde. So hielt zum Beispiel Hartmut Steeb, Generalsekretär der Evangelischen Allianz, ein Referat auf dem SBI-Tag im Oktober 2014 in Chemnitz, welches beinahe apokalyptische Töne anschlug: Islam, „Hinduismus, Buddhismus, Okkultismus, Satanismus, Esoterik“ seien „auf dem Vormarsch“;²¹⁷ „der Untergang der Kirche“ scheine „schon gewiss“.²¹⁸ Einziger Ausweg sei eine Rückbesinnung

²¹¹Vgl. LKA: Vorschlag für eine Fürbitte.

²¹²Vgl. DASS.: Möglichkeiten der Beteiligung.

²¹³DASS.: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 4.

²¹⁴Vgl. BOHL: Geistliches Wort zum Auftakt des Gesprächsprozesses in der Landeskirche am Vorletzten Sonntag des Kirchenjahres.

²¹⁵Vgl. DERS.: Wie ist die Bibel heute zu verstehen?

²¹⁶„Auch die Bekenntnis-Initiative und die Landeskirchliche Gemeinschaft waren gebeten, als Multiplikatoren zu fungieren und den Gesprächsprozess mitzugestalten.“ LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 4.

²¹⁷STEEB: „Zeit zum Aufstehen – wohin die Reise gehen muss“ – Zur Situation in Deutschland und Auswirkungen auf Sachsen, 5.

²¹⁸A. a. O., 9.

der Kirche auf ihre ursprünglichen Werte. Dazu gehöre, der Bibel zu glauben, in der man Gottes Willen „schwarz auf weiß besitzt“.²¹⁹

Tendenziell lässt sich sagen, dass die offiziellen Stellungnahmen der SBI überwiegend konstruktiv waren, während es eher die Peripherie der SBI-Unterstützer oder Gäste von außerhalb waren, die extremere Positionen vertraten. Gleichzeitig eröffnete die SBI in ihren Stellungnahmen aber auch eine Ambivalenz, die es radikaleren Personen und Gruppen innerhalb der Landeskirche ermöglichte, im Namen der SBI den GP zu sabotieren oder fundamentalistische Positionen zu propagieren. Die SBI distanzierte sich in der Regel nicht oder nur halbherzig von homosexuellenfeindlichen oder fundamentalistischen Aussagen ihrer Unterstützer. Paradebeispiel für diese Ambivalenz war der Fall von Lutz Scheufler.²²⁰ Aber auf der Internetseite der SBI wird bis heute auch auf Texte verwiesen, die etwa die „Heilung“ homosexueller Menschen bewerben.²²¹

Die SBI als Sammlung verschiedenster evangelikaler Strömungen diene jedoch auch als mäßigendes Element der konservativen Fraktion im GP – zumindest die Einheit der Kirche betreffend. Häufig wurde die Unterstützung des GP zugesichert und Mitglieder und Sympathisanten der SBI aufgerufen, die Kirche nicht zu verlassen.²²²

Aufgrund dieser ambivalenten Konstellation war die SBI zugleich Partner und Kontrahent der KL im Gesprächsprozess.

3.4 Die Affäre um Lutz Scheufler und das Evangelisationsteam

3.4.1 Die Stellungnahme des Evangelisationsteams

Etwas mehr als einen Monat nach Abschluss der Frühjahrssynode, noch bevor die Steuerungsgruppe des GP ihre Arbeit aufnehmen konnte, gab das sogenannte Evangelisationsteam (ET) am 1. Juni eine Stellungnahme²²³ heraus. Das ET war eine lose Vereinigung von Christen innerhalb der Landeskirche. Die meisten Mitarbeiter des Teams waren zugleich bei der Landeskirche oder landeskirchlichen Werken angestellt. Das ET und dessen Förderverein, die „Evangelikale Stiftung“, waren Gründungsmitglieder der SBI.²²⁴ Die Stellungnahme stammte aus der Feder von Jugendevangelist Lutz Scheufler; unterzeichnet wurde sie von sieben Mitgliedern des ET, darunter der durch seinen Widerstand gegen die DDR bekannt gewordene Pfarrer Theo Lehmann.

²¹⁹STEEB: „Zeit zum Aufstehen – wohin die Reise gehen muss“ – Zur Situation in Deutschland und Auswirkungen auf Sachsen, 13.

²²⁰Unterabschnitt 3.4 „Die Affäre um Lutz Scheufler und das Evangelisationsteam“.

²²¹Vgl. GLATZE: Er lässt größte Homo-Lüge platzen – Gründer von Young Gay America wurde Hetero, verlinkt unter SBI: Sonstige Gesprächsbeiträge.

²²²Z.B. „Ausdrücklich wenden wir uns gegen Rückzug, Resignation oder Kirchenaustritt“, vgl. DIES.: Wort der SBI zum Gesprächsprozess in unserer sächsischen Landeskirche.

²²³Vgl. SCHEUFLER: Stellungnahme zur Öffnung der Pfarrhäuser für homosexuell lebende Pfarrer.

²²⁴Vgl. SBI: Über uns.

In seiner Stellungnahme stellte das ET fest, dass „praktizierte Homosexualität mit der Heiligen Schrift nicht vereinbar“ sei. Deshalb sei durch den KL-Beschluss der „status confessionis“ gegeben.²²⁵

Daraus folgten für das ET zwei Feststellungen:

- „1. Den Landesbischof, die Kirchenleitung und die Landessynode erkennen wir nicht mehr als geistliche Leitung unserer Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens an.
2. Die Sächsische Bekenntnis-Initiative bitten wir eindringlich, dass diese umgehend eine Bekenntnissynode gründet.“²²⁶

Mit dieser Stellungnahme griff das ET nicht nur die Kirchenleitung, sondern die gesamte Leitungsebene der Landeskirche massiv an. Scheufler und andere bei landeskirchlichen Werken angestellte Unterzeichner verstießen damit vermutlich gegen die „Loyalitätsrichtlinie“ des kirchlichen Arbeitsrechts.²²⁷ Eine Teilnahme am Gesprächsprozess wurde damit außerdem implizit als sinnlos abgelehnt.

Der Begriff „Bekenntnissynode“ knüpfte an die Zeit der Bekennenden Kirche an und verglich die Situation der Landeskirche mit der Auseinandersetzung mit den „Deutschen Christen.“ Die Geschichtsvergessenheit der Stellungnahme reichte jedoch auch in die jüngste Vergangenheit: Der Text stellte es so dar, als hätten die Synodalen der SBI mit Mühe und Not „die totale Öffnung der Pfarrhäuser für homosexuell lebende Pfarrer etwas einschränken“²²⁸ können – dabei ging es um eine „totale Öffnung“ natürlich nie.

Die SBI wurde durch das ET als Gewährsmann herangezogen. Sie sollte eine Kirchenneugründung veranlassen. Laut Einschätzung des Landeskirchenamts hielt sich das ET selbst „nicht für autorisiert, eine solche Bekenntnissynode einzuberufen.“²²⁹

3.4.2 Reaktionen

Stellungnahme der SBI

Neun Tage später reagierte die Leitung der SBI auf die Stellungnahme des ET. Sie hatte offensichtlich von den Plänen des ET nichts gewusst (wie die KL auch). In ihrer Reaktion distanzierte sich die SBI ausdrücklich davon, „die geistliche Legitimation unseres Landesbischofs, unserer Kirchenleitung und unserer Landessynode“ in Frage stellen zu

²²⁵ SCHEUFLER: Stellungnahme zur Öffnung der Pfarrhäuser für homosexuell lebende Pfarrer.

²²⁶ A. a. O.

²²⁷ „Je nach Aufgabenbereich übernehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verantwortung für die glaubwürdige Erfüllung kirchlicher und diakonischer Aufgaben. Sie haben sich daher loyal gegenüber der evangelischen Kirche zu verhalten.“ EKD: Richtlinie des Rates über die Anforderungen der privatrechtlichen beruflichen Mitarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Diakonischen Werkes der EKD, § 4 Abs. 1.

²²⁸ SCHEUFLER: Stellungnahme zur Öffnung der Pfarrhäuser für homosexuell lebende Pfarrer.

²²⁹ LKA: Häufig gestellte Fragen im Zusammenhang mit der Diskussion um das Pfarrdienstgesetz und insbesondere der Frage des Zusammenlebens gleichgeschlechtlicher Partner im Pfarrhaus.

wollen. Stattdessen wolle man sich für einen „offenen und ehrlichen Gesprächsprozess“ einsetzen.²³⁰

Intern hat es in der SBI jedoch Diskussionen über die Notwendigkeit einer Bekenntnissynode gegeben, sonst hätte man kaum zusätzlich erklärt: „Dieser Prozess ist für uns ergebnisoffen. Ebenso schließt er eine Sammlung der bekennnistreuen Gemeinden, Gruppen und Personen in unserer Landeskirche nicht aus.“²³¹ In einem Hintergrundgespräch für diese Arbeit erklärte Gaston Nogrady, der geschlossene Austritt der SBI aus der Landeskirche „war schon eine offen diskutierte Frage.“²³² Eine solche „Sammlung“ kam für die SBI also allerdings für den Fall eines erfolglosen Abschlusses des GP in Frage.

Außerdem musste die SBI geahnt haben, dass der Vorstoß des ET dienstrechtliche Konsequenzen haben könnte. Man nahm das Team in Schutz und forderte „den von der Synode zugesagten Gewissensschutz“ ein.

Die SBI blieb weiterhin eng mit dem ET verbunden, 2014 predigte Theo Lehmann auf dem „SBI-Tag“ in Chemnitz,²³³ Lutz Scheufler war weiterhin Teil des Leitungskreises der SBI.

Reaktionen der Kirchenleitung und des Landesjugendpfarramts

Landesbischof Jochen Bohl reagierte prompt auf die Erklärung des ET. Die Stellungnahme sei „unverständlich“ und „anmaßend“. Mit deutlichen Worten wies er die Kritik zurück und verurteilte den Text scharf:

„Weil sie das Gespräch verweigert, kann sie nicht anders verstanden werden als eine Aufkündigung der Gemeinschaft. Die Illoyalität gegenüber den Leitungsorganen und der Aufruf zur Spaltung der Landeskirche sind beispiellos.“²³⁴

Die Antwort des Bischofs schlug einen drastischen Ton an, wie er bisher von Seiten der KL nicht zu hören gewesen war. Sachliche Konsequenzen folgten jedoch erst drei Tage später durch Landesjugendpfarrer Tobias Bilz, der dienstrechtlich für Lutz Scheufler verantwortlich war. In einer ausführlichen Stellungnahme²³⁵ erklärte er den Sachverhalt und versuchte, die Stellungnahme des ET zu deuten. Dabei wies er eine mögliche Berufung auf Gewissensschutz deutlich zurück:

„Es bleibt unklar, was [mit Aberkennung der geistlichen Leitung] gemeint ist. Jedenfalls kann nicht gemeint sein, dass das Evangelisationsteam für sich Meinungs- und Gewissensfreiheit fordert. Beides wurde und wird ohne Abstriche

²³⁰SBI: Erklärung zur Stellungnahme des Evangelisationsteams.

²³¹A. a. O.

²³²NOGRADY: Interview, 4.

²³³Vgl. SBI: Bericht vom SBI-Tag am 4. Oktober 2014.

²³⁴BOHL: Erklärung zur Stellungnahme des Evangelisationsteams.

²³⁵Vgl. BILZ: Zur Stellungnahme des Evangelisationsteams.

gewährt und seit Jahren durch Lutz Scheufler ungeniert wahrgenommen, ebenso vielfältige Möglichkeiten der öffentlichen Kritik an der Landeskirche.“²³⁶

Die Stellungnahme Scheuflers übersteige aber die bisherige Kritik:

„Wir haben es nicht mehr nur mit einer zugespitzten Meinungsäußerung zu tun. Vielmehr wird, wie dargelegt, in einer grundsätzlichen Art und Weise das, was unsere Kirche ausmacht, in Frage gestellt.“²³⁷

Deshalb wurde Lutz Scheufler mit sofortiger Wirkung suspendiert.²³⁸ Gleichzeitig erklärte Bilz, man wolle weiter mit dem ET im Gespräch bleiben.

Die Kündigung von Lutz Scheufler

Drei Monate später, nach mehreren Gesprächen mit der Kirchenleitung und der SBI, in denen Lutz Scheufler ausdrücklich und mit Nachdruck nicht von den Positionen der Stellungnahme abrückte,²³⁹ wurde sein Dienstverhältnis am 11. September 2012 durch die Landeskirche gekündigt.²⁴⁰ Die Kündigungsmitteilung nannte keine genauere Begründung; gemäß EKD-Recht²⁴¹ wäre eine Kündigung wegen Verletzung der Loyalitätsrichtlinie rechtmäßig gewesen.

Die SBI reagierte auf die Kündigung mit einer längeren Stellungnahme.²⁴² Darin versuchte sie, das Vorgehen des ET durch Verweis auf CA 28 zu legitimieren. Außerdem berief sich die SBI in dieser Stellungnahme zum ersten Mal auf den Abschlussbericht der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“, nämlich auf die Zusicherung, die Bekenntnisfreiheit des Einzelnen sei zu wahren.²⁴³ Weil Scheufler die *geistliche* Leitung der KL angezweifelt habe, sei diesem Vorwurf ebenfalls *geistlich* zu begegnen und nicht dienstrechtlich. Aus diesem Grund sei die Kündigung Scheuflers ein „ungeistliches Signal“²⁴⁴ und die SBI forderte ihre Rücknahme:

„Wir rufen deshalb die Kirchenleitung dazu auf, die dienstrechtlichen Sanktionen gegen Lutz Scheufler zu überdenken, das Evangelisationsteam als wichtige

²³⁶ Bilz: Zur Stellungnahme des Evangelisationsteams.

²³⁷ A. a. O.

²³⁸ Außerdem wurde Mitunterzeichner Andreas Riedel durch den Zwickauer Superintendent die Prädikantenerlaubnis entzogen, vgl. IDEASPEKTRUM: Der Streit um homosexuelle Partnerschaften eskaliert: Kirche suspendiert Evangelisten.

²³⁹ Ob andere Mitglieder des ET während dieser Gespräche von Aussagen der Stellungnahme zurücktraten war zwischen Scheufler und Landeskirchenamt umstritten, vgl. DIES.: Neue Entwicklung im Streit mit Evangelisationsteam.

²⁴⁰ Vgl. LKA: Zusammenarbeit mit Lutz Scheufler kann nicht fortgesetzt werden.

²⁴¹ Vgl. § 5 Abs. 1.2 EKD: Richtlinie des Rates über die Anforderungen der privatrechtlichen beruflichen Mitarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Diakonischen Werkes der EKD.

²⁴² Vgl. SBI: Zum weiteren Gesprächsprozess nach der Entlassung von Lutz Scheufler.

²⁴³ Vgl. a. a. O.

²⁴⁴ A. a. O.

Ausprägung des geistlichen Lebens in unserer Landeskirche zu integrieren und im Geist Christi darum zu ringen, dass ihr geistliches Leiten als Leiten Christi anerkannt wird.“²⁴⁵

3.4.3 Die Folgen der „Affäre Scheufler“

Die Affäre um die Stellungnahme des ET war aus der Perspektive Lutz Scheuflers ein voller Erfolg. Scheufler gab zahlreiche Interviews in der evangelikalen Presse,²⁴⁶ die ihn teilweise als Märtyrer inszenierte: Scheufler wurde für seine „Gewissensentscheidung“ der Walter-Künneth-Preis der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis Bayern“ verliehen.²⁴⁷ Scheufler selbst versicherte in einem IdeaSpektrum-Interview, trotz allem Kirchenmitglied bleiben zu wollen.²⁴⁸

Die Drastik seines Falls (durch krasse Provokation selbst ausgelöst) motivierte gesamtdeutsche evangelikale Netzwerke, sich einzuschalten, vor allem Ulrich Rüß, den Vorsitzenden der KBG²⁴⁹ und Joachim Cochlovius vom Gemeindehilfsbund.²⁵⁰

Scheufler konnte außerdem den der B KAE nahestehenden Theologen Reinhard Slenczka dafür gewinnen, ein „Theologisches Gutachten“²⁵¹ für ihn zu verfassen, in dem „das geistliche und juristische Unrecht der Entlassung Scheuflers“²⁵² nachgewiesen werden sollte.

Scheufler ging auch beruflich gestärkt aus der Auseinandersetzung mit der Kirchenleitung hervor. Er machte das ET auf Spendenbasis unabhängig und konnte sogar neue Mitarbeiter einstellen.²⁵³ Scheufler selbst erklärte:

„Durch meine Suspendierung und nachfolgende Kündigung haben die dafür Verantwortlichen unsere Evangelisten und unser Evangelisationszelt im gesamten deutschsprachigen Raum bekannt gemacht. Ich muss dankbar feststellen: Diese Werbekampagne hätten wir niemals finanzieren können.“²⁵⁴

Gleichzeitig eröffnete die „Affäre Scheufler“ einen Einblick in die fundamentalistisch-evangelikale Szene Sachsens, die nicht direkt mit der SBI zusammenarbeitete. Wilfried

²⁴⁵SBI: Zum weiteren Gesprächsprozess nach der Entlassung von Lutz Scheufler.

²⁴⁶Zum Beispiel in IDEASPEKTRUM: Der Streit um homosexuelle Partnerschaften eskaliert: Kirche suspendiert Evangelisten.

²⁴⁷Vgl. Künneth-Preis für Lutz Scheuflers Gewissensentscheidung.

²⁴⁸Vgl. IDEASPEKTRUM: Der Streit um homosexuelle Partnerschaften eskaliert: Kirche suspendiert Evangelisten.

²⁴⁹Vgl. DIES.: Bekenkende Gemeinschaften stellen sich hinter Scheufler.

²⁵⁰Vgl. COCHLOVIUS: Liebe Aufbruch-Leser, 1.

²⁵¹Vgl. SLENCZKA: Theologisches Gutachten zum Verhältnis von geistlicher Leitung und rechtlicher Verwaltung der Kirche, erstattet auf Bitten von Herrn Lutz Scheufler, Jugendevangelist beim sächsischen Landesjugendpfarramt und Teamleiter, für das Verfahren um dessen Suspendierung vom 13. Juni 2012 und Dienstentlassung vom 7. September 2012.

²⁵²COCHLOVIUS: Liebe Aufbruch-Leser, 2.

²⁵³Vgl. IDEASPEKTRUM: Evangelisationsteam Sachsen bekommt Verstärkung.

²⁵⁴Künneth-Preis für Lutz Scheuflers Gewissensentscheidung.

Gotter, der Geschäftsführer der „Sächsischen Israelfreunde“, verfasste einen „Zwischenruf“, in dem er den Landesbischof einen „Heuchler“ nannte, der „unsere Sächsische Landeskirche kaputtmacht“ und die Worte Gottes „bewusst verfälsche und umdrehe und in kirchliche Verlautbarungen gieße!“ Scheufler und andere würden durch die KL verfolgt, „ähnlich wie seinerseits Luther durch die Inquisition [sic!]“. ²⁵⁵ Gotters Text verband klassisch fundamentalistische Themen wie die „unbedingte Wahrheit der Bibel“ mit homophoben Motiven. ²⁵⁶

Außerdem zeigte sich, dass besonders Teilen der regionalen Landeskirchlichen Gemeinschaften die SBI inzwischen nicht radikal genug war, da diese als Teil der Synode als mitverantwortlich für den als zu kompromisshaft empfundenen Synodenbeschluss galt. Deshalb begrüßte beispielsweise Rolf Müller, Gemeinschafts-Bezirksleiter in der Region Chemnitz, das „harte Brot“ des ET:

„Der Aufruf des Evangelisationsteams ist ein hartes Brot – aber es ist ein gutes, klares Wort, das viele in der Landeskirchlichen Gemeinschaft als notwendig erwartet haben.“ ²⁵⁷

Die SBI selbst hatte ein ambivalentes Verhältnis zu Scheufler, von dessen Forderung sie sich zwar distanzierte, deren Legitimität jedoch energisch und mit teilweise zweifelhaften Argumenten verteidigte – und sie behielt sich vor, Dinge wie eine Bekenntnissynode später möglicherweise selbst zu fordern. Die SBI forderte von der KL statt dienstrechtlicher Maßnahmen eine „geistliche Lösung“ für den Fall Scheufler zu finden; die stattgefundenen Gespräche zwischen KL und Scheufler ließ man dabei nicht gelten. Die SBI stellte sich stets entschieden hinter den GP und gab an, das Gespräch nun noch intensiver führen zu wollen. ²⁵⁸ Auf diesen Aspekt bezog sich auch die einzige kritische Äußerung der SBI zu Scheufler: Gaston Nogrady sagte gegenüber dem „Sonntag“:

„Der Aufruf des Evangelisationsteams zerstört in gewisser Weise die Kommunikation. [...] So eine Aussage könnte vielleicht am Ende des dreijährigen Prozesses stehen, wenn kein Aufeinanderzugehen möglich ist.“ ²⁵⁹

Die Kontroverse um das ET und Lutz Scheufler erhitze die Gemüter. In seinem späteren Bericht vor der Novembersynode zeigte sich Landesbischof Bohl besorgt über die teils aggressive Atmosphäre. Er sei „noch nie in [s]einem Pfarrerleben so massiv kritisiert worden.“ ²⁶⁰ Die persönliche Kritik besonders an der Person des Bischofs durch das ET

²⁵⁵ GOTTER: Zwischenruf zur aktuellen Debatte.

²⁵⁶ „Der Rückgang der Bevölkerungszahlen in Sachsen und ganz Deutschland hat wohl etwas mit Abtreibung zu tun. Das Thema Homosexualität wohl noch mehr, nur das hier noch Aids und Anderes hinzukommt“, vgl. a. a. O.

²⁵⁷ ROTH/SEIDEL: Brücke in Gefahr.

²⁵⁸ Vgl. SBI: Zum weiteren Gesprächsprozess nach der Entlassung von Lutz Scheufler.

²⁵⁹ ROTH/SEIDEL: Brücke in Gefahr.

²⁶⁰ BOHL: Bericht des Landesbischofs.

ermöglichte auch anderen Gruppen, ihre Unzufriedenheit mit der Situation an Jochen Bohl auszulassen, zum Beispiel der bereits erwähnte Wilfried Gotter, der Superintendent i.R. Friedrich Jacob²⁶¹ oder die erzgebirgische Initiative „Unternehmer für Evangelisation“, die Anfang 2013 Bohls Rücktritt forderte mit der Begründung, es sei „eine rote Linie überschritten“ worden.²⁶²

In ihrer Untersuchung des „Evangelikalen Protests“ der 60er-Jahre beschreibt Gisa BAUER das damalige Verhalten der westdeutschen Kirchenleitungen als betont moderat, sachlich und selbstkritisch. Evangelikale Positionen wurden ernstgenommen und die Berechtigung ihrer Kritik betont. Behutsam wurde auf Vorwürfe mit Fakten reagiert. Oberstes Ziel der Kirchenleitungen sei die Einheit der Kirche gewesen. Nur selten reagierten Mitglieder der Kirchenleitungen emotional auf Kritik.²⁶³ Diese Beschreibung passt ebenfalls gut auf die Strategie der sächsischen KL im GP. Es kam zwar auch hier auch zu emotionalen Äußerungen – die Affäre um Lutz Scheufler war die Situation, in der man einer Eskalation des Konfliktes am nächsten gekommen war –, zu einem Eklat kam es jedoch während des GP nicht.

3.5 Die Thesenreihen als gezielter Impuls der Kirchenleitung

Die erste große konzertierte Aktion des Landeskirchenamts waren die Thesenreihen, die als Anstoß für den GP in den Gemeinden dienen sollten.²⁶⁴ Die jeweils zwanzig Thesen stammten von den Steuerungsgruppenmitgliedern Peter Meis und Carsten Rentzing. Rentzings Thesen vertraten ein SBI-gemäß konservativ-lutherisches Kirchen- und Schriftverständnis,²⁶⁵ während Meis' Thesen einen liberaleren Entwurf und ein Plädoyer für eine „veränderte Bewertung der Homosexualität“²⁶⁶ formulierten.

Die SBI betrachtete Carsten Rentzing als ihren Vertreter für den GP im Landeskirchenamt.²⁶⁷ Deshalb schien es angemessen, Rentzing stellvertretend für die SBI-Fraktion der Landeskirche ein Thesenpapier aufsetzen zu lassen. Rentzings Thesen begannen jeweils mit „Wir stehen für eine Kirche...“ Und endeten auf einen mit „Denn:“ eingeleiteten begründenden Bibelvers.²⁶⁸ Sie stellten sich ganz hinter den Gesprächsprozess. Es sei die Pflicht der Kirche, über ihr Schriftverständnis Rechenschaft zu geben.²⁶⁹ Dies spiegelte frühere Überlegungen Rentzings zur Schriftauslegung.²⁷⁰ Hauptsächlich referierten die Thesen klassische lutherische Hermeneutik. Rentzing erteilte eine Absage an Ansätze, die

²⁶¹S. Unterabschnitt 3.5 „Die Thesenreihen als gezielter Impuls der Kirchenleitung“.

²⁶²DER SONNTAG: Unternehmer fordern Rücktritt des Bischofs.

²⁶³Vgl. BAUER: Bewegung, 531.

²⁶⁴„Um das Gespräch zu entzünden“, vgl. ROTH: Erst hören, dann reden.

²⁶⁵Vgl. RENTZING: Thesenreihe zur Schriftauslegung und Einheit der Kirche.

²⁶⁶MEIS: 20 Thesen zum Gesprächsprozess, zur Hermeneutik der Bibel und zur Kirche, 1.

²⁶⁷Vgl. SBI: Treffen der SBI am 05.11.2012.

²⁶⁸RENTZING: Thesenreihe zur Schriftauslegung und Einheit der Kirche.

²⁶⁹Vgl. a. a. O., 1.

²⁷⁰Vgl. DERS.: Diskussionsbeitrag zur Schriftauslegung. Ein Vortrag.

Kriterien von ausserhalb an die Schrift herantrügen. Der hermeneutische Schlüssel sei nur „in der Schrift selbst“ zu suchen.²⁷¹ Ansonsten waren die Thesen Rentzings im Geiste des GP auf breite Konsensfähigkeit angelegt. Das spezifische Streitthema Homosexualität wurde nicht thematisiert, Rentzing machte lediglich die Andeutung, die Kirche solle nicht „unbesehen Natur mit Schöpfung“ verwechseln und „unbesehen der Kultur der Welt“ folgen.²⁷²

Peter Meis wählte eine andere Herangehensweise in seinen Thesen. Zunächst benannte er ethische und gesellschaftliche Gründe für eine „veränderte Bewertung der Homosexualität“.²⁷³ Klar setzten sich seine Thesen für eine Befürwortung homosexueller Beziehungen ein, mit Verweis auf einen „geheimnisvollen Spielraum in der Schöpfungsordnung Gottes“.²⁷⁴ Zugleich wurden an beide „Seiten“ der Debatte kritische Anfragen formuliert.²⁷⁵ Meis grenzte die Autorität des Bibelwortes ein: „Wir glauben nicht an die Bibel, sondern an den fleischgewordenen Gott.“ Der Kanon sei ein „lebendiges Kommunikationssystem“.²⁷⁶ Die „Selbstausslegung der Schrift“ sei keine hermeneutische Methode, sondern erschließe sich durch den Heiligen Geist.²⁷⁷ In einer späteren Erklärung zu seinen Thesen schrieb Meis: „Formal ist klar, dass Thesen in bewusst überspitzter Form das Gespräch initiieren sollen, also nicht alles gesagt werden kann und soll.“²⁷⁸

3.5.1 Diskussion

Die öffentliche Diskussion um die Thesen wurde fast ausschließlich von Pfarrern und Theologen geführt. Die Hemmschwelle für eine Beteiligung von Laien wurde wahrscheinlich durch den theologischen Anspruch der Thesen erhöht.

Meis lieferte in seiner Thesenreihe nicht nur Theorie, sondern auch die für ihn daraus resultierenden Schlussfolgerungen in Bezug auf Homosexualität. Damit bot er mehr Angriffsfläche als Rentzing. Entsprechend (und den verschiedenen Gruppen-Mentalitäten entsprechend) finden sich in den Quellen ausschließlich kritische Reaktionen auf die Thesen von Peter Meis.²⁷⁹

In den Erwidernungen an Meis finden sich teils heftig polemische und unsachliche Vorwürfe, besonders durch Superintendent i.R. Friedrich Jacob (dem „Ältesten“ der „Ev.-Luth.

²⁷¹ RENTZING: Thesenreihe zur Schriftauslegung und Einheit der Kirche, 1.

²⁷² A. a. O., 2.

²⁷³ MEIS: 20 Thesen zum Gesprächsprozess, zur Hermeneutik der Bibel und zur Kirche, 1.

²⁷⁴ A. a. O., 2.

²⁷⁵ „Kritiker des Kirchenleitungsbeschlusses müssen erklären können, warum sie ausschließlich bei ausgewählten Schriftstellen zur Homosexualität dem Buchstaben folgen. Befürworter einer verantworteten gleichgeschlechtlichen Partnerschaft müssen ihre Sicht theologisch mit einer schriftbezogenen Hermeneutik begründen können.“, vgl. a. a. O., 1.

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ A. a. O., 2.

²⁷⁸ DERS.: Zur Kritik an der von mir verfassten Thesenreihe und deren theologischen Voraussetzungen.

²⁷⁹ Wie auch die Übersichts-Internetseite der SBI eindrucksvoll visualisiert, vgl. SBI: Diskussion um die Thesen von Dr. Meis und Dr. Rentzing.

Gebetsbruderschaft“²⁸⁰ und damit Mitglied der SBI), aber auch in einem Schreiben von Pfarrer Mika Herold.

In seiner Erwiderung auf die Thesen bezeichnete Jacob Meis’ Argumentation als „nichts als Schwärmerei“²⁸¹ und deutete an, dass der Rücktritt und sogar die Exkommunikation von Meis zu fordern sei.²⁸² In einer Anspielung auf den Fall Lutz Scheufler behauptete Jacob, man hätte bei Widerspruch gegen Meis „disziplinarrechtliche [...] Exempel“²⁸³ zu befürchten. Unverblümt bezeichnete er Homosexuelle als „psychisch krank“ und als „behinderte[...] Menschen“.²⁸⁴

Herold unterstellte Meis, das dieser seine abschätzige Meinung zur Bibel zwar zu verschleiern versuche, in Wahrheit aber nur an deren Relativierung interessiert sei.²⁸⁵

Eine etwas nüchternere Entgegnung der Thesen lieferte der für die SBI sehr aktive Pfarrer Gunther Geipel. Er nannte die Thesen „in ihrer theologischen Argumentation eher enttäuschend.“²⁸⁶ Ähnlich wie Herold sah Geipel nur eine alles-oder-nichts-Alternative zwischen „autonomer Vernunft“ und der Schrift unterstellter „theonomer Vernunft“ – zwischen einer „Bindung an das Wort der Bibel“ und einer „Kirche der Beliebigkeit.“²⁸⁷

Trotz der Teils unsachlichen Anschuldigungen reagierte Meis in einer späteren umfangreichen „Entgegnung“ auf die gegen seine Thesen vorgebrachten Einwände.²⁸⁸ Meis hatte als Mitglied der KL Mitverantwortung für das Gelingen des GP. Dies erklärt sein Engagement, das Gespräch fortzusetzen.

Über das hier Dargestellte hinaus blieben die Thesenreihen ohne nennenswerte Resonanz.

3.5.2 Auswertung

Die Absicht der KL war, mit Hilfe der Thesenreihen das Gespräch in Gang zu bringen. Dies ist auf jeden Fall gelungen. Laut Abschlussbericht der Steuerungsgruppe wurden die Thesen häufig in Gemeindeveranstaltungen als Aufhänger genutzt.²⁸⁹

Die Thesenreihen offenbarten die Asymmetrie des GP. Die Thesen von Carsten Rentzing blieben weitgehend unbeantwortet, während die Thesen von Peter Meis heftiger Kritik ausgesetzt waren.

²⁸⁰Vgl. Evangelisch-Lutherische Gebetsbruderschaft.

²⁸¹JACOB: Anmerkungen, 2.

²⁸²„Insofern steht nicht die Frage, ob die Kirchengemeinschaft mit Homosexuellen gestört ist, sondern ob die z.B. in den vorliegenden Thesen geäußerten Theologumena als Irrlehre zu betrachten sind, woraus dann die entsprechenden Konsequenzen für die Kirchenzugehörigkeit der so Lehrenden gezogen werden müssten.“, vgl. a. a. O., 5.

²⁸³A. a. O., 1.

²⁸⁴A. a. O., 2.

²⁸⁵„Letztlich scheint OLKR Meis auch dies Thema nur anzudeuten, um wiederum die Gültigkeit der Heiligen Schrift einzuschränken“, vgl. HEROLD: 20 Thesen, 4.

²⁸⁶GEIPEL: Meine Antwort, 4.

²⁸⁷Ebd.

²⁸⁸Vgl. MEIS: Zur Kritik an der von mir verfassten Thesenreihe und deren theologischen Voraussetzungen.

²⁸⁹Vgl. LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 7.

Außerdem gab die Reaktion auf die Thesenreihen einen weiteren Einblick in das theologische Profil der SBI-Befürworter. Die Konsequenzen des immer wieder beschworenen „status confessionis“ wurden hier konkretisiert. Der ehemalige Landesbischof Christoph Kähler benannte das Problem präzise in einem Vortrag auf einer Multiplikatorentagung:

„Die Einheit der Kirche findet ihre äußeren Grenzen an der offensichtlichen Irrlehre. Diese Grenzen werden dort verletzt, wo die vier lutherischen ‚Allein‘-Bestimmungen grundsätzlich und in ihrem Zusammenhang in Frage gestellt werden [...].“²⁹⁰

Die Ausrufung eines status confessionis bedeute in letzter Konsequenz, der KL Irrlehre vorzuwerfen. Die Intention Kählers war eigentlich darzustellen, wie abwegig dieser Vorwurf im Kontext einer rein ethischen Frage sei.²⁹¹ Die Diskussion um die Thesen von Peter Meis sowie die Affäre um Lutz Scheufler zeigten, dass Teile der SBI sehr wohl bereit waren, diesen Schritt zu gehen.

In dieser Situation war der GP formal überfordert. Der GP wollte eine gegenseitige Verständigung, eine „Formulierung der Glaubensaussagen und -erfahrungen, die uns ermöglichen, beieinander zu bleiben“.²⁹² Die Erklärung des status confessionis stellte die faktische Verweigerung dieser Verständigung dar.

3.6 Die Aufnahme des Gesprächsprozesses in den Gemeinden

3.6.1 Veröffentlichungen aus den Gemeinden

Auf der Internetseite der Landeskirche wurden Dokumente über den GP gesammelt, die als Dokumentation dienen und einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten (evlks.de/publikationen/texte/20340.html). Die SBI unterhielt auf ihrer Internetseite eine ähnliche Sammlung (bekenntnisinitiative.de/gespraechsprozess/sonstige-gespraechsbeitraege.html). Im Folgenden sollen kurz die wichtigsten Veröffentlichungen vorgestellt werden, um einen Einblick zu geben in die Form, die der GP an der Gemeindebasis nahm.

Die „Oasenarbeit“ hatte aus ihrer Arbeit heraus gleich zwei Papiere eingesandt, jeweils mit entschieden konservativem Profil. Beide Texte sprachen sich aus für die Gültigkeit der Heiligen Schrift und äußerten Kritik an der Hinwegsetzung über die Autorität der

²⁹⁰ KÄHLER: Thesen zur Einheit der Kirche. Vorgetragen zur Tagung der Multiplikatoren für den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis am 23. Februar 2013 in Meißen, 2.

²⁹¹ Vgl. a. a. O., 5.

²⁹² LKA: Entwurf Konzeption Gesprächsprozess, 1.

Bibel²⁹³ und der Festlegung „neue[r] Glaubensnormen und Lebensformen außerhalb dieses Rahmens“.²⁹⁴

Auch einige Kirchenvorstände berieten über die Fragestellungen des GP und gaben der KL schriftlich Rückmeldung, darunter Auerswalde, Bad Elster (die Gemeinde von Gunther Geipel) und Großhartmannsdorf. Während letztere eine gemäßigt-konservative Zusammenfassung zentraler Punkte im Schriftverständnis der Gemeinde formulierte,²⁹⁵ glichen die Einsendungen aus Auerswalde und Bad Elster eher SBI-Manifesten, die die Rücknahme des KL-Beschlusses forderten²⁹⁶ beziehungsweise an der Grenze zu biblizistischem Fundamentalismus zu verorten sind.²⁹⁷

Auch Junge Gemeinden beteiligten sich am GP. Die JG Albernau sammelte gemeinsam mit Jugendpfarrer Johannes Bartels Gründe, warum Jugendliche die Bibel lesen.²⁹⁸ Die JG Dresden meldete sich auf ihrem eigenen Blog zu Wort unter dem Titel „Was in Sachsen so abgeht: Der homophobe Gegenwind“²⁹⁹ – eine der am deutlichsten progressiven Stellungnahmen vonseiten der Gemeindebasis.

3.6.2 Auswertung der Gemeindebeteiligung

Insgesamt liegen nur sehr wenige Texte aus der kirchlichen Basis als Quelle vor, obwohl es Hinweise gibt, dass relativ viele Gemeindeveranstaltungen zum GP stattfanden. Das lag unter anderem an der Hemmschwelle für Laien, sich am theologischen Diskurs zu beteiligen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel von Andreas Rau, der für die Kirchgemeinde Auerswalde ein eigenes Thesenpapier formulierte, nicht ohne sich zuvor ausführlich für sein Laientum zu rechtfertigen (und es gleichzeitig gewitzt als Stärke umzudeuten):

„Das Maul des Volkes redet gerade heraus, was es denkt; wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Es redet nicht, wie Akademiker reden; erst recht nicht wie Diplomaten reden. Es redet ungeschickt, unbeholfen, poltrig; im Grunde stammelt es nur. Aber dieses Maul ist ein ehrliches Maul. Es sagt, was auf der Seele brennt.“³⁰⁰

Für Gruppen wie Junge Gemeinden, Bibelkreise und Kirchenvorstände war dieser Druck weniger stark, da man nicht als Einzelperson auftrat, sondern als kirchliches Organ. Auch

²⁹³Vgl. OASE DES GEMEINSAMEN LEBENS: Beitrag zum Gesprächsprozess in unserer Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, 2.

²⁹⁴DIES.: Resolution des Oasen-Begegnungstages zum Gesprächsprozess innerhalb der sächsischen Landeskirche, 1.

²⁹⁵Vgl. BEUKERT u. a.: Rückmeldung Gesprächsprozess Großhartmannsdorf u.a.

²⁹⁶Vgl. ZÜHLKE/LANDGRAF: Erklärung des Kirchenvorstands Auerswalde zur gegenwärtigen Situation.

²⁹⁷„Die Autorität des Wortes, wie es aufgezeichnet steht, ist unantastbar. Versuche, es zu relativieren, sind unakzeptabel. (Dick unterstreichen!) [sic!] Vieles ist einfach wörtlich zu nehmen.“, vgl. KIRCHGEMEINDE BAD ELSTER: Gemeinsamer Beitrag zum Verständnis und Umgang mit der Bibel.

²⁹⁸Vgl. SCHMOLDT u. a.: Warum Bibellesen? – Gedanken der Jungen Gemeinde Albernau zum Gesprächsprozess.

²⁹⁹Vgl. JG DRESDEN: Was in Sachsen so abgeht: Der homophobe Gegenwind.

³⁰⁰RAU: Thesen aus der Gemeinde.

gern genutzt war die Form des Leserbriefs, des Blogs oder des Internetkommentars als informellere Veröffentlichungsform.

Unter den gesammelten Stellungnahmen finden sich vor allem solche von SBI-Organisationen und Gemeinden mit SBI-Pfarrern,³⁰¹ die sich deutlich und pointiert gegen den Kirchenleitungsbeschluss positionierten. In diesen Stellungnahmen wurde nicht zufällig immer wieder auch die Forderung der Markersbacher Erklärung wiederholt.³⁰²

Dass die Stellungnahmen überwiegend aus konservativer Richtung kamen, lässt sich am ehesten damit erklären, dass liberalere Gemeinden eher mit dem status quo einverstanden waren, wohingegen Konservative sich in einer Protesthaltung (gegen den KL-Beschluss) befanden. Außerdem wird die gezielte Organisation und Ermutigung durch SBI-nahe Pfarrer und Mitarbeiter nicht unmaßgeblich gewesen sein.

3.6.3 Die Podiumsdiskussionen des „Sonntag“

Die sächsische Kirchenzeitung „Der Sonntag“ begleitete die Durchführung des GP mit fünf Podiumsdiskussionen unter dem Titel „Kirche im Gespräch“ zur Frage „Wie lesen wir die Bibel – und welche Kirche wollen wir sein?“³⁰³ Die Absicht der „Sonntag“-Redaktion war, sich an der „Moderation“ des Gespräches zu beteiligen.³⁰⁴

Diese Podien, die der „Sonntag“-Chefredakteur Andreas Roth moderierte, waren verhältnismäßig gut besucht,³⁰⁵ wohl auch, weil der „Sonntag“ Landesbischof Jochen Bohl als Podiums-Teilnehmer gewinnen konnte. Die geladenen Diskutanten waren stets entweder der KL oder der SBI zuzuordnen.

Das erste Podium fand am 10. Januar 2013 in der Johanniskirche in Chemnitz statt. Auf dem Podium saßen neben Andreas Roth Synodenpräsident Otto Guse, Landesbischof Jochen Bohl, OLKR Burkart Pilz und die SBI-Pfarrer Falk Klemm und Dieter Keucher. Im Chemnitzer Publikum waren die SBI-Anhänger klar in der Überzahl und „dominierten mit ihrer Kritik die Diskussion“.³⁰⁶

Auf dem zweiten Podium am 30. Januar in Leipzig, an dem auch Carsten Rentzing für die SBI teilnahm, wurden diese Verhältnisse umgekehrt. Die Gäste lehnten die Positionen der SBI überwiegend ab, es wurde „deutliche Zustimmung zur Öffnung der Pfarrhäuser

³⁰¹ Zum Beispiel Gunther Geipel in Bad Elster; Falk Klemm in der Oasenarbeit und Gerald Brause in Auerswalde. Letzterer machte Schlagzeilen, als seine Ehefrau wegen des Kirchenleitungsbeschlusses aus der Kirche austrat, vgl. IDEASPEKTRUM: Wenn ein Pfarrer seine eigene Frau vom Abendmahl ausschließen soll.

³⁰² Vgl. zum Beispiel auch TEILNEHMER DER HERBSTRÜSTZEIT 2014 DER EVANG.-LUTH. BEKENNTNIS-GEMEINSCHAFT: Beitrag zum Gesprächsprozess der Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens.

³⁰³ Vgl. DER SONNTAG: Der Sonntag lädt ein: Kirche im Gespräch.

³⁰⁴ DERS.: Wir müssen reden. Der im April vereinbarte Gesprächsprozess über das Bibelverständnis nimmt Fahrt auf.

³⁰⁵ In Chemnitz war die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Leipziger Veranstaltung zog laut dem „Sonntag“ etwa 150 Besucherinnen und Besucher an, vgl. NAUMANN: Keine Erschütterungen.

³⁰⁶ DER SONNTAG: Kein Kompromiss.

für homosexuelle Partnerschaften“ kundgetan.³⁰⁷ Besonders eindrücklich waren eine Wortmeldung der in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebenden Pfarrerin Ulrike Franke und die Einwürfe anderer homosexueller Christen aus dem Publikum.³⁰⁸

Die weiteren Podien wurden in Plauen (31. 1.), Bautzen (20. 2.) und Dresden (21. 2.) nach dem gleichen Muster durchgeführt.

Die Podiumsdiskussionen des „Sonntag“ machten deutlich, dass der GP regional höchst unterschiedlich geführt wurde. Außerdem zeigten sie, dass auch an der Gemeindebasis der GP mit teils harten Bandagen geführt wurde. „Es sind zweifellos auch böse Worte gesagt worden, von beiden Seiten“, erklärte Bohl gegenüber dem „Sonntag“.³⁰⁹ Laut Andreas Roth wurden „seitens der Kritiker Verzweiflung und Zorn abgeladen, bis an die Grenze verbaler Gewalt.“ Gleichzeitig habe die KL mit ihrer „universitär zisierte[n] Theologie“ das Publikum nicht erreichen können.³¹⁰ Am Ende seien es nicht die theologischen Diskussionen, sondern die Geschichten der Menschen im Umgang mit Homosexualität gewesen, die Roth das Gefühl gaben, voranzukommen.³¹¹

Neben den Podien sammelte der „Sonntag“ außerdem dutzende Leserbriefe zum Thema. Nicht wenige Ausgaben der Wochenzeitung hatten die Leserbriefseite fast komplett mit Einsendungen zum GP gefüllt.³¹²

3.7 Die Rolle des Internets

3.7.1 Das Internet als Ort des Gesprächs

Die Steuerungsgruppe der KL hatte eine Internetseite organisiert, unter der Veranstaltungshinweise, Materialien und Beiträge zum GP gesammelt wurden;³¹³ die SBI pflegte ein ähnliches Archiv. Die dort gesammelten Wortmeldungen stammten jedoch beinahe durchgängig von Pfarrern und Theologen. Dieser status quo bildete für Laien eine gewisse Hemmschwelle, sich mit ihrer Meinung am GP zu beteiligen, ganz davon zu schweigen, sie als offiziellen „Gesprächsbeitrag“ einzusenden. Der GP wurde deshalb von Laien fast ausschließlich innerhalb der Gemeinden, zu den Podien des „Sonntag“ oder eben im Internet geführt: in Kommentarspalten, Sozialen Netzwerken und Blogs.

Der Teil des GP, der im Internet stattfand, wurde sowohl von der KL als auch der SBI kaum erfasst. Und das, obwohl die durch diese Untersuchung berücksichtigten Online-Diskussionen quantitativ einen beträchtlichen Teil der Quellenbasis stellen. Der Abschluss-

³⁰⁷NAUMANN: Keine Erschütterungen.

³⁰⁸Vgl. a. a. O.

³⁰⁹ROTH: Gespräch ohne Prozess.

³¹⁰A. a. O.

³¹¹Vgl. DERS.: Sprechen und schweigen.

³¹²Vgl. z.B. DER SONNTAG: Die Schrift und die Gelehrten.

³¹³Vgl. LKA: Entwurf Konzeption Gesprächsprozess, 2.

bericht der Steuerungsgruppe lässt nicht erkennen, dass diese Diskussionen wahrgenommen oder in irgendeiner Weise „gesteuert“ wurden.³¹⁴

3.7.2 Diskussionen in der „Sonntag“-Kommentarspalte

„Wer befürchtet haben sollte, dass es beim Gesprächsprozess über die Heilige Schrift brav wie im Bibelkreis zugeht, den belehren die Lesermeinungen auf der Internetseite des Sonntag eines besseren. Bibelstellen sitzen dort mitunter wie Faustschläge – freilich mit fromm gehäkelten Handschuhen.“³¹⁵ – Andreas Roth, Chefredakteur des „Sonntag“

Ein zentraler „Ort“, an dem dieser Teil des GP stattfand, war die Internetseite des „Sonntag.“ Unter den meisten Artikeln gab es die Möglichkeit, Leserkommentare zu hinterlassen. Teilweise finden sich unter Artikeln zum GP hunderte, ja tausende solcher Kommentare.³¹⁶ Insgesamt wurden wohl zehntausende Kommentare verfasst. Von der Redaktion des „Sonntag“ wurde diese Entwicklung nicht intendiert, aber zugelassen.

Wie kam es zu so astronomischen Zahlen? Die Kommentierenden hatten sich gewissermaßen verselbstständigt. Einer von ihnen, Christoph Adam, versuchte sich an einer Analyse:

„Die Inhalte der Gespräche waren anfänglich bestimmt vom Inhalt der Artikel, auf die sie sich bezogen. Doch schnell folgten Antworten auf Meinungsäußerungen, Gegenfragen, Statements, die nur noch wenig direkt mit dem Ursprungsthema zu tun hatten. Als große Klammer des Gesprächsinhaltes fungierte aber durchweg der Gesprächsprozess in der sächsischen Landeskirche.“³¹⁷

Adam beschrieb diese Diskussionen als ein Aufeinandertreffen der „ganze[n] Bandbreite geistlicher Positionierungen.“ Am Schluss stand für ihn die Feststellung, dass sich die verschiedenen Positionen im Schriftverständnis diametral entgegenstehen. Immerhin konnte Adam, obwohl er sich selbst klar auf einer Seite des „Grabens“ verortete, beide Positionen referieren und nachvollziehen.

Für diejenigen, die sich aktiv beteiligten,³¹⁸ schienen diese Internet-Diskussionen ein enormes emotionales Gewicht zu tragen. Für Adam war die „Sonntag“-Kommentarspalte

³¹⁴Es ist lediglich die Rede davon, dass die Steuerungsgruppe sich regelmäßig über „Veröffentlichungen im Internet“ verständigt habe, vgl. LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 5.

³¹⁵ROTH: Erst hören, dann reden.

³¹⁶Die Online-Version des oben zitierten Artikels brachte es auf stolze 4354 Kommentare, vgl. DER SONNTAG: 4,354 Lesermeinungen zu „Erst hören, dann reden“.

³¹⁷ADAM: Das Schriftverständnis und der Riss durch die Kirche.

³¹⁸Auch wenn sich die Anzahl der tatsächlichen Akteure in Grenzen hielt, werden Internetkommentarspalten erfahrungsgemäß auch von zahlreichen Menschen verfolgt, die sich nicht selbst beteiligen.

die intensivste ihm bekannte Manifestation des GP.³¹⁹ Für den bereits erwähnten Laien Andreas Rau waren die virtuellen Gespräche so bedeutsam, dass er auf seiner persönlichen Internetseite Bilanzen der einzelnen Protagonisten und zahlreiche Auszüge aus deren Debatten sammelte.³²⁰

Eine Versöhnung im Sinne einer Einigung sucht man auch während dieser Internet-Diskussionen vergeblich. Es finden sich Anzeichen von Annäherung auf der menschlichen Ebene, aber die inhaltlichen Verurteilungen zogen sich wie ein roter Faden durch die Kommentarspalten.

Nicht wenige der Diskutanten traten unter ihrem vollen Namen auf. Der Großteil der Beiträge wurde jedoch anonym oder pseudonym verfasst³²¹ – für Kommentare im Internet nicht unüblich. Außerdem die Hemmschwelle senkend wirkte der Eindruck, dass man nicht „offiziell“ am GP teilnehme, sondern ein separates, möglicherweise weniger voraussetzungsreiches Gespräch führe.³²²

Dass diese Form des GP durch die Kirchenleitung nicht moderiert, gefördert oder auch nur wahrgenommen wurde ist bedauerlich – waren es doch gerade diese virtuellen, aber intensiven und langfristigen Unterhaltungen, in denen es zu Begegnungen auf der zwischenmenschlichen Ebene kam. Nirgendwo sonst wurde der GP mit solchem Eifer und zugleich so basisnah geführt.

3.8 Der Abschluss des Gesprächsprozesses

Im Februar 2015, knapp drei Jahre nach Eröffnung des GP, legte die Steuerungsgruppe ihren Abschlussbericht der inzwischen 27. Landessynode vor.³²³ Zur Auswertung des GP war ein Fragebogen an die regionalen Multiplikatoren verteilt worden. Dieser zehnteilige Bogen erfasste die Zahl und Art der durchgeführten Veranstaltungen und ließ reichlich Platz für die Erhebung der „Wahrnehmung der Situation“, wo nach gefundenen Konsensen und Dissensen gefragt wurde.³²⁴ Insgesamt wurden laut Steuerungsgruppe jedoch „nur aus zehn von 18 Kirchenbezirken Fragebögen zurückgesandt“.³²⁵ Dies widerspiegelt, dass der GP regional sehr unterschiedlich intensiv geführt wurde.³²⁶

Der Abschlussbericht zählte die zahlreichen Veranstaltungen auf, die Teil des GP gewesen waren.³²⁷ Veranstaltungen, die aus Gemeindeinitiative entstanden, erwiesen sich dabei

³¹⁹ „[...] von ähnlich offenen, intensiven und inhaltlich relevanten Gesprächen ist mir leider kaum etwas bekannt[...].“, vgl. ADAM: Das Schriftverständnis und der Riss durch die Kirche.

³²⁰ Vgl. RAU: Sonntag-Bilanzen.

³²¹ Vgl. ADAM: Das Schriftverständnis und der Riss durch die Kirche.

³²² „Sollte unser Gespräch gewisse Rückschlüsse auf den Gesprächsprozess in der Landeskirche zulassen oder gar Teil dessen sein[...]“, vgl. a. a. O.

³²³ Vgl. LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis.

³²⁴ Vgl. DASS.: Fragebogen zum Verlauf des Gesprächsprozesses.

³²⁵ DASS.: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 6.

³²⁶ Vgl. a. a. O., 7.

³²⁷ Vgl. a. a. O., 6.

als beliebter als durch die Steuerungsgruppe „von oben“ organisierte Veranstaltungen.³²⁸ Darüber hinaus sei „vor allem in persönlichen Bezügen“ diskutiert worden.³²⁹ Die Veranstaltungen seien besonders durch engagierte Mitglieder der Kerngemeinden wahrgenommen worden, auch Mitglieder der SBI und homosexuelle Christen seien „in besonderem Maße“ erschienen.³³⁰

Der Abschlussbericht merkte an, dass der GP in nicht wenigen Regionen kaum eine Rolle gespielt hatte. Dafür wurden verschiedene Gründe genannt. Teilweise habe es Ängste gegeben, den Gemeindefrieden zu stören. Der bedeutendste Grund jedoch sei gewesen, dass „aus vielen Kirchengemeinden ‚Gesprächsmüdigkeit und Desinteresse‘ signalisiert“ wurde. „Die breite Masse der Kirchenglieder verfolgt dieses Thema nicht oder nur wenig“, resümierte der Bericht. Es gab mitunter Zweifel am Sinn des GP, „da die ‚inhaltlichen Prozesse schon vorbei‘ seien“.³³¹

Zusammenfassend sei der GP an der Basis „als zu lang empfunden“ worden, habe sich dem Vorwurf der Sinnlosigkeit ausgesetzt gesehen, sei für viele schmerzhaft gewesen, habe einige dazu gebracht, die Kirche zu verlassen oder sei gänzlich ignoriert worden.³³² Wo er geführt wurde, habe der GP „die jeweiligen geistlich-theologischen Grundüberzeugungen kaum verändert“.³³³ Die eigentliche Aufgabe des GP, nämlich aufzuzeigen, „dass im Blick auf biblische Argumentationslinien unterschiedliche Positionen möglich und jeweils biblisch verantwortet sind“, müsse laut der Steuerungsgruppe „am Ende dieses Gesprächsprozesses offen bleiben.“³³⁴

Auffällig ist, dass der Abschlussbericht der Steuerungsgruppe im Blick auf seinen eigenen Befund ein massiv beschönigendes Fazit formulierte: Insgesamt soll der Gesprächsprozess „Wesentliches erreicht“³³⁵ haben: es sei immerhin deutlich geworden, dass die Bibel eine große Bedeutung für die Landeskirche habe.³³⁶ Der Bericht behauptete außerdem, „in allen Rückmeldungen [kam] der Wunsch und das gemeinsame Bemühen zum Ausdruck, beieinander zu bleiben, die Unterschiede auszuhalten und die Vielfalt als Bereicherung zu erleben.“³³⁷

Die Abschlusserklärung der Synode zog ein ernüchternderes Fazit: der GP sei „in verschiedener Hinsicht schwierig und schmerzvoll“³³⁸ gewesen. Die Synode beschloss einstimmig, dass trotz der unüberbrückbaren Differenzen die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Landeskirche unter Schutz gestellt werden sollten:

³²⁸LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 7.

³²⁹A. a. O., 6.

³³⁰A. a. O., 7.

³³¹A. a. O., 8.

³³²Vgl. a. a. O., 9.

³³³A. a. O., 8.

³³⁴A. a. O., 9.

³³⁵Ebd.

³³⁶Vgl. ebd.

³³⁷Ebd.

³³⁸KNITTEL: Erklärung zum „Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis“, 1.

„Wir bestätigen die Feststellung der 26. Landessynode, dass unterschiedliche Auffassungen im Schriftverständnis geistlich und theologisch angemessen sind und ihnen in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens Raum gegeben und Schutz gewährt wird.“³³⁹

Die SBI nahm diese Zusage der Synode in einer eigenen Stellungnahme auf. Sie sei „unserer Kirche dankbar, dass sie dem gesellschaftlichen Trend der Ausgrenzung widersteht und uns auch Schutz vor Verleumdung und Angriffen gewährt.“³⁴⁰ Man wolle auch weiterhin für die Position eintreten, dass die Bibel „gelebte Homosexualität als Sünde vor Gott“³⁴¹ benenne. Etwas trotzig wurde formuliert: „Wir teilen deshalb die Auffassung der Kirchenleitung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens vom 29. August 2001.“³⁴² Die SBI existierte also auch weiterhin im Protest gegen den KL-Beschluss von 2012. Das Gespräch wollte man jedoch fortführen: „Ausdrücklich wenden wir uns gegen Rückzug, Resignation oder Kirchenaustritt.“³⁴³

4 Der Gesprächsprozess aus kybernetischer Sicht

In der Evangelischen Kirche kann von Leitung immer nur so gesprochen werden, dass sie selbst Teil dieser Kirche im Rahmen der Priesterschaft aller Gläubigen ist. Der Praktische Theologe Bernhard Petry formuliert: „Leitung ist nichts anderes als Herstellung und Bewältigung partizipativer Prozesse“.³⁴⁴ Der GP der sächsischen Landeskirche war ein Ausdruck dieses Leitungshandelns, dass in dem Zwiespalt stand, auf der einen Seite eine zerstrittene Landeskirche zusammen zu halten und gleichzeitig verantwortliche und konstruktive Beschlüsse zu fassen.³⁴⁵ Dass der GP dabei nicht nur erfolgreich war, zeigte die bisherige Arbeit. Kirchliches Leitungshandeln lässt sich jedoch kaum objektiv bewerten oder dessen Wirksamkeit im empirischen Sinne bestimmen.³⁴⁶ Deshalb sollen im Folgenden lediglich exemplarisch Probleme dargestellt werden, die den GP als kirchenleitendes Handeln negativ beeinflussten.

4.1 Das Problem des ergebnisoffenen Gesprächsprozesses

Der Abschlussbericht der Steuerungsgruppe nannte als einen der Gründe für wenig Engagement im GP, dass die „inhaltlichen Prozesse schon vorbei“³⁴⁷ gewesen seien. Damit ist

³³⁹KNITTEL: Erklärung zum „Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis“, 1.

³⁴⁰SBI: Wort der SBI zum Gesprächsprozess in unserer sächsischen Landeskirche.

³⁴¹A. a. O.

³⁴²A. a. O.

³⁴³A. a. O.

³⁴⁴PETRY, zitiert bei HAUSCHILDT/POHL-PATALONG: Kirche, 357.

³⁴⁵Solche prinzipiell unauflösbaren Spannungen sind nicht ungewöhnlich, sondern sogar typisch für kirchliche Leitungskulturen, vgl. HERMELINK: Kirchliche Organisation und das Jenseits des Glaubens, 225.

³⁴⁶Vgl. a. a. O., 224f.

³⁴⁷LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 8.

angespielt auf die Frage, ob ein GP bereits *vor* dem Beschluss die Pfarrhäuser zu öffnen hätte stattfinden müssen. In die gleiche Kerbe schlug auch Andreas Roth, der im „Sonntag“ kritisierte, dass der GP nicht fruchten konnte, weil die KL mit ihrem Beschluss bereits „Fakten geschaffen“ habe.

„Der Gesprächsprozess fand keinen guten Boden in Sachsens Landeskirche. Er war schon hart geworden durch die Fakten, die geschaffen worden waren: Den Beschluss der Kirchenleitung, in Ausnahmefällen homosexuelle Partnerschaften in Pfarrhäusern zuzulassen einerseits – und die von 144 Kirchenvorständen unterzeichnete Markersbacher Erklärung gegen diesen Beschluss andererseits.“³⁴⁸

Jochen Bohl erklärte in einem späteren Interview ebenfalls, dass er eigentlich vor einem Kirchenleitungsbeschluss eine Diskussion in der Landeskirche auf Grundlage der Ergebnisse der AG „Homosexualität in biblischem Verständnis“ befürwortet hatte, jedoch von der KL überstimmt worden sei.³⁴⁹ Und auch die Abschlusserklärung des Vorsitzenden des theologischen Ausschusses Thomas Knittel auf der Frühjahrssynode 2015 empfahl, in Zukunft „in geistlich-theologischen Fragestellungen zeitig einen offenen Diskurs zu führen.“³⁵⁰

War die Entscheidung der KL also aus kybernetischer Sicht falsch, 2012 die bedingte Öffnung der Pfarrhäuser für homosexuelle Paare zu beschließen?

Zum Synodalen Prinzip, dem sich die KL verpflichtet sah, gehört die Rede von der „Einmütigkeit“ von Entscheidungen, damit es in der Kirche nicht zu demokratischen Machtkämpfen kommt.³⁵¹ Bei Entscheidungen, in denen keine Einmütigkeit hergestellt werden kann, ist es laut HAUSCHILDT/POHL-PATALONG für eine KL geboten, entweder einen Kompromiss herbeizuführen oder „deutlich in eine Richtung hin zu entscheiden, aber ebenso klar der Minderheit Schutz einzuräumen.“³⁵² Auch im Fall des Kirchenleitungsbeschlusses von 2012 war nicht abzusehen, dass eine Synodalversammlung eine einmütige Entscheidung würde treffen können. Insofern scheint die Entscheidung der KL angemessen.

Außerdem wurde die Entscheidung nicht im luftleeren Raum getroffen, sondern auf Grundlage der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe. Laut HAUSCHILDT/POHL-PATALONG ist diese Verlagerung von „Debatten und Vorentscheidungen weg von den wenigen Synodalversammlungen hin zu Ausschüssen und noch mehr zu Projektteams aus Professionellen“³⁵³ nicht ungewöhnlich, auch wenn Konfliktpotential bestehe, wenn solche Ausschüsse „alternativlose Pläne“ vorlegen, die keinen Entscheidungsspielraum lassen.³⁵⁴ Aus Sicht dieser

³⁴⁸ ROTH: Gespräch ohne Prozess.

³⁴⁹ Vgl. ROTH/LIEBNER: Bischof von ganz außen.

³⁵⁰ KNITTEL: Erklärung zum „Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis“, 2. Laut dem „Sonntag“ war diese Formulierung sogar eine abgemilderte Form der ursprünglichen Vorlage, in der es noch „zeitiger“ geheißen haben soll, vgl. ROTH: Gesprächsprozess endet mit Abendmahl.

³⁵¹ Vgl. HAUSCHILDT/POHL-PATALONG: Kirche, 390.

³⁵² A. a. O., 390f.

³⁵³ A. a. O., 387.

³⁵⁴ Vgl. a. a. O., 392f.

Arbeit gibt es keinen Zweifel an der Gründlichkeit und Ausgewogenheit des Berichtes der Arbeitsgruppe, auch wenn die SBI sie in dieser Hinsicht kritisierte.

Kritikwürdig ist hingegen die wiederholte Behauptung der KL, man habe den Beschluss von 2001 „fortgeschrieben“.³⁵⁵ Damit stellte man sich nur halbherzig hinter die getroffene Entscheidung. In der Rezeption wurde dies nicht selten als Verschleierungsversuch gewertet.³⁵⁶ Faktisch wurde eine zentrale Regelung des alten Beschlusses durch die KL aufgehoben oder zumindest eingeschränkt.

4.2 Die formelle und inhaltliche Asymmetrie des Gesprächsprozesses

Der Konflikt innerhalb der sächsischen Landeskirche war im Grunde kein Konflikt zwischen „liberalen“ und „konservativen“ theologischen Auffassungen, sondern zwischen Pluralität und Ablehnung von Pluralität. Die SBI forderte, andere Ansichten als die eigene im Blick auf Homosexualität nicht innerhalb der kirchlichen Praxis zuzulassen, während die KL sich für ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Positionen einsetzte.

Die KL wollte mit dem GP nicht verschiedene Auslegungsvarianten diskutieren, sondern „ein vertieftes Kennenlernen“ und „Austausch und Begegnung zwischen Menschen“ ermöglichen.³⁵⁷ Die SBI-Gruppe konnte diese Rahmenbedingungen nicht akzeptieren, weil sie den vorausgesetzten Willen zur Pluralität nicht teilte; viele liberalere Kirchgemeinden sahen wiederum keine Notwendigkeit, gegen die SBI für die Existenzberechtigung ihrer theologischen Ansichten zu streiten.

Inhaltlich schlug sich diese Asymmetrie während des GP darin nieder, dass Mitglieder der SBI wiederholt Schriften veröffentlichten, die dem theologischen Gegner Irrtümer und sogar Irrlehren nachzuweisen versuchten, während es nur wenige Veröffentlichungen von Befürwortern des Kirchenleitungsbeschlusses gab. (Dafür, dass beispielsweise das Schriftverständnis der SBI als problematisch oder gar gefährlich abgelehnt wurde, gibt es nur wenig Belege.) Deshalb waren es schlussendlich maßgeblich nur Vertreter der KL selbst, die mit der SBI den GP führten. Die breitere kirchliche Basis hingegen war an diesem Konflikt nicht beteiligt. Trotzdem tat die KL stets so, als wäre die SBI ihr Partner, mit dem gemeinsam sie den Gesprächsprozess mit der Basis führt.

4.3 Die „Appeasement-Politik“ der Kirchenleitung

Es lässt sich fragen, ob ein solcher auf Verständigung angelegter GP der richtige Umgang mit einer evangelikalen Protestpartei ist. Die Grundhaltung der KL, dass auch die Ablehnung von Pluralismus in eine theologisch plurale Landeskirche integrierbar sein

³⁵⁵LKA: Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012.

³⁵⁶Vgl. SBI: Erklärung zum Kirchenleitungsbeschluss vom 21.01.2012, 1.

³⁵⁷LKA: Entwurf Konzeption Gesprächsprozess.

müsse, machte es ihr teilweise schwer, extremen Auswüchsen wie fundamentalistischen, homophoben oder Homosexualität pathologisierenden Argumentationen³⁵⁸ entschieden entgegenzutreten.³⁵⁹

Gleichzeitig entfremdete die KL mit dieser Strategie auch Teile der Landeskirche. Die grundsätzlich anerkennende Haltung der KL gegenüber sämtlichen Positionen im GP führte dazu, dass kaum eine Abgrenzung von theologischen Positionen geschah, die in einen Diskurs auf Augenhöhe nicht integrierbar waren. Insbesondere kam es kaum zu einer Inschutznahme homosexueller Menschen vor theologisch verbrämten homosexualitätsfeindlichen Angriffen. Die Folgen für das Vertrauen homosexueller Pfarrerrinnen und Pfarrer in die Landeskirche waren teilweise verheerend. Mehrere erklärten in Folge der Ereignisse ihren Wechsel in andere Landeskirchen;³⁶⁰ bis heute lebt keine einzige Pfarrerin oder Pfarrer eine homosexuelle Partnerschaft in einem sächsischen Pfarrhaus.³⁶¹

Einen ähnlichen Vorwurf muss sich auch die SBI gefallen lassen. In ihren offiziellen Stellungnahmen warb die SBI zwar meistens für ein gemäßigtes konservatives Profil, bot jedoch eine Plattform für Personen mit homophoben oder fundamentalistischen Ansichten, ohne dass eine offizielle Abgrenzung in diese Richtung oder eine theologische Reflexion dieses Umstandes stattgefunden hätte.

Gisa BAUER plädiert dafür, den Evangelikalismus als innerkirchliche „Neue soziale Bewegung“³⁶² zu verstehen, welche sogar „Indikator“ für die Vitalität einer Kirche sein kann.³⁶³ Wenn es stimmt, dass „[w]as heute von evangelikaler Seite kritisiert wird, [...] anderen Evangelikalen oder morgen denselben Evangelikalen als Identitätsmerkmal gereichen“³⁶⁴ kann, leuchtet die Strategie der KL möglicherweise langfristig ein. Die personellen Opfer, welche man dafür in Form von die Landeskirche wechselnden Pfarrerrinnen und Pfarrern darbrachte, können dadurch jedoch schwerlich aufgewogen werden.

Berücksichtigt werden muss, dass einschlägige kirchentheoretische Entwürfe für inhaltliches kirchenleitendes Handeln als maßgebliches Kriterium „Diskursivität“, also die „erkennbare Bemühung um die inhaltliche Verständigung *aller* Beteiligten [Herv. im Orig.]“³⁶⁵ ansetzen. Ein an und mit der kirchlichen Basis geführter Gesprächsprozess bleibt also grundsätzlich eine angemessene Form des Umgangs mit innerkirchlich-evangelikalen Protestbewegungen.

³⁵⁸Vgl. z.B. JACOB: Anmerkungen, 2.

³⁵⁹Die KL nahm das evangelikale Lager sogar teilweise vor solcher Kritik in Schutz, wie im Fall der Diskussion um STANGE: Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht, vgl. LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 5f.

³⁶⁰Vgl. ROTH: Mehr zusammen als getrennt.

³⁶¹Vgl. a. a. O.

³⁶²Vgl. BAUER: Bewegung, 32–34.

³⁶³Vgl. a. a. O., 674.

³⁶⁴DIES.: Die evangelikale Bewegung.

³⁶⁵HERMELINK: Kirchliche Organisation und das Jenseits des Glaubens, 226.

4.4 Der Status Confessionis

Ihre Grenze fand die theologische Nichteinmischung der KL in diesen Diskurs da, wo die Einheit der Kirche gefährdet wurde. Die KL erkannte die Dringlichkeit des Problems des „status confessionis“ allerdings nicht sofort. Sie hatte offenbar nicht erwartet, dass im Blick auf den status confessionis und die grundsätzliche Einheit der Kirche kein Konsens bestehen würde.³⁶⁶

In den Quellen findet sich das Stichwort des status confessionis zu Beginn nur in zahlreichen Texten der KL selbst, die erklärten, dass der status confessionis in der aktuellen Frage keine Rolle spiele, da es sich um eine ethische Frage handle.³⁶⁷ Landesbischof Jochen Bohl begründete das Nicht-Gegebensein des status confessionis sogar mit einem Zitat von Michael Diener, dem Vorsitzenden des evangelikalen Gnadauer Gemeinschaftsverbands:

„Diese Einsicht entfaltet der Präses des Gnadauer Gemeinschaftsverbandes, Pfarrer M. Diener in bemerkenswerter Klarheit: Zitat: ‚... die uns geschenkte Kircheneinheit, die weitreichende Übereinstimmung in Schrift und Bekenntnis, unser gemeinsames Erbe in Theologie und Praxis, unsere gegenseitig notwendige Korrektur und unser gemeinsamer Auftrag (können) nicht aufgrund dieser ethischen Frage aufgegeben werden.‘“³⁶⁸

Trotzdem protestierten Mitglieder der SBI von Anfang an mit unterschiedlicher Vehemenz gegen diese Feststellung. Der SBI-Synodale Johannes Berthold versuchte auf der Frühjahrssynode zu vermitteln und erklärte, dass ein status confessionis nur dann gegeben sei, wenn die KL eine ethische Norm verändere.³⁶⁹ Der Kirchenleitungsbeschluss sei in dieser Hinsicht allerdings „schwebend“.³⁷⁰

In offiziellen Mitteilungen der SBI wurde der status confessionis nie explizit ausgerufen, dennoch wurde diese Möglichkeit immer wieder angedeutet. Einzelne Mitglieder der SBI wie das Evangelisationsteam konkretisierten diese Ambivalenz dann in Richtung einer mehr oder weniger theologisch reflektierten Erklärung des status confessionis.

Die Zielsetzung des GP berücksichtigte die Frage des status confessionis nicht. Zwar war die Stärkung der Einheit der Kirche ein wichtiges Anliegen,³⁷¹ man war jedoch nicht

³⁶⁶ „Insofern erwies sich die Frage nach dem status confessionis als Teil des Problems, nicht als dessen Lösung.“ Vgl. LKA: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, 5.

³⁶⁷ Vgl. z.B. DRESSLER u. a.: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Kirchenleitung Homosexualität in biblischem Verständnis, 15.

³⁶⁸ BOHL: Erklärung.

³⁶⁹ „Insofern ist der status confessionis noch nicht bei der Frage der Sünde gegeben, wohl aber bei der autonomen Definition dessen, was Sünde sei oder nicht, und damit auch der Frage, was der Rechtfertigung bedarf oder was sich aus sich selbst heraus rechtfertigt. Einen Menschen zu töten bedeutet noch nicht den status confessionis. Aber die Streichung des Gebotes ‚Du sollst nicht töten‘ beträfe unzweifelhaft den Bekenntnisstand – auch für Lutheraner“, vgl. BERTHOLD: Gemeinsam unterwegs, 3f.

³⁷⁰ A. a. O., 5.

³⁷¹ Vgl. LKA: Entwurf Konzeption Gesprächsprozess, 1.

darauf vorbereitet, mit einer Erklärung des status confessionis oder einer Infragestellung der Kirchengemeinschaft umzugehen. Die Steuerungsgruppe agierte unter der Annahme, dass nur ein Missverständnis dazu führen könne, ein Beieinanderbleiben unmöglich zu machen. Dies war, wie die Steuerungsgruppe selbst eingestand, eine Fehleinschätzung.

Gleichzeitig war es aus kirchenleitender Sicht angemessen, die Rede von einem status confessionis oder gar separationis nicht vorschnell zu legitimieren. Die Einheit der Kirche hatte für die KL zurecht Priorität.

5 Ausblick

Der Gesprächsprozess der sächsischen Landeskirche zum Schrift- und Kirchenverständnis mag formal abgeschlossen sein, die dahinterliegenden Konflikte bestehen jedoch bis heute. Die knappe Wahl des SBI-Mitglieds Carsten Rentzing zum Landesbischof 2015 demonstrierte den Einfluss, den die SBI inzwischen in den landeskirchlichen Strukturen hatte – und aktivierte liberale Kräfte wie den Leipziger Pfarrer Christoph Maier, der gemeinsam mit Gleichgesinnten das liberale „Forum für Gemeinschaft und Theologie“ gründete, ein Gegengewicht zur Bekenntnis-Initiative.³⁷²

Die Lage hat sich für den Moment beruhigt. In einem aktuellen Interview schlug der jetzige Landesbischof Carsten Rentzing auch vorsichtig selbstkritische Töne an:

„Ich glaube, der Kompromiss [des KL-Beschlusses von 2012] wird längere Zeit Bestand haben. Es haben sich die Wogen geglättet, weil Befürchtungen nicht eingetreten sind. Vielleicht lag die KL nicht so falsch - ich gebe zu, dass ich selbst da skeptisch war und auch theologische Nachfragen hatte und habe. Aber ich glaube, dass man mittlerweile einen Modus Vivendi gefunden hat.“³⁷³

Es wird sich zeigen, ob der derzeitige „Modus Vivendi“ der Landeskirche auch bestehen bleiben wird, falls die KL demnächst einen Beschluss zur öffentlichen Segnung homosexueller Partnerschaften vorlegen wird, wie er seit einiger Zeit in Dresden diskutiert wird.³⁷⁴

³⁷²Vgl. NAUMANN: Sie halten dagegen.

³⁷³GRIGAT: „Wir müssen miteinander reden, auch wenn es wehtut“.

³⁷⁴Vgl. ROTH: Mehr zusammen als getrennt.

6 Abkürzungsverzeichnis

B KAE	Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“
BG	Ev.-Luth. Bekenntnisgemeinschaft Sachsen
CA	Confessio Augustana
DEA	Evangelische Allianz in Deutschland
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ET	Evangelisationsteam
GP	Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis
IKBG	Internationale Konferenz Bekenntender Gemeinschaften
KBG	Konferenz Bekenntender Gemeinschaften
KL	Kirchenleitung
KSBBB	Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis Bayern
LKA	Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsen
SBI	Sächsische Bekenntnis-Initiative

Sekundärliteratur

- BAUER, Gisa: Die evangelikale Bewegung. Eine theologisch-landeskirchliche Perspektive, in: Pfälzisches Pfarrerblatt, Sep. 2015, URL: pfarrerblatt.de/text_492.htm.
- DIES.: Evangelikale Bewegung und evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte eines Grundsatzkonfliktes (1945 bis 1989), 3. Aufl., Göttingen 2012.
- COCHLOVIUS, Joachim: Evangelische Allianz, in: TRE Online, hrsg. v. Horst Robert BALZ u. a., Bd. 10, Berlin, Boston 1982, URL: degruyter.com/view/TRE/TRE.10_650_48.
- GRESCHAT, Martin: Christliche Zeitgeschichte, in: Glauben und Lernen 22 2007, S. 24–27.
- HAUSCHILDT, Eberhard und Uta POHL-PATALONG: Kirche, Gütersloh 2013.
- HEMPELMANN, Reinhard: Evangelikalismus und Fundamentalismus. Zur Situation in Deutschland, in: zur debatte 5/2007, URL: kath-akademie-bayern.de/tl_files/Kath_Akademie_Bayern/Veroeffentlichungen/zur_debatte/pdf/2007/2007_05_hempelmann.pdf.
- HERMELINK, Jan: Kirchliche Organisation und das Jenseits des Glaubens: eine praktisch-theologische Theorie der evangelischen Kirche, 1. Aufl., Gütersloh 2011.
- JOEST, Wilfried: Fundamentalismus, in: TRE Online, hrsg. v. Horst Robert BALZ u. a., Bd. 11, Berlin, Boston 1983, S. 732–738, URL: degruyter.com/view/TRE/TRE.11_732_19.

Quellen

- ADAM, Christoph: Das Schriftverständnis und der Riss durch die Kirche, in: gemeindenetzwerk.org, 4. Apr. 2015, archiviert von archive.org, URL: web.archive.org/web/20150312145955/http://www.gemeindenetzwerk.org/?p=11976.
- AMBERG, Peter: Interview, Ohne Aufzeichnung, 1. Sep. 2016.
- BASCHANG, Klaus u. a.: Für die Freiheit des Glaubens und die Einheit der Kirche. Einladung zu gemeinsamem Zeugnis in sieben aktuellen Grundaussagen des christlichen Glaubens mit persönlicher Verpflichtung, einer Kurzfassung für die Gemeindearbeit und einem ausführlichen Kommentar, Aug. 2011, URL: bb-baden.de/pdf/Bek-Erkl.8-2011.pdf.
- BEKENNTNISBEWEGUNG KEIN ANDERES EVANGELIUM: Sächsischer Evangelist aus Kirche ausgetreten, in: Informationsbrief B KAE 273 2012, S. 3, URL: issuu.com/kein_anderes_evangelium/docs/kae273.
- BERTHOLD, Johannes: Gemeinsam unterwegs. Gegenwärtige innerkirchliche Herausforderungen angesichts der theologischen Unterscheidung von Gesetz und Evangelium, URL: evlks.de/doc/Gemeinsam_unterwegs_-_Vortrag_Synode_am_21._April_2012_Berthold.pdf.
- DERS.: Offener Brief, in: SGb 3.2011, 21. Apr. 2011, S. 18–19, URL: schneider-breitenbrunn.de/files/2011/05/pfarrerdienstgesetz-sgv.pdf.
- BERTHOLD, Johannes und Carsten RENTZING: Beitrag von Mitinitiatoren zu „Zeit zum Aufstehen“, in: Newsletter Sächsische Bekenntnis-Initiative 10, URL: bekenntnisinitiative.de/component/acymailing/archive/view/listid-1-mailinglist/mailid-25-10-newsletter/tmpl-component.html#InitiatorenZzA.
- BEUKERT, Jörg u. a.: Rückmeldung Gesprächsprozess Großhartmannsdorf u.a. URL: evlks.de/doc/Rueckmeldung_Gespraechsprozess_Grosshartmannsdorf_ua.pdf.
- BILZ, Tobias: Zur Stellungnahme des Evangelisationsteams, in: jugendfest.de, URL: jugendfest.de/gespraechststoff/literaturecke/beitrag_ausgabe.php?text=1806.
- BOHL, Jochen: Bericht des Landesbischofs, URL: evlks.de/doc/Vorlage_41_LB_Bericht.pdf.
- DERS.: Bericht des Landesbischofs, URL: evlks.de/doc/Vorlage_50_Bericht_des_Landesbischofs.pdf.
- DERS.: Erklärung des Landesbischofs anlässlich der Klausurtagung der Kirchenleitung am 20./21.01.2012 zum Umgang mit Homosexualität, 20. Jan. 2012, URL: evlks.de/doc/Erklaerung_des_Landesbischofs_zur_Klausurtagung_1-2012.pdf.
- DERS.: Erklärung des Landesbischofs zur „Stellungnahme“ des Evangelisationsteams, 11. Juni 2012, URL: evlks.de/aktuelles/nachrichten/19378.html.

- BOHL, Jochen: Geistliches Wort zum Auftakt des Gesprächsprozesses in der Landeskirche am Vorletzten Sonntag des Kirchenjahres, 2013, URL: evlks.de/doc/Geistliches_Wort_des_Landesbischofs_zum_Gespraechsprozess.
- DERS.: Wie ist die Bibel heute zu verstehen?, in: IdeaSpektrum 17/2013.
- COCHLOVIUS, Joachim: Liebe Aufbruch-Leser, in: Aufbruch. Informationen des Gemeindehilfsbundes Oktober 2012, S. 1–2.
- DIENER, Michael und Hartmut STEEB: Zeit zum Aufstehen, URL: zeit-zum-aufstehen.de.
- DRESSLER, Matthias u. a.: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Kirchenleitung Homosexualität in biblischem Verständnis, URL: evlks.de/doc/Abschlussbericht_komplett.pdf.
- EKD: Entwurf Kirchengesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse der Pfarrerrinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Deutschland, 7. Nov. 2010, URL: ekd.de/download/pfarrdienstgesetz.pdf.
- DIES.: Richtlinie des Rates über die Anforderungen der privatrechtlichen beruflichen Mitarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Diakonischen Werkes der EKD, in: ABl. EKD 2005, S. 413, URL: kirchenrecht-ekd.de/document/3144.
- EKVW: Ausführungsgesetz zum Kirchengesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse der Pfarrerrinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Deutschland, 15. Nov. 2012, URL: kirchenrecht-ekvw.de/document/26103.
- ENGE, Konstantin u. a.: Offener Brief junger sächsischer Theologinnen und Theologen an die „Sächsische Bekenntnis-Initiative“, URL: krause-schoenberg.de/gn_homosexualitaet_off_brief_theologiestud.pdf.
- DIES.: Unterstützer, archiviert von archive.org, URL: web.archive.org/web/20120229043041/http://offenerbrief-sachsen.de/.
- Evangelisch-Lutherische Gebetsbruderschaft, URL: gebetsbruderschaft.de.
- EV.-LUTH. BEKENNTNISGEMEINSCHAFT SACHSEN: Erklärung, 23. Jan. 2012, URL: bekenntnisgemeinschaft.de/content.php?id=32.
- EV.-LUTH. LANDESKIRCHENAMT SACHSEN: 26. Landessynode vor ihrer Frühjahrstagung. Synodale treffen sich vom 20. bis 23. April 2012 in Dresden, URL: evlks.de/landeskirche/landessynode/18842.html.
- DASS.: 800 Pfarrerrinnen und Pfarrer kamen zur Arbeitstagung zusammen, URL: evlks.de/aktuelles/themen/14895_16931.html.
- DASS.: Bericht über den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis, Feb. 2015, URL: evlks.de/doc/Bericht_zum_Gespraechsprozess_ueber_das_Schrift-_und_Kirchenverstaendnis_Endfassung.pdf.
- DASS.: Bericht vom 21. April 2012. Pfarrdienstgesetz, URL: evlks.de/landeskirche/landessynode/18842.html.

- EV.-LUTH. LANDESKIRCHENAMT SACHSEN: Bericht vom 22. April 2012. Fortsetzung der Ersten Beratung zum Pfarrdienstrecht und Anträge, URL: evlks.de/landeskirche/landessynode/18875.html.
- DASS.: Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012, 21. Jan. 2012, URL: evlks.de/doc/Beschluss_KL_2012-01-21.pdf.
- DASS.: Beschluss der Landessynode betreffend Antrag des Theologischen Ausschusses und des Rechtsausschusses vom 21. April 2012, URL: evlks.de/doc/Vorlage_Internet_DS_134.pdf.
- DASS.: Entwurf Konzeption Gesprächsprozess, unveröffentlicht, Sep. 2012.
- DASS.: Erklärung der 26. Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens zu § 39 des EKD-Pfarrdienstgesetzes und zum Beschluss der Kirchenleitung vom 21. Januar 2012, URL: evlks.de/doc/Erklaerung_der_Landessynode_zu_Paragrafen_39.pdf.
- DASS.: Fragebogen zum Verlauf des Gesprächsprozesses, unveröffentlicht.
- DASS.: Häufig gestellte Fragen im Zusammenhang mit der Diskussion um das Pfarrdienstgesetz und insbesondere der Frage des Zusammenlebens gleichgeschlechtlicher Partner im Pfarrhaus, URL: evlks.de/doc/Zur_Pfarrdienst-Diskussion.pdf.
- DASS.: Kirchgemeinden, URL: evlks.de/landeskirche/kirchgemeinden/.
- DASS.: Möglichkeiten der Beteiligung, archiviert von archive.org, URL: web.archive.org/web/20130119120804/http://www.evlks.de/publikationen/texte/20339.html.
- DASS.: Multiplikatoren für den Gesprächsprozess, URL: evlks.de/publikationen/texte/21163.
- DASS.: Sitzung der Kirchenleitung am 10. Oktober 2011, URL: evlks.de/landeskirche/kirchenleitung/17112.html.
- DASS.: Sitzung der Kirchenleitung am 19. August 2011, URL: evlks.de/landeskirche/kirchenleitung/16894.html.
- DASS.: Sitzung der Kirchenleitung am 20./21. Januar 2012 (Klausurtagung), URL: evlks.de/landeskirche/kirchenleitung/18157.html.
- DASS.: Sitzung der Kirchenleitung am 22. Oktober 2010, URL: evlks.de/landeskirche/kirchenleitung/15044.html.
- DASS.: Vorschlag für eine Fürbitte, archiviert von archive.org, URL: web.archive.org/web/20160823210606/http://www.evlks.de/doc/Vorschlag_Fuerbitte_Gespraechsprozess.
- DASS.: Zusammenarbeit mit Lutz Scheufler kann nicht fortgesetzt werden, URL: evlks.de/aktuelles/nachrichten/19884.html.
- GEIPEL, Gunther: Meine Antwort auf die 20 Thesen von OLKR Dr. Peter Meis. Ein Offener Brief, URL: bekenntnisinitiative.de/images/downloads/offener_brief_an_peter_meis.pdf.
- GEMEINDEHILFSBUND: Der Bruderrat, URL: gemeindehilfsbund.de/index.php?id=13.

- GLATZE, Michael: Er läßt größte Homo-Lüge platzen – Gründer von Young Gay America wurde Hetero, in: Katholisches.info Magazin für Kirche und Kultur, 1. Aug. 2013, archiviert von archive.org, URL: web.archive.org/web/20160419065843/http://www.katholisches.info/2013/08/01/er-last-groeste-homo-luge-platzen-grunder-von-young-gay-america-wurde-hetero/.
- GOTTER, Wilfried: Zwischenruf zur aktuellen Debatte, URL: zum-leben.de/aktuelles/v/a/zwischenruf-zur-aktuellen-debatte/.
- GRIGAT, Claudius: „Wir müssen miteinander reden, auch wenn es wehtut“, in: evangelisch.de, 23. Aug. 2016, URL: evangelisch.de/inhalte/137628/23-08-2016/sachsens-bischof-rentzing-klare-absage-fremdenfeindliche-gewalt.
- HEROLD, Mika J.: 20 Thesen zum Gesprächsprozess, zur Hermeneutik der Bibel und der Kirche OLKR Dr. Peter Meis, 12. November 2012, URL: bekenntnisinitiative.de/images/downloads/kommentar_zu_thesen_von_olkr_meis.pdf.
- IDEASPEKTRUM: Bekennende Gemeinschaften stellen sich hinter Scheufler, in: IdeaSpektrum, 9. Juli 2012.
- DIES.: Der Streit um homosexuelle Partnerschaften eskaliert: Kirche suspendiert Evangelisten, in: IdeaSpektrum 25/2012, URL: [lutz-scheufler.de/data/file/idea%2020_06_%20\(verschoben\)%201.pdf](http://lutz-scheufler.de/data/file/idea%2020_06_%20(verschoben)%201.pdf).
- DIES.: Evangelisationsteam Sachsen bekommt Verstärkung, in: IdeaSpektrum 4/2014.
- DIES.: Neue Entwicklung im Streit mit Evangelisationsteam, in: IdeaSpektrum 27/2012, URL: schneider-breitenbrunn.de/files/2012/06/sachsen-neue-entwicklung-im-streit-mit-evangelisationsteam.pdf.
- DIES.: Wenn ein Pfarrer seine eigene Frau vom Abendmahl ausschließen soll, in: IdeaSpektrum, 28. Aug. 2012.
- IKBG: Gaston Nogrady, URL: ikbg.net/de/andreas-wissmann.
- JACOB, Friedrich: Anmerkungen zu den 20 Thesen von OLKR Dr. Peter Meis zum Gesprächsprozess, zur Hermeneutik der Bibel und der Kirche, URL: bekenntnisinitiative.de/images/downloads/anmerkungen_dr_friedrich_jacob.pdf.
- JG DRESDEN: Was in Sachsen so abgeht: Der homophobe Gegenwind, URL: jgz.blogspot.de/2012/02/24/was-in-sachsen-so-abgeht-der-homophobe-gegenwind/.
- KÄHLER, Christoph: Thesen zur Einheit der Kirche. Vorgetragen zur Tagung der Multiplikatoren für den Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis am 23. Februar 2013 in Meißen, URL: evlks.de/doc/2013-02Einheit-Thesen_Kaehler.pdf.
- KIRCHENBEZIRK LEIPZIGER LAND: Auch unter Christen – Liebe zum gleichen Geschlecht, 27. Nov. 2011, URL: cvjm-leipzig.de/fileadmin/editor/pdf/Auch_unter_Christen-Liebe_zum_gleichen_Geschlecht_f%C3%BCr_Homepage_zum_Ver%C3%A4ndern.pdf.

- KIRCHGEMEINDE BAD ELSTER: Gemeinsamer Beitrag zum Verständnis und Umgang mit der Bibel, URL: evlks.de/doc/Gemeinsamer_Beitrag_zum_Verstaendnis_und_Umgang_mit_der_Bibel.pdf.
- KLIPPHAHN, Karsten: Aus unserer Arbeit – Schwerpunkt Pfarrdienstgesetz, Feb. 2012, URL: bekenntnisgemeinschaft.de/webdisk/File/PDF/Historie%20Sachsen.pdf.
- KNITTEL, Thomas: Erklärung zum „Gesprächsprozess zum Schrift- und Kirchenverständnis“, 17. Apr. 2015, URL: evlks.de/doc/a_42_TA_Gespraechsprozess_beschlossen.pdf.
- KÖBSCH, Tabea: Interview, Ohne Aufzeichnung, 15. Aug. 2016.
- KSBB: 4. Kirchliche Sammlungen um Bibel und Bek, URL: ksbb-bayern.de/535486992f07b4901/4kirchlichesammlungenumbibelundbekenntnis.html.
- LANDESV ERBAND LANDESKIRCHLICHER GEMEINSCHAFTEN SACHSEN: Klärendes Wort zur historisch-kritischen Forschung, in: Rundschreiben Nr. 8 CV 131,600.1 1974, URL: evlks.de/doc/Papier_LKG_1974_H1_Schrift_Abschrift1.
- Künneth-Preis für Lutz Scheuflers Gewissensentscheidung, in: MEDRUM Christliches Informationsforum, URL: medrum.de/content/kuenneth-preis-fuer-lutz-scheuflers-gewissensentscheidung.
- MEINEL, Frank: Einbringung der Vorlage 43 zum Pfarrdienstgesetz, 21. Apr. 2012, URL: bekenntnisinitiative.de/images/downloads/einbringung_vl_43_endfassung.pdf.
- MEIS, Peter: 20 Thesen zum Gesprächsprozess, zur Hermeneutik der Bibel und zur Kirche, URL: evlks.de/doc/Thesen_zu_Schriftverstaendnis_Hermeneutik_der_Bibel_und_zur_Kirche.pdf.
- DERS.: Zur Kritik an der von mir verfassten Thesenreihe und deren theologischen Voraussetzungen, URL: evlks.de/doc/Zur_Kritik_an_der_Thesenreihe_und_ihren_theologischen_Voraussetzungen.pdf.
- NAGEL, Wolfram: Streit um gleichgeschlechtliche Paare im Pfarrhaus, in: Deutschlandfunk, 28. Feb. 2012, URL: deutschlandfunk.de/streit-um-gleichgeschlechtliche-paare-im-pfarrhaus.886.de.html?dram:article_id=127766.
- NAUMANN, Uwe: Keine Erschütterungen, in: Der Sonntag, 8. Feb. 2013, URL: a.sonntag-sachsen.de/2013/02/08/keine-erschutterungen/.
- DERS.: Sie halten dagegen, in: Der Sonntag 2/2016, S. 5.
- NOGRADY, Gaston: Chronologie der Sächsischen Bekenntnis-Initiative, unveröffentlicht, 3. Apr. 2013.
- DERS.: Erklärung 144 sächsischer Kirchgemeinden zum „familiären Zusammenleben“ im Pfarrhaus, URL: weiterdenken.de/sites/default/files/downloads/ErklaerungKirchgemeinden.pdf.
- DERS.: Interview, Abschrift s. Anhang, 15. Sep. 2016.

- OASE DES GEMEINSAMEN LEBENS: Beitrag zum Gesprächsprozess in unserer Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens. Gemeinsame Erklärung zum Bibelverständnis und zu unserm Umgang mit der Heiligen Schrift, URL: evlks.de/doc/Erklaerung_zum_Bibelverstaendnis-Kurzoase_Mai_2014_A4.doc.pdf.
- DIES.: Resolution des Oasen-Begegnungstages zum Gesprächsprozess innerhalb der sächsischen Landeskirche, URL: evlks.de/doc/Resolution_des_Oasen-Begegnungstages_2013_10_06.pdf.
- DIES.: Über uns, URL: oase-des-gemeinsamen-lebens.de/index.php/ueber-uns/verein.
- DIES.: „Verstehst du, was du liest“ – Begegnungstag der Oasenarbeit 2012, URL: oase-des-gemeinsamen-lebens.de/index.php?option=com_content&view=article&id=87&catid=14.
- OESTERREICH, Nicole, Jan QUENSTEDT und Konstantin ENGE: Interview, Abschrift s. Anhang, 13. Sep. 2016.
- RAU, Andreas: Sonntag-Bilanzen, URL: derlaie.com/sonntag/index.php.
- DERS.: Thesen aus der Gemeinde, URL: kirche-auerswalde.de/index.php?option=com_content&view=article&id=76&Itemid=104.
- RENTZING, Carsten: Diskussionsbeitrag zur Schriftauslegung. Ein Vortrag, 2012, URL: bekenntnisinitiative.de/images/newsletter/referat_rentzing.pdf.
- DERS.: Einbringungsrede des Berichterstatters Syn. Dr. Carsten Rentzing zu Drucksache Nr. 134, 2012, URL: evlks.de/doc/Rede_Rentzing.pdf.
- DERS.: Thesenreihe zur Schriftauslegung und Einheit der Kirche, URL: bekenntnisinitiative.de/images/downloads/Thesen_Rentzing.pdf.
- REUTHER, Christine: Brücke über den Riss, in: Der Sonntag 18/2012, S. 1.
- DIES.: Ringen um die Einheit der Kirche, in: Der Sonntag 09/2013, S. 5.
- ROTH, Andreas: „Das ging unter die Haut“, in: Der Sonntag 35/2015, S. 3.
- DERS.: Erst hören, dann reden, in: Der Sonntag 30/2012, S. 3.
- DERS.: Gespräch ohne Prozess, in: Der Sonntag 16/2015, URL: sonntag-sachsen.de/2015/16/gespraech-ohne-prozess.
- DERS.: Gesprächsprozess endet mit Abendmahl, in: Der Sonntag 2015, URL: sonntag-sachsen.de/2015/gespraechsprozess-endet-mit-abendmahl.
- DERS.: Mehr zusammen als getrennt, in: Der Sonntag 36/2016, S. 1.
- DERS.: Sprechen und schweigen, in: Der Sonntag, 28. Feb. 2013, URL: a.sonntag-sachsen.de/2013/02/28/sprechen-und-schweigen/.
- DERS.: Verbotene Liebe, in: Der Sonntag 09/2011, S. 5.
- ROTH, Andreas und Ellen LIEBNER: Bischof von ganz außen, in: Der Sonntag 30/2015, S. 3.
- ROTH, Andreas und Stefan SEIDEL: Brücke in Gefahr, in: Der Sonntag 25/2012, S. 5.

- SÄCHSISCHE BEKENNTNIS-INITIATIVE: Antwortbrief der SBI auf den „Offenen Brief junger sächsischer Theologinnen und Theologen“, unveröffentlicht, Feb. 2012.
- DIES.: Bericht vom SBI-Tag am 4. Oktober 2014, URL: bekenntnisinitiative.de/141-bericht-vom-sbi-tag-2014.html.
- DIES.: Diskussion um die Thesen von Dr. Meis und Dr. Rentzing, URL: bekenntnisinitiative.de/gespraechsprozess/thesenreihen.html.
- DIES.: Erklärung zum Kirchenleitungsbeschluss vom 21.01.2012, URL: oase-des-gemeinsamen-lebens.de/pdf/erklaerung_zum_kirchenleitungsbeschluss.pdf.
- DIES.: Erklärung zur Stellungnahme des Evangelisationsteams, URL: bekenntnisinitiative.de/gespraechsprozess/stellungnahmen-der-bekenntnis-initiative/47-erklaerung-zur-stellungnahme-des-evangelisationsteams.html.
- DIES.: Gründung der Sächsischen Bekenntnis-Initiative, URL: bekenntnisinitiative.de/ueber-uns/7-gruendung-der-saechsischen-bekenntnis-initiative.html.
- DIES.: SBI-Tag 2015 – mit Predigt und Referat, URL: bekenntnisinitiative.de/185-sbi-tag-2015.html.
- DIES.: Sonstige Gesprächsbeiträge, URL: [bekenntnisinitiative . de / gespraechsprozess/sonstige-gespraechsbeitraege.html](http://bekenntnisinitiative.de/gespraechsprozess/sonstige-gespraechsbeitraege.html).
- DIES.: Stellungnahme zu den Beschlüssen der Landessynode, 24. Apr. 2012, URL: oase-des-gemeinsamen-lebens.de/pdf/stellungnahme_bekenntnis-initiative.pdf.
- DIES.: Treffen der SBI am 05.11.2012, URL: bekenntnisinitiative.de/index.php/de/start/69-thesenreihe.
- DIES.: Treten Sie mit uns in Kontakt, archiviert von archive.org, URL: web.archive.org/web/20140112203333/http://www.bekenntnisinitiative.de/kontakt.html.
- DIES.: Über uns, URL: bekenntnisinitiative.de/ueber-uns.html.
- DIES.: Wort der SBI zum Gesprächsprozess in unserer sächsischen Landeskirche, 21. Apr. 2015, URL: [bekenntnisinitiative . de / 176 - wort - der - sbi - zum - gespraechsprozess-21-05-2015.html](http://bekenntnisinitiative.de/176-wort-der-sbi-zum-gespraechsprozess-21-05-2015.html).
- DIES.: Zum weiteren Gesprächsprozess nach der Entlassung von Lutz Scheufler, in: Newsletter Sächsische Bekenntnis-Initiative 2, URL: bekenntnisinitiative.de/newsletter/archive/view/listid-1-mailinglist/mailid-15-2-newsletter/tmpl-component.html.
- DIES.: Zusammenarbeit von SBI und Ev.-Luth. Bekenntnisgemeinschaft, URL: [bekenntnisinitiative . de / 195 - zusammenarbeit - von - sbi - und - ev - luth - bekenntnisgemeinschaft.html](http://bekenntnisinitiative.de/195-zusammenarbeit-von-sbi-und-ev-luth-bekenntnisgemeinschaft.html).
- SCHEUFLER, Lutz: Stellungnahme zur Öffnung der Pfarrhäuser für homosexuell lebende Pfarrer, 1. Juni 2012, URL: gemeindenetzwerk.de/wp-content/uploads/2012/06/Stellungnahme-Evangelisaitonsteam.pdf.

- SCHMOLDT, Johannes u. a.: Warum Bibellesen? – Gedanken der Jungen Gemeinde Albernau zum Gesprächsprozess, URL: evlks.de/doc/Warum_Bibellesen_-_Gedanken_der_Jungen_Gemeinde_Albernau.pdf.
- SEIDEL, Stefan: Wir sollten einander respektieren, in: Der Sonntag 44/2012, S. 5.
- SLENCZKA, Reinhard: Theologisches Gutachten zum Verhältnis von geistlicher Leitung und rechtlicher Verwaltung der Kirche, erstattet auf Bitten von Herrn Lutz Scheufler, Jugendevangelist beim sächsischen Landesjugendpfarramt und Teamleiter, für das Verfahren um dessen Suspendierung vom 13. Juni 2012 und Dienstentlassung vom 7. September 2012, URL: lutz-scheufler.de/data/file/Scheufler,%20Lutz_Sachsen%202012.pdf.
- DER SONNTAG: Startkapital für ein Gespräch, in: Der Sonntag 18/2012, S. 5.
- DERS.: Unternehmer fordern Rücktritt des Bischofs, in: Der Sonntag 04/2013, S. 6.
- DERS.: Der Sonntag lädt ein: Kirche im Gespräch, in: Der Sonntag 04/2013, S. 6.
- DERS.: Wir müssen reden. Der im April vereinbarte Gesprächsprozess über das Bibelverständnis nimmt Fahrt auf, in: Der Sonntag 44/2012, S. 5.
- DERS.: Die Schrift und die Gelehrten, in: Der Sonntag 04/2013, S. 9.
- DERS.: Kein Kompromiss, in: Der Sonntag, 16. Jan. 2013, URL: a.sonntag-sachsen.de/2013/01/16/kein-kompromiss/.
- DERS.: 4,354 Lesermeinungen zu „Erst hören, dann reden“, 19. Juli 2012, URL: a.sonntag-sachsen.de/2012/07/19/erst-horen-dann-reden/#comments.
- STANGE, Jennifer: Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht, 2014, URL: weiterdenken.de/sites/default/files/evangelikale_download_2014-08-19.pdf.
- STEEB, Hartmut: „Zeit zum Aufstehen – wohin die Reise gehen muss“ – Zur Situation in Deutschland und Auswirkungen auf Sachsen, 4. Okt. 2014, URL: bekenntnisinitiative.de/images/downloads/Chemnitz_HS_2014.pdf.
- TEILNEHMER DER HERBSTSTRÜTZZEIT 2014 DER EVANG.-LUTH. BEKENNTNISGEMEINSCHAFT: Beitrag zum Gesprächsprozess der Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens, unveröffentlicht, 2014.
- VELKD: Empfehlung der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für den dienstrechtlichen Umgang mit Eingetragenen Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften von Pfarrern und Pfarrerinnen gemäß Artikel 9 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung der VELKD, in: Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands Band VII, Stück 19, Nr. 176 2004.
- WILCKENS, Ulrich: Zur Debatte über den offenen Brief der acht Altbischöfe. Antwort an Jürgen Ebach, URL: medrum.de/content/zur-debatte-ueber-den-offenen-brief-der-acht-altbischoefe.
- WILCKENS, Ulrich u. a.: Der offene Brief der Altbischöfe gegen homosexuelle Pfarrerspaaire, 2012, URL: evangelisch.de/inhalte/103197/13-01-2011/der-offene-brief-der-altbischoefe-gegen-homosexuelle-pfarrerspaaire.

ZÜHLKE, Friedhelm und Tobias LANDGRAF: Erklärung des Kirchengvorstands Auerswalde zur gegenwärtigen Situation, URL: kirche-auerswalde.de/index.php?option=com_content&view=article&id=75&Itemid=104.

(Sämtliche URLs zuletzt besucht am 22. 08. 2016.)

Anhänge

Interview mit Nicole Oesterreich, Jan Quenstedt und Konstantin Enge

Geführt von Maximilian Melzer an der Theologischen Fakultät Leipzig am 13.09.2016.

Erzählt mal, wie alles begann.

Nicole Oesterreich: Wir waren alle in der Examensvorbereitung [...] Es fing damit an, dass ich von Hanna [Schramm] einen Hinweis auf den „Offenen Brief“ der Leipziger bekam. Daraufhin haben wir darüber diskutiert. [...]

Jan Quenstedt: Ich habe dann einen ersten Entwurf geschrieben.

Euer Text erschien ja erst nach Gründung der SBI. „Unter Christen“ kam noch vorher.

N. Oesterreich: Genau. Ich habe einen längeren Email-Wechsel mit Cornelia Ruthendorf-Przewoski gefunden. Wir haben uns über den Theologiestudierendenstammtisch damals kennengelernt. Und mit ihr und Hanna gab es damals ziemliche Diskussionen über die Initiative der Leipziger. Wir haben dann alle unterschrieben. Dann haben wir auf den KL-Beschluss gewartet und kurz danach kam diese furchtbare Verlautbarung der SBI. Da dachten wir: Die haben doch alles falsch verstanden, beziehungsweise falsch verstehen wollen! Das wollten wir nicht auf uns sitzen lassen.

Aber ihr setzt euren Text schon in Bezug zu dem Papier aus dem Leipziger Land?

N. Oesterreich: Das war nur der Zugang zum Thema. Damit begannen die Diskussionen, beim Kaffee, beim Mittagessen [...]. Es waren ja nicht nur wir vier, die hier sitzen und Mandy Rabe, sondern einige andere Personen im Hintergrund, die daran mitgewirkt haben. Wir waren schon eine kleine Gruppe.

J. Quenstedt: Wir hätten nichts geschrieben, wenn nicht die SBI in so eklatanter Weise den Beschluss hätte falsch verstehen wollen. Das merkt man ja auch wirklich, die sprachen davon, dass jemandem etwas aufoktroziert wird. Die Synode mache es sich einfach und lege die Last den Gemeinden auf, die sich dann entscheiden müssen. Eigentlich nahm die Synode damit den reformatorischen Gedanken auf, dass die Entscheidung nicht „von oben“ kommt, sondern die Gemeinden selbst frei entscheiden konnten, ob sie einen Kandidaten nehmen wollen oder nicht. Aber in der SBI-Lesart klang das ganz anders. Ich war 2012 im Gemeindepraktikum in Annaberg-Buchholz. Da wurde das auch so verstanden und tradiert: Die KL würde sich in Sicherheit wiegen und die Hände in den Schoß legen und die Gemeinden seien die, die sich damit herumschlagen müssen.

Konstantin Enge: Als wir den Brief geschrieben haben, das ging ja recht schnell, war ich gerade im Erzgebirge zu Hause. Wir haben online daran gearbeitet. Das was du von Annaberg sagst, kann ich aus eigener Anschauung bestätigen. Es wurde – das haben wir auch in unserem zweiten Schreiben moniert – wirklich mit Bauernfänger-Methoden gearbeitet. In der Landeskirchlichen Gemeinschaft, in die ich zeitweise ging, war der KL-Beschluss als solcher nicht zugänglich und es wurde nur bei den Abkündigungen darauf hingewiesen, dass die Landeskirche ja jetzt die Pfarrhäuser für homosexuelle Pfarrerinnen und Pfarrer geöffnet habe und das sei ja nicht in Ordnung und alle sollen mal bitte da hinten auf der Liste unterschreiben. Das Bild, das die Gemeindeglieder dort hatten, war völlig verzerrt. Normalerweise würde man ja bei so einer

Unterschriftenaktion gegen irgendeinen Beschluss diesen Beschluss mit dazulegen, damit jeder gucken kann, was eigentlich darin steht und ob man wirklich dagegen ist. Und das hat einfach nicht stattgefunden.

J. Quenstedt: Es war tatsächlich in Annaberg so, dass nur noch die Liste da lag, nicht einmal mehr der Text von der SBI. Viele haben nicht unterschrieben um ihre Meinung auszudrücken, sondern damit der Beschluss zurückgenommen wird. Viele dachten, das ist jetzt Basisdemokratie und man könne den Beschluss wieder kippen.

N. Oesterreich: Was uns auch gestört hat war, dass die Sache derart zum Bekenntnisstand erhoben wurde. Ich kenne das aus meiner Heimatgemeinde, wo Karsten Klipphahn lange Zeit gewirkt hatte. Da hieß es: Wer ein richtiger Christ ist, muss hier unterschreiben. Es ging gar nicht mehr um die Sache, ob Partner von homosexuellen Pfarrern einziehen dürfen sollen oder nicht – das war völlig irrelevant. Es ging nur noch darum: „Für die Schrift musst du hier unterschreiben!“ Es wurden ganz andere Dinge zur Diskussion gestellt, als die, um die es eigentlich ging. Und innerhalb von Tagen entwickelte sich eine erstaunliche Energie dahinter.

J. Quenstedt: Ich weiß gar nicht, wie das war mit den Unterschriften [unter unserer Stellungnahme].

K. Enge: Das war am Anfang gar nicht so intendiert, aber es haben dann Leute angefragt wie sie das unterstützen können. Wir hatten das nicht geplant.

J. Quenstedt: Wir fanden die Unterschriftenaktion von der SBI blödsinnig und wollten etwas dagegensetzen. Aber Leute haben gefragt, wie sie ausdrücken können, das sie das gut finden. Und dann gab es halt die Unterschriftenliste. Wir hatten auch Angebote, das ganze auf eine größere Basis zu stellen. Jemand aus dem Leipziger Land wollte eine Homepage bauen. Aber das wurde ad acta gelegt, weil wir das nicht wollten. Es war kein Wettstreit, wer die meisten Unterschriften kriegt, sondern es war ein Mahnruf, dass man bei der Sache bleibt und das nicht so verkürzt. Darum ging es uns, und nicht darum, stimmen zu fangen.

K. Enge: Superintendent Weismann aus dem Leipziger Land hatte damals Kontakt mit uns aufgenommen und uns eingeladen.

N. Oesterreich: Mandy und ich waren dort zusammen mit Synodalpräsident Guse, Herrn Weismann und noch jemandem. Wir haben uns in Borna getroffen, im Regionalkirchenamt, und über die Sache diskutiert. Mandy und ich wurden gefragt, wie es dazu kam und haben viel Unterstützung bekommen. Wir wurden auch gefragt, wie man so eine Diskussion besser führen könnte. Herr Guse hatte schon wahrgenommen, dass es Frontstellungen gab und es sich abzeichnete, dass das eine einzige Schlammschlacht werden würde. Die Kirchenleitung hat einen Weg gesucht, wie sie das wieder einfängt. Dafür hat sie uns nach unserer Meinung gefragt. Mandy und ich haben das damals als sehr positiv erlebt.

J. Quenstedt: Das war vielleicht das Hauptproblem, dass von Seiten des Landeskirchenamtes wenig Kommunikation betrieben wurde. Hätte man das ganze offensiver betrieben und kommuniziert, sodass nicht die SBI als Abkündigung kommt sondern der KL-Beschluss, wäre viel Porzellan heil geblieben. Das LKA hatte seinen Weg wie immer genommen mit einer Pressemitteilung und dem „Sonntag“, der da mal nachfragt. [...] Man hätte Rede und Antwort stehen müssen und dafür sorgen müssen, dass der KL-Beschluss wiedergegeben wird und nicht nur die Lesart der SBI. [...]

N. Oesterreich: Das zweite Problem war ja, dass die AG [Homosexualität in biblischem Verständnis] schon vorher gescheitert war. Und dieses Papier – wer ist da zurückgetreten? Die hatten dort einen SBI-nahen Menschen dabei. Im Abschlussbericht fehlt ein Teil, weil derjenige seinen Beitrag zurückgezogen hatte. Das war die Vorgeschichte; die AG war schon auseinandergefliegen. Derjenige war dann in der SBI und sagte, der KL-Beschluss sei nicht ordentlich gewesen, weil die AG sich uneinig war. Da habe ich damals noch mit Herrn Lux darüber diskutiert. [...] Wir haben auch viele Nebenschauplätze persönlich geführt, jeder in seiner Heimatumgebung.

K. Enge: Teilweise war das interessant. In meiner Heimatgemeinde ist es seit Jahrzehnten übliche Praxis, dass jemand aus der Landeskirchlichen Gemeinschaft im Kirchenvorstand sitzt und eine Schnittstelle bildet. Damals war das ein relativ junger, der mir eine freundliche Email schrieb, dass er unseren offenen Brief nicht gut fand. Ich musste ihm erst einmal schrittweise klar machen, dass er als Kirchenvorsteher eigentlich das Gewicht hat. Solange die Praxis aufrecht erhalten würde, dass jemand aus der Gemeinschaft im Kirchenvorstand sitzt, konnten sie jederzeit blockieren, dass dort jemand ins Pfarrhaus kommt. Aber dieses Argument zog nicht, weil die das nicht aushalten können, dass das *irgendwo* in der Landeskirche möglich sein könnte. Das eigene Pfarrhaus können sie vielleicht verteidigen, aber wenn in Borna ein Homosexueller im Pfarrhaus ist, sei das genauso schlimm wie wenn er bei ihnen im Pfarrhaus wohnt.

N. Oesterreich: In meiner Gemeinde war es noch viel schlimmer. Da war damals Katrin Jell. Das war eine der Personen, um die es tatsächlich ging, die dafür gekämpft haben, mit ihrem Partner im Pfarrhaus wohnen zu dürfen. Die hat das damals sehr persönlich genommen. [...] Mandy, Konsti und ich waren in Stollberg bei einem Gemeindeabend.

K. Enge: Dort fand eine Podiumsdiskussion statt. Nicht vom „Sonntag“, aber vom Format her ähnlich.

N. Oesterreich: Dort haben wir Peter Meis getroffen und uns mit ihm unterhalten. Wir hatten uns immer gewundert, warum es keine Reaktion von der Landeskirche [auf unseren Brief] gab. Es kam nur durch Einzelpersonen in privaten Gesprächen raus, dass sie sich durchaus darüber gefreut hatten. Aber sie hatten sich nie getraut, irgendjemanden zu unterstützen, weil sie dann das Gefühl hätten, sie würden sich auf eine Seite schlagen. Dieses Verhalten fand ich damals auch ziemlich problematisch. Man fällte einen KL-Beschluss und zog sich dann einfach zurück. Man stellte irgendetwas in die Mitte und sagte: Jetzt streitet euch drum.

K. Enge: Das LKA hat die Politik verfolgt: Der Beschluss und die Diskussion sind da, nun muss die Synode übernehmen. Sie hatten unterschätzt, welche Dynamik die Diskussion in den ersten Wochen bekam. Da hätten sie die Chance gehabt, mehr zu moderieren und ihren Standpunkt deutlich zu machen. Dafür war es dann zu spät. Es war durch den Synodenbeschluss nicht mehr einzufangen, was in den ersten Wochen passiert war.

N. Oesterreich: Ich glaube, sie haben auch das evangelikale Netzwerk unterschätzt. Auch uns ist das damals erst aufgegangen, wie gut die organisiert sind.

J. Quenstedt: Die landeskirchlichen Gemeinden, die da reihenweise unterschrieben haben, wie auch immer das passiert ist.

K. Enge: Durch Kirchenvorstands-Beschluss. Es gab aber auch etliche Pfarrer, die sich extra haben ausklammern lassen. In unserer Nachbargemeinde stand explizit drin: Kirchgemeinden Gornsdorf und Auerbach – in Klammern: außer Pfarrer Görner und Pfarrer Lorenz – oder so.

N. Oesterreich: In meiner Gemeinde war das auch so. Der Kirchenvorstand war dafür, weil das alles Klipphahn-Anhänger waren, und der neue Pfarrer wurde einfach überstimmt. Dieses evangelikale Netzwerk war unglaublich aktiv und hat die Pfarrer in ihren Heimatgemeinden völlig überrannt. Die waren da nicht drauf vorbereitet. Die meisten Pfarrer lasen auch den „Sonntag“ nicht, hatten also von Leipzig höchstens mal irgendwie gehört. Mein Gefühl war, dass die Infos in nicht-ganz-so-evangelikalen Gemeinden viel zu spät ankamen. Da war das Kind schon lange in den Brunnen gefallen.

K. Enge: Die Multiplikatoren in den Kirchenbezirken waren eine schöne Idee, nur hätte es die schon drei, vier Monate eher gebraucht. Und die hätte man auch gefunden, es gab überall Pfarrer, die das sehr wach und interessiert verfolgten und die zum Beispiel geschafft haben, ihren Kirchenvorstand zu überzeugen, die SBI-Liste nicht zu unterschreiben.

N. Oesterreich: Dafür braucht es aber Informationsvorlauf, und der was an vielen Stellen nicht gegeben. Letztendlich war die Frontstellung nicht mehr: Wir sind für oder gegen den KL-Beschluss, sondern: Wir sind für die Schrift und ihr seid dagegen. Dementsprechend war es dann schwer, auf Basis des KL-Beschlusses irgendetwas zu diskutieren, denn darum ging es nicht mehr. [...] Ein Kommentar von [einem ein Mitglied des LKA] ist mir noch im Kopf. Er meinte

mal, die fünf Leute, die das betrifft, könne er an einer Hand abzählen und die könnten alle zu den Preußen gehen. Das hat er so gesagt, nach dem Motto: Eigentlich betrifft uns das hier nicht. Diese Meinung war weiter in kirchenleitenden Kreisen weiter verbreitet als gut war. [...]

J. Quenstedt: Wir haben es im letzten halben Jahr gesehen, dass zwei homosexuelle Paare Sachsen verlassen haben.

N. Oesterreich: Zu sagen, es betreffe nur ein paar Leute und wir müssten kein großes Fass aufmachen, hat die ganze Sache völlig unterschätzt. Es gab viel zu wenig Werbung und keine Lobbyarbeit – im Gegensatz zur SBI – in den Gemeinden. Die haben das einfach unterschätzt. [...] Sie haben nicht für den Kirchenleitungsbeschluss geworben, im Sinne von: Wir übertragen euch als Gemeinden die Verantwortung, und es ist uns wichtig, dass ihr in euren Gemeinden mit euren Pfarrern klarkommt. Das ist einfach nicht passiert.

K. Enge: Nehmen wir mal das Beispiel Kinderabendmahl: Wo die Landeskirche eine Riesen-Initiative startete um jahrelang die Gemeinden vorzubereiten und Kirchvorsteher zu Entscheidungen zu befähigen. [...] Das Erschreckende ist eigentlich, dass bei der Frage Homosexualität die ethische oder zwischenmenschliche Komponente völlig ausgeblendet wurde. Beim Abendmahlsverständnis kann man sagen, dass es ein Lehrinhalt ist und schwer zu verstehen. Aber dass bei dieser Frage die Menschen, die es betrifft, völlig ausgeblendet wurden – das habe ich aus der Leipziger Diskussion in der Bethanienkirche so in Erinnerung, dass Ulrike Franke aufstand und sprach und auch jemand sagte, dass wäre jetzt unfair, wir wollen doch über *die Sache* diskutieren. Das finde ich menschenverachtend, da kann man den Kampfbegriff wirklich mal verwenden. [...]

N. Oesterreich: Was bei mir bleibt von diesen ganzen Diskussionen ist Resignation, weil man weder mit universitärer Theologie noch mit Gemeindeftheologie noch mit irgend logischen Argumenten etwas erreichen konnte. Letztlich konnte man mit Angst Leute fangen ohne Ende, sie dann wieder vom Gegenteil zu überzeugen ist unmöglich. [...] Wir hatten damals eine Diskussion in der Nikolaikirche. Da hat jemand gesagt, dass es zu DDR-Zeiten ein gemeinsames Feindbild gab und deshalb die sächsische Landeskirche gut zusammen funktioniert hat. Dieses Feindbild ist jetzt weggefallen. Viele brauchen das Gefühl, sich an irgendetwas abarbeiten zu können um an ihre eigene Identität zu kommen. Deshalb haben wir heute solche Grabenkämpfe. [...]

Was war eure Einschätzung von der SBI insgesamt? Euer Text ist mit der SBI-Stellungnahme hart ins Gericht gegangen. Die SBI war in meinen Augen jedoch auch ein mäßigendes Element.

K. Enge: Zumindest haben sie dazu beigetragen, dass es relativ wenige Austritte gegeben hat. Weil die SBI immer gesagt hatte: „Bleiben Sie in der Kirche!“ Ich kenne ein paar Beispiele, aber es gab wirklich wenige Austritte in Folge dieser Debatte. Das war in anderen Landeskirchen, wo die Debatte vor 30 Jahren gelaufen ist, teilweise anders. [...]

J. Quenstedt: Sie haben sich als Hüter der Tradition und der Schrift angesehen, und waren aber in dem ganzen erstens nicht kritikfähig – man sah, dass Kritik verpuffte – und zur Diskussion nicht bereit oder nicht fähig. Wirklich auf unsere Aussagen eingegangen sind sie nicht. [...]

Interview mit Gaston Nogrady

Telefonisch geführt von Maximilian Melzer am 11.09.2016.

Wussten Sie beim Verfassen der Markersbacher Erklärung, dass die Kirchenleitung bereits mit einer AG daran arbeitete, den Kirchenleitungsbeschluss von 2001 zu evaluieren?

Das war einer der Auslöser für meine Initiative. Ich hatte von Leuten aus dieser AG gehört, die traurig waren und sagten: Die andere Seite macht stark Druck und eine starke Lobbyarbeit, aber von den frommen Gemeinden auf dem Land kommt gar nichts, die sind still und lassen sich alles gefallen, von daher wird das wohl alles so durchkommen.

Normalerweise bin ich nicht der Typ, der groß Kirchenpolitik macht oder der so laut ist, aber ich dachte: das kann nicht sein, dass sich Minderheiten vor die Mehrheiten schieben. Da habe ich versucht, darauf zu rekurrieren und den fahrenden Zug zu bremsen – der bereits in diese andere Richtung ging. Das war in der Besetzung der AG deutlich, die mehrheitlich mit Befürwortern der Öffnung besetzt war.

Als dann die SBI gegründet wurde, hat sie in ihrer Gründungserklärung erklärt, dass sie den Bericht der AG zur Kenntnis nimmt und der Kirchenleitung für ihre Mühen dankt, aber dem Ergebnis des Berichts „nicht zustimmen“ kann. Warum genau konnte die SBI dem Bericht der AG nicht zustimmen?

Ich versuche mich daran zu erinnern. Es war so, dass auch letztlich der AG-Bericht leider von vornherein klar war – das hing mit der Zusammensetzung der AG zusammen, die mehrheitlich mit Befürwortern einer Öffnung besetzt war. Es gab ja ein Minderheitenvotum von Dieter Keucher, das im Anhang erwähnt wurde. Von daher war das relativ klar. Die Positionen waren eigentlich schon klar, es war eine Frage, wie die Gremien zusammengesetzt waren.

Der AG-Bericht handelte von zwei verschiedenen Positionen, die Konsense und Dissense formulierten.

Dagegen war auch nichts einzuwenden. Aber wie man mit den Dissensen umgeht, dass ist dann die Frage. Die Dissense waren ja gravierend, die da am Ende standen. Insofern hat diese AG unterm Strich auch nicht soviel gebracht.

Die AG formulierte am Ende, dass es diese beiden Verstehensmöglichkeiten gibt, die sich zwar widersprechen, aber auch nicht aufgelöst werden können und deswegen beides nebeneinander stehen muss.

Ja, aber vor dem Hintergrund des status quo bedeutete das die Öffnung.

Also ging es weniger um die inhaltliche Arbeit der AG als um das Ergebnis?

Ja. Mit dem Nebeneinanderstellen müssen wir letztlich auch leben. Aber das war das Neue, was mit der AG kam: Das gleichwertige Nebeneinanderstellen der beiden Positionen. Vorher gab es ja nur die konservative Position von 2001, die das nicht zugelassen hat.

Nun hatte die AG ja nicht nur über die Öffnung geredet, sondern hatte die Aufgabe, den Kirchenleitungsbeschluss von 2001 zu evaluieren. Die SBI hat immer wieder darauf hingewiesen, dass es aus ihrer Sicht keinen Bedarf gab den 2001er Beschluss zu evaluieren, sondern dass dieser ein sehr guter Beschluss war mit dem man gut gefahren war. War nicht der Beschluss von 2001 auch schon ein großer Kompromiss?

Doch, das war er, weil damit bestimmte Pfarrämter für homosexuelle Pfarrer geöffnet wurden, z.B. Sonderpfarrämter. Deshalb sagten wir auch: Bis dahin, soweit können wir mitgehen, was darüber hinausgeht würde die Spannung aufs Unerträgliche erhöhen.

Also kann man es eher als eine strategische Forderung verstehen, wenn die SBI sagt, dass sie auf den 2001-Beschluss beharren will?

Ja. Auch in der Frage des Maßes. Es ist gerade so erträglich.

Warum hat auf der Frühjahrssynode 2012 kein Synodaler von der SBI einen Antrag auf Rücknahme des Kirchenleitungsbeschlusses gestellt?

Ich selbst war damals nicht in der Synode. Es hat, glaube ich, eine Irritation geherrscht. Es war eine Frage der Interpretationshoheit. Es kam erst nachher eine gewisse Ernüchterung über das Ergebnis der Frühjahrssynode auf, was auch mit der Darstellung der Synode in den Medien zusammenhing. Die Deutungshoheit solcher Beschlüsse – das mussten wir auch lernen – ist manchmal genauso wichtig wie der Beschluss selbst, nämlich die Öffentlichkeitswirkung, wie es in den Gemeinden ankommt. Da gab es eine ziemliche Diskrepanz. Ich weiß noch, dass einige Synodale ziemlich begeistert waren von dem, was bei der Frühjahrssynode herauskam und dachten, jetzt kommt alles auf einem guten Weg. Falk Klemm wurde im „Sonntag“ auf einem Foto in ganz begeisterter Pose abgebildet. So war damals die Atmosphäre. Deswegen sah man das nicht kritisch und stellte keine Anträge.

Wir waren der Auffassung, jetzt gibt es eine Art Moratorium und es wird jetzt im Hören auf Gottes Wort alles in Ruhe bedacht und alles wird gut werden. Aber dann waren wir doch ziemlich enttäuscht, wie die Landeskirche das an die Presse weitergegeben hat, wo dann nur noch stand: „Die Öffnung der Pfarrhäuser“. Das hat dann wiederum zur Reaktion von Lutz Scheufler geführt. Der hat das ganz anders gesehen als Teile von uns das gesehen haben, dass er so scharf reagierte.

Verstehe ich richtig, dass es in der SBI Spannungen gab zwischen Synodalen und den restlichen Mitgliedern, wie der Kompromiss auf der Synode aufgefasst werden sollte?

Nicht zwischen Synodalen und dem Rest, sondern es gab Irritationen oder Verstehensschwierigkeiten, wie das auf der Synode Geschehene zu verstehen sei. Damit wussten wir anfangs nichts anzufangen und da gab es welche, die neigten eher den positiven Reaktionen der Synodalen zu, die sagten, es sei jetzt ein sehr hoffnungsvoller Weg und das Positive überwiege und der GP sei ja auch eine gute Sache. Die Kritiker unter uns, unter der Spitze Lutz Scheuflers, sagten nicht zu unrecht: „Was ist denn das für ein GP, wo am Anfang schon das Ergebnis steht?“ Von Vertretern der Landeskirche wurde immer wieder betont: Wir gehen hinter den Beschluss vom Januar 2012 nicht zurück. So ein Ergebnis müsste eigentlich am Ende stehen. Das war eine Schwierigkeit, die den GP belastet hat.

Es gab Unklarheiten auch in der Synode, was genau der GP erreichen soll.

Genau diese Unklarheiten spiegelten sich dann auch bei uns wider, dass es unterschiedliche Interpretationen gab.

Die SBI hat nach der Synode einen Stellungnahme herausgegeben, die den Synodenbeschluss einen „inneren Widerspruch“ nannte.

Genau, das war nach einer ersten Reflexionsphase.

Warum war die SBI mit dem Ergebnis der Synode unzufrieden, obwohl der Beschluss der Synode nur zwei Gegenstimmen hatte? Die Diskrepanz fällt auf.

Es muss auf der Synode eine mitreißende Atmosphäre gegeben haben. Dass man miteinander geistlich gerungen hat, hat alle sehr beeindruckt und viele mit großer Hoffnung erfüllt. Keiner wollte die schöne Atmosphäre durch eine Gegenstimme in Frage stellen. Es kam danach eine Art Katerstimmung auf, bedingt durch Pressemeldungen und die Art, wie die Landeskirche das nach außen kommuniziert hat.

Besonders einige Landeskirchliche Gemeinschaften kritisierten die SBI öffentlich dafür, auf der Synode einen Kompromiss eingegangen zu haben. Wie stand das SBI-Leitungsteam zu diesen Vorwürfen.

Wir konnten das verstehen. Weil ich die Synode nicht miterlebt hatte war ich auch unglücklich über das Ergebnis und das Fehlen der kritischen Stimme.

Ich weiß noch, ich musste in dieser Zeit viele Interviews führen und es wurde mir berichtet, dass auch Pressevertreter auf der Synode waren, und als klar wurde, es würde nicht zum Auseinanderbrechen kommen, sind die alle weggegangen. Die Öffentlichkeit hatte Neugierde, ob es zum Bruch kommen würde in der Kirche. Aber das war unser aller Wunsch und Überzeugung, dass es zu keinem Bruch kommen sollte. Uns war die Einheit der Kirche ganz wichtig.

Am Ende konnte ich das Ergebnis der Synode aber auch nur mit Bauchschmerzen mittragen, hatte aber Hoffnung, dass im GP vielleicht doch noch etwas zu erreichen sei und dass es eine geschenkte Zeit ist. Unabhängig von den Ergebnissen war mir wichtig, die Gemeinden zu sensibilisieren. Auch die Markersbacher Erklärung sollte die Gemeinden dazu bringen, sich mit diesen Sachen zu beschäftigen und eine mündige Entscheidung zu treffen. Den GP haben viele von uns als Chance gesehen.

Gab und gibt es in der SBI Diskussionen über die Notwendigkeit einer Bekenntnissynode? Es gibt da einen Satz der SBI, den ich nicht ganz einordnen kann: „Dieser Prozess ist für uns ergebnisoffen. Ebenso schließt er eine Sammlung der bekennnistreuen Gemeinden, Gruppen und Personen in unserer Landeskirche nicht aus.“ Wie war das gemeint?

„Sammlung“ ist eben nicht im strukturellen Sinne einer Bekenntnissynode, sondern im informellen, geistlichen Sinne eines Netzwerkes zu verstehen, also die Vernetzung der Gemeinden innerhalb der Strukturen der Landeskirche.

Aber in diesem Satz steckt schon eine gewisse Doppeldeutigkeit, oder? Gab es im Leitungsteam der SBI Diskussionen darüber, ob es eine Bekenntnissynode geben sollte?

Es gab im Leitungsteam der SBI vier Sprecher, später die Regionalbeauftragten und einen größeren Verteilerkreis, der über einen Email-Verteiler miteinander kommunizierte und der sich regelmäßig traf. In diesem größeren Kreis von 30 bis 40 Leuten gab es durchaus unterschiedliche Auffassungen. Da waren auch Vertreter des Evangelisationsteams mit dabei. Lutz Scheufler war nicht unser Gegenüber, sondern Bestandteil der SBI. Wir hatten auch eine Klausurtagung und die Ekklesiologie hat auch im GP eine Rolle gespielt. Wir haben uns gefragt: Führt unser Weg aus der Landeskirche heraus oder verläuft er in der Landeskirche? Das war schon eine offen diskutierte Frage.

Dann meint der Begriff des Moratoriums, dass die SBI diese Frage bis zum Ende des GP aufschieben wollte?

Ja.

Die SBI kritisierte die Kündigung Scheuflers wiederholt und forderte von der Kirchenleitung eine „geistliche Lösung.“ Wie hätte so etwas aussehen können?

Eine geistliche Lösung anstelle der juristischen Lösung der Kündigung. Wir hätten uns gewünscht, dass Scheufler als Dialogpartner im GP geduldet würde. Kirchenpolitische Forderungen und Statements von Nichtanerkennung des Bischofs, dass das ertragen würde. Bischof Bohl war damals sehr betroffen von diesen Aussagen, war aufgebracht und verletzt. Wir haben auch Gespräche mit ihm geführt. Aber wir haben ihn gebeten, das zu ertragen als Stimme im GP, die natürlich nicht leicht zu ertragen ist. Und nicht mit der juristischen Keule zu kommen.

Wie stehen Sie zur geplanten Zulassung von Segnungen homosexueller Paare in Sachsen? Die SBI ist inzwischen etablierter Teil der Landeskirche und Carsten Rentzing ist Bischof geworden. Wie steht die SBI dazu, vor allem im Blick darauf, dass der Bischof, der das verantwortet, der SBI so nahesteht?

Wir sind dankbar für Carsten Rentzing als Bischof und beten für ihn und versuchen ihn zu unterstützen. Aber wenn er in dem Punkt da hingehen würde, würden wir ihm deutlich widersprechen. Dann würden wir nicht mitgehen können.

Können Sie nachvollziehen, warum Carsten Rentzing trotzdem anders entscheiden würde?

Ja. Das eine ist die Kirchenpolitik und das andere sind grundsatztheologische Entscheidungen. Mir ist Kirchenpolitik immer schwer gefallen. Ich komme mehr von der geistlich-theologischen Seite her. Ein Bischof muss Kirchenpolitik machen und für die ganze Kirche da sein – eine schwere Aufgabe und ich möchte nicht mit ihm tauschen. Aber das ist seine Perspektive und meine und die der SBI ist eine andere.

Sie sehen sich mit der SBI stark als geistliche Opposition, die eine theologische Prägung in die Landeskirche einbringen will; die keine realpolitische Lösung vertritt sondern ein Ideal, dass die Realpolitik möglichst in eine bestimmte Richtung beeinflussen soll?

Das wäre ja wieder ein kirchenpolitischer Hintergedanke. Es ist nicht so, dass ich nicht an Kirchenpolitik interessiert bin. Ich bin ja auch seit 2014 in der Synode. Aber es gibt auch unter uns Leute die stärker so denken – Carsten Rentzing hat immer schon stärker kirchenpolitisch gedacht. Meine Gabe ist es aber weniger und mein persönlicher Auftrag ist eher – es ist etwas übertrieben, es „prophetisch“ zu nennen – das Erinnern an die Wahrheit und dass es nicht mehrere Wahrheiten gibt. das ist der Drive, den das Ganze jetzt bekommen hat, dass mehrere Wahrheiten nebeneinanderstehen. Dem möchte ich widersprechen.

Erklärung zur selbstständigen Erarbeitung

Hiermit versichert der Autor, dass er die vorliegende Wissenschaftliche Hausarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

Leipzig, 22. September 2016